

SCHOLEM ADLER-RUDEL

Ostjuden in Deutschland 1880–1940

*Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts*

1

Mohr Siebeck

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN DES
LEO BAECK INSTITUTE OF JEWS FROM GERMANY

OSTJUDEN IN DEUTSCHLAND

1880 - 1940

Zugleich eine Geschichte der Organisationen,
die sie betreuten

von

S. ADLER - RUDEL

Mit einem Vorwort von
SIEGFRIED MOSES



1959

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Meiner Frau in Liebe zugeeignet

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London
und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

©

S. Adler-Rudel

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1959

Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons
Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘
(CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter :

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

Einband: Heinr. Koch, Großbuchbinderei, Tübingen

ISBN 978-3-16-520941-9 / eISBN 978-3-16-163604-2 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort von Siegfried Moses VII

Zur Einführung XI

Erster Teil: Vor dem ersten Weltkrieg

Kapitel I. Die große Wanderung 1

Kapitel II. Die jüdischen Studenten aus Rußland 11

Kapitel III. Bilanz von Einwanderung und Auswanderung . . . 19

Kapitel IV. Formen ostjüdischer Niederlassung 23

Zweiter Teil: Der Kriegsausbruch 1914 und seine Folgen

Kapitel I. Das Komitee für den Osten 34

Kapitel II. Ostjüdische Kriegsarbeiter für Deutschland 37

Kapitel III. Ostjudenfrage und Erwachen jüdischen Bewußtseins 47

Kapitel IV. Zusammenbruch und Demobilmachung 57

Dritter Teil: Versuche zur dauernden Eingliederung

Kapitel I. Der Erlaß des preußischen Innenministers vom
1. XI. 1919 64

Kapitel II. Das Arbeiterfürsorgeamt und die Behörden 67

Kapitel III. Umbildung des Arbeiterfürsorgeamtes 70

Kapitel IV. Das Jüdische Arbeitsamt 77

Kapitel V. Die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes 81

Kapitel VI. Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge 94

Kapitel VII. Die Intellektuellen 101

Vierter Teil: Von Fürsorge zur Sozialpolitik

Kapitel I. Jüdische Flüchtlinge als internationales Problem . . 112

Kapitel II. Die Denkschrift der Reichsregierung vom 30. III. 1922 119

Kapitel III. Die Aufgabe des Arbeiterfürsorgeamtes und die neue Generation jüdischer Sozialarbeiter	123
Kapitel IV. Tendenzen zur Vereinheitlichung in der jüdischen Wohlfahrtspflege	130
Kapitel V. Der neue Typ des jüdischen Heimatlosen	136
Kapitel VI. Sozialpolitik als Aufgabe der jüdischen Gemeinschaft	140
Kapitel VII. Zahlenmäßige Entwicklung	146
Kapitel VIII. Das Ende	152

I. MATERIALIEN

A. Aufruf der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Österreichs	156
B. Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 1. XI. 1919 (IV b 2719)	158
C. Aufruf des Zentralkomitees der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland und des Verbandes der Arbeiterheime	161

II. TABELLEN

A. Die Studierenden an den preußischen Universitäten nach Staatsangehörigkeit und Religion im Durchschnitt der Studienhalbjahre 1886/87–1908/09	163
B. Anteil der ausländischen Juden an der jüdischen Gesamtbevölkerung im Reich und in einigen wichtigen Gebieten (1880–1910)	164
C. Anteil der ausländischen Juden an der jüdischen Gesamtbevölkerung im Reich und in einigen wichtigen Gebieten (1925–1939)	165
D. Die Glaubensjuden unter den Ausländern im gleichen Gebietsumfang des Deutschen Reiches (1910–1933)	165
E. Die ausländischen Glaubensjuden im Deutschen Reich nach der Staatsangehörigkeit auf Grund der Volkszählungen der drei Jahre 1925, 1933, 1939	166
<i>Personenverzeichnis</i>	167

VORWORT

Die Schrift von S. Adler-Rudel zeigt dem Historiker und Soziologen die verschiedenen Etappen der Einwanderung von Ostjuden nach Deutschland, die Widerstände, auf die diese Einwanderung stieß, und die Formen ihrer Rezeption. Dem im besonderen an jüdischer Geschichte Interessierten bietet die Schrift eine Darstellung und Analyse der Beziehungen, die sich zwischen den eingewanderten Ostjuden und den in Deutschland lebenden Juden, ihren Gemeinden und ihren sonstigen Organisationen entwickelten. Demjenigen aber, der als Jude in Deutschland geboren wurde und die Jahrzehnte dort durchlebt hat, von denen diese Schrift handelt, wird an der Hand von Adler-Rudels Darstellung sein persönliches Ostjudenproblem lebendig: Er vergegenwärtigt sich, wann und wie er zum ersten Mal mit Ostjuden in Berührung gekommen ist und was ihm die Einwanderung der Ostjuden gebracht und bedeutet hat.

Der deutsche Jude, der innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts geboren wurde, hat noch um die Jahrhundertwende kaum gewußt und empfunden, daß es Ostjuden gab – nicht einmal wenn vielleicht die eigene Familiengeschichte ihn belehren konnte, daß der Großvater oder der Urgroßvater selbst aus dem Osten nach Deutschland gekommen war. In den Fällen, in denen der junge Jude Zionist wurde – das war bekanntlich im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts eine sehr kleine Minderheit der deutschen Juden –, änderte sich die innere Beziehung zu den Ostjuden, jedoch in der Hauptsache zunächst nur theoretisch: Der Zionist erkannte, daß es ein jüdisches Volk gab, und sah deshalb in dem Ostjuden den Volksgenossen, den Bruder. Aber diese theoretische

tische Beziehung konnte konkret und real nur werden, wenn der in Deutschland Aufgewachsene persönlich mit ostjüdischen Menschen in Berührung kam. Die Möglichkeit zur Begegnung mit Ostjuden ergab sich in vielen Fällen zum ersten Mal, als nach den Pogromen in Rußland russische Juden nach Deutschland flüchteten und zionistische Frauen ihnen ihre Fürsorge widmeten und zionistische Studenten Unterrichtskurse für ostjüdische Arbeiter veranstalteten, um ihnen die Einordnung in Deutschland zu erleichtern. Umfassender und tiefer gehend war die Berührung mit ostjüdischen Menschen, die sich für eine nicht geringe Zahl von deutschen Juden ergab, als während des ersten Weltkriegs deutsche Heere in den Osten kamen – eine Beziehung, die namentlich von den zionistisch und nationaljüdisch Gesinnten als ungemein fruchtbar und für die eigene Entwicklung wichtig empfunden wurde.

Erst in den Jahren nach dem ersten Weltkriege wurde die Ostjuden-Einwanderung zu einer Erscheinung, die das Leben der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland in verschiedener Hinsicht beeinflusste und jeden am jüdischen Leben Interessierten zur Stellungnahme zwang. Diese Periode, die bis zu einem gewissen Grade das Kernstück der Adler-Rudelschen Darstellung bildet, gab dem Zionisten Gelegenheit, aus seiner – bis dahin oft mehr theoretischen – positiven Beziehung zu den Ostjuden praktische Konsequenzen zu ziehen und sich für die Einordnung der Eingewanderten in die deutsche Wirtschaft und für ihre Gleichstellung in den jüdischen Gemeinden und Organisationen einzusetzen; solch positive Einstellung zur Ostjuden-Einwanderung beschränkte sich nicht auf die Zionisten, aber andererseits sahen nicht wenige deutsche Juden in den Ostjuden ein Element, das ihre eigene Sphäre bedrohen mochte, und widersetzten sich im besonderen ihrer Gleichberechtigung im jüdischen Gemeindeleben. Diejenigen jedoch, die es als ihre Pflicht und Aufgabe ansahen, sich um einen wirksamen Schutz der Rechte der Ostjuden und um ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Einordnung zu bemühen, erkannten bald, was diese Betätigung ihnen selbst in menschlicher und jüdischer Hinsicht gab und welche bedeut-

samen Veränderungen die jüdische Gemeinschaft den Bemühungen verdanken sollte, die zunächst nur Aktionen zur Einordnung der Ostjuden darzustellen schienen.

Durch die Ostjuden-Einwanderung sahen sich die deutschen Juden in den ohnehin wirtschaftlich schweren Jahren nach dem ersten Weltkrieg unerwartet vor die Notwendigkeit gestellt, einer im Verhältnis großen Zahl von mittellosen, fürsorgebedürftigen Menschen zur Einordnung zu verhelfen. Die auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen fanden ihren Mittelpunkt in dem Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands, dessen Arbeit Adler-Rudel eingehend schildert, und in dem Kreis – großenteils, aber nicht ausschließlich zionistisch eingestellter – Menschen, die diese Arbeit trugen. Während bis dahin die Fürsorgetätigkeit der jüdischen Gemeinden überwiegend den Charakter einer philanthropischen Wohltätigkeit gehabt hatte, wurden im Arbeiterfürsorgeamt neue Formen der Arbeitsvermittlung, der Berufsausbildung und der Berufsumschichtung sowie der produktiven Existenzsicherung, auf individueller oder kollektiver Grundlage, entwickelt. Es war ein systematisch durchdachter und durchgeführter Übergang vom Almosen zur produktiven Hilfe, von einer Fürsorge für „Wanderarme“, die von Gemeinde zu Gemeinde geschickt wurden, zu einer sozialen Arbeit, die auf einer liebevollen Prüfung der menschlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse des Unterstützungsbedürftigen aufgebaut war. Dieser Übergang von der Wohltätigkeit, deren Ausmaß und Formen stark von dem guten Herzen der für die Fürsorge Verantwortlichen abhängig waren, zu jener alle verpflichtenden Sozialpolitik blieb, wie sich bald herausstellte, nicht auf die der Einordnung der Ostjuden dienende Arbeit beschränkt. In den jüdischen Gemeinden, Gemeindeverbänden und Organisationen fanden sich allenthalben Menschen, entstanden nun allenthalben Institutionen, die sich eine produktive Fürsorgetätigkeit für alle der Hilfe Bedürftigen zur Aufgabe setzten. Und als 1933 plötzlich Tausende von in Deutschland großgewordenen Juden sich der Not preisgegeben sahen und auf Hilfe in

jeder Hinsicht angewiesen waren, da waren die Keimzellen für die Institutionen der deutschen Judenheit vorhanden, die in dieser Stunde der Not unerlässlich wurden und die sich nur auf der Grundlage produktiver Sozialarbeit schaffen ließen.

Der Verfasser des Vorworts fand im Jahre 1920, als er in das Präsidium des Arbeiterfürsorgeamts als Vertreter der deutschen Zionisten eintrat, den Autor dieser Schrift als Leiter der Berliner Sozialarbeit des Arbeiterfürsorgeamts vor. S. Adler-Rudel ist einige Jahre später Generalsekretär des Arbeiterfürsorgeamts geworden, und er hat bei der Entwicklung einer modernen jüdischen Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik immer eine aktive und vielfach eine leitende Rolle gespielt. Das gibt seiner Schrift, und im besonderen seiner Darstellung der Voraussetzungen und Wirkungen dieser Entwicklung, ein besonderes Gewicht und ein besonderes Kolorit.

Jerusalem, im Dezember 1958

Siegfried Moses

ZUR EINFÜHRUNG

Die Einwanderung der Ostjuden in Deutschland, die vielfachen Schwierigkeiten, denen sie dabei begegneten, sowie das Verhalten der deutschen Juden zu ihnen, waren ein halbes Jahrhundert lang Anlaß heftiger Auseinandersetzungen inner- und außerhalb Deutschlands. Die vorliegende Arbeit erhebt nicht den Anspruch, die Geschichte dieses in vielerlei Hinsicht eigenartigen Teils der allgemeinen und jüdischen Wanderung nach und durch Westeuropa zu sein. Hierfür ist sie in vielem nicht vollständig genug, namentlich soweit es sich um die gegenseitige geistige Beeinflussung und kulturelle Wechselwirkung westlicher und östlicher Juden handelt, die ausführlich hier nicht dargestellt werden konnte.

Dies ist ein Versuch, an Hand von Dokumenten, Tatsachen und Zahlen den Verlauf dieser Wanderung darzustellen, die Probleme aufzuzeigen, die sie mit sich brachte, sowie von den Bemühungen junger deutscher Juden zu berichten – denen die Begegnung mit den Juden des Ostens zum entscheidenden jüdischen Erlebnis wurde –, für ostjüdische Probleme humane und produktive Lösungen innerhalb Deutschlands zu finden. Die Anregung, jetzt eine solche Darstellung zu versuchen, ergab sich daraus, daß die jüdische Generation, die in dem so bedeutsamen Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg dem Interesse und der Fürsorge für die zugewanderten Ostjuden verhaftet war, allzu rasch dahingeht, und daß auch das in Erinnerung und Aufzeichnung noch vorhandene Material zusammengetragen und geborgen werden mußte, ehe es im Wirbel der Zeit unwiederbringbar verschwindet.

Obwohl vieles von dem, was hier gebracht wird, ein wichtiger

Teil meines Lebens und meiner Arbeit war, blieb ich bemüht, objektiv und sachlich darüber zu berichten. Ich bin mir jedoch dessen wohl bewußt, daß mir dies nicht immer gelang, und daß meine persönliche und berufliche Verbundenheit mit den Menschen, um die es hier geht, ihren Sorgen und Leiden, nur allzu oft durchbricht. Mein persönliches Schicksal fügte es, daß ich ein Jahrzehnt und mehr so etwas wie ein Mittler zwischen Juden aus dem Osten und den Juden in Deutschland war, um nach Beginn der Austreibung aller Juden aus Deutschland in ähnlicher Weise für deutsche Juden, die nach einer Zuflucht suchten, bei den Juden in anderen Ländern zu wirken. Dieses vielleicht einmalige Erlebnis eines Menschen in der jüdisch-sozialen Arbeit mag manchen Teilen dieser Darstellung ihre besondere Färbung gegeben haben. Mich bestärkte es in meiner zionistisch-sozialistischen Anschauung von der Einheit des jüdischen Volkes und der tragischen Gleichheit des jüdischen Schicksals auf allen Kontinenten und in allen Ländern der Diaspora.

Dem Leo Baeck Institute of Jews from Germany, das diese Arbeit angeregt und ermöglicht hat, bin ich zutiefst dankbar für die Ermunterung und das Interesse, deren ich mich erfreuen durfte. Dem Archiv der Zionistischen Weltorganisation in Jerusalem, der Wiener Library in London, und vielen meiner Freunde bin ich dankbar für die Hilfe bei der Materialbeschaffung, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

S. A.-R.

Erster Teil

VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Kapitel I

Die große Wanderung

Kein anderes Land hat in der Geschichte und im Leben der Juden auf dem europäischen Kontinent eine so bedeutsame und so schicksalhafte Rolle gespielt wie Deutschland. Mehr als ein Jahrtausend lang waren Duldung und Austreibung, Ghetto und Emanzipation, Assimilation und Gleichberechtigung, schließlich Entrechtung und Vernichtung einander ablösend ihr Schicksal in diesem Lande. Von hier wanderten sie ostwärts, sobald Unduldsamkeit ihr weiteres Verbleiben in deutschen Landen erschwerte. Sie nahmen die deutsche Sprache mit sich auf ihren Wanderweg in die Länder des europäischen Ostens und formten sie dort zu ihrer eigenen Sprache – dem Jiddischen. Sie kamen wieder, Jahrhunderte später, als politische und soziale Verhältnisse in Deutschland gebessert schienen und Verfolgung im Osten sie wieder zwang, eine neue Heimat zu suchen. So war es auch in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, und so blieb es selbst in den Jahren nach den Konzentrationslagern und Gaskammern, nach dem Zusammenbruch Hitlers. Als die Reste der Juden aus dem Osten, die das Dritte Reich überlebt hatten, den Weg in die Freiheit und nach Israel suchten, mußten sie ihn wieder über Deutschland nehmen.

Über die geschichtliche Verbindung hinaus war es die geographische Lage Deutschlands im Herzen Europas – als Brücke zwi-

1 Adler-Rudel, Ostjuden

schen Ost und West –, die ihm die besondere Bedeutung gab, die es seit jeher für die Wanderbewegung der Juden hatte. Lebten doch zu Beginn der modernen jüdischen Wanderbewegung im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts 5 621 000¹ Juden östlich von Deutschland: in Rußland 3 980 000, in den östlichen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, d. h. in Galizien und in der Bukowina 754 000, in Ungarn 687 000 und im Königreich Rumänien 200 000. Jede politische oder soziale Erschütterung in diesen Ländern der jüdischen Massensiedlung, im despotischen Rußland der Zaren, in der von nationalen Kämpfen und inneren Krisen geschüttelten österreichisch-ungarischen Monarchie, oder in dem kulturell, politisch und wirtschaftlich rückständigen Rumänien, wurde zur Gefahr und Bedrohung der dort lebenden Juden. Angst und Unsicherheit, Rechtlosigkeit und Verfolgung trieben deshalb immer wieder Massen jüdischer Menschen über die Grenzen nach Deutschland. Jedoch nur wenige dieser gehetzten Flüchtlinge oder Wanderer kamen in der Absicht, dauernd zu bleiben. Sie wußten, daß Deutschland für sie kein Einwanderungsland sei. Wer im Begriff war, nach Amerika auszuwandern, der wußte, daß er sich dort, in der Neuen Welt, werde frei bewegen können, daß er in wenigen Jahren ein Bürger dieses mächtigen Landes sein, und daß er dort für sich und seine Kinder eine sichere Heimat finden werde. Auch jene, die nach England oder Frankreich wanderten, taten dies meist mit der Absicht und in der Hoffnung, sich in diesen Ländern in kurzer Zeit einzuordnen und für immer bleiben zu können. Deutschland jedoch war für die Mehrheit der flüchtenden Juden nur ein Durchreiseland, eine Zwischenstation, wo man einige Zeit bleiben wollte, um die Weiterreise nach anderen Ländern in Ruhe vorzubereiten. Der Wille zur Weiterreise wurde bestärkt durch die wenig freundliche Aufnahme, die die ausländischen Juden bereits beim Überschreiten der deutschen Grenze fanden. Die preußisch-deutschen Polizeibe-

¹ *Jakob Lestschinsky*, Das jüdische Volk im Wandel der letzten hundert Jahre. Band I. Schriften für Wirtschaft und Statistik, Jüdisches Wissenschaftliches Institut (Berlin 1928).

stimmungen, die die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern regelten, waren im allgemeinen streng, ihre Anwendung auf russische oder galizische Juden aber von äußerster Härte. Grundsätzlich bestand kein freier Durchzug für Auswanderer. Die Behörden zeigten jedoch ein gewisses Entgegenkommen und Verständnis für jene, die im Besitz von Schiffskarten deutscher Schiffsgesellschaften waren.

Der Verkehr außerdeutscher Auswanderer über die preußischen Grenzen war durch Erlasse des Ministers des Innern vom 20. 9. 1904 und 26. 2. 1905 wie folgt geregelt:

„Auswanderer, die Schiffskarten einer deutschen oder einer in Deutschland konzessionierten Dampferlinie haben und dazu M 400.– für jede erwachsene Person und M 100.– für jedes Kind unter 10 Jahren und einen Paß (bei Nichtrussen ist ein Paß nicht notwendig) besitzen, können ungehindert an jedem Punkte die deutsche Grenze überschreiten und sich völlig frei von der Grenze nach den Hafenplätzen begeben und sich in Deutschland aufhalten, wo sie wollen. Sie sind keinerlei Beschränkungen und keinerlei hygienischen Vorsichtsmaßregeln unterworfen.

... Auswanderer, welche den obigen Erfordernissen nicht entsprechen, und solche Auswanderer, die Schiffskarten oder vorausbezahlte Schiffsscheine (Pre-paids) von Linien haben, die in Deutschland nicht konzessioniert sind wie z. B. der Anchor Line, Allan Line und Dominion Line, werden an der Reise durch Deutschland gehindert, sobald sie als Auswanderer erkannt werden, auch wenn sie im Besitz der oben unter Absatz 1 angegebenen Geldmittel sich befinden und Pässe haben.– Solche Auswanderer müssen Deutschland unter allen Umständen meiden.“²

Allerdings hatte dieses Entgegenkommen der deutschen Behörden seine guten Gründe, denn von den 2 725 000 Juden, die in den Jahren 1880–1914 Europa verließen und nach überseeischen Ländern auswanderten³, ist ein sehr erheblicher Teil über deutsche Häfen

² Dr. *Bernhard Kahn*, Die Auswandererfürsorge des Hilfsvereins der deutschen Juden in der Vorkriegszeit; Festschrift anlässlich der Feier des 25jährigen Bestehens des Hilfsvereins der deutschen Juden (Berlin 1926).

³ Dr. *Wlad. W. Kaplun-Kogan*, Die jüdischen Wanderbewegungen in der neuesten Zeit (1880–1914); (Bonn a. Rh. 1919).

gegangen. Allein der zur Unterstützung der Auswanderer im Jahre 1901 begründete „Hilfsverein der deutschen Juden“ betreute in den Jahren 1903–1914 etwa 40 000–50 000 Auswanderer jährlich, von denen 200 000 mit einem Kostenaufwand von M 2 600 000 befördert wurden². Die jüdische Auswanderung hat damit wesentlich zum Aufschwung und der Entwicklung der deutschen Passagier-Schiffahrt beigetragen, wobei der Zufall es wollte, daß *Albert Ballin*, der im Jahre 1857 in Hamburg geborene Sohn eines aus Dänemark nach Deutschland zugewanderten Juden, frühzeitig die große wirtschaftliche Bedeutung erkannte, die der Transport von Auswanderern nach Amerika für den Hafen in Hamburg hatte.

Sein Vater hatte nach langen Bemühungen die damals schwer zu erlangende Erlaubnis zur Niederlassung und Ausübung eines Gewerbes in Hamburg errungen. Er versuchte sich in vielerlei Geschäften, die alle fehlschlügen. Schließlich begründete er mit einem Teilhaber unter der Firma Morris & Co. eine kleine Auswanderungsagentur, deren Konzession nur für die Anwerbung von Auswanderern aus Mecklenburg nach Amerika galt. Auch dieses Geschäft wollte nicht recht gedeihen, und als der alte Mann im Jahre 1874 starb, hinterließ er seine zahlreiche Familie unversorgt. Dem Sohn, der seine Jugend in dem in der elterlichen Wohnung gelegenen Geschäftskomptoir verbracht hatte und bereits bei der Firma als Lehrling tätig war, fiel es nun zu, für den Unterhalt der vielköpfigen Familie zu sorgen. Er widmete sich dieser Aufgabe mit großem Fleiß und einem gewissen Erfolg. Allerdings begann seine geschäftliche Tätigkeit in einer für das Auswanderergeschäft kritischen Periode. Der für Deutschland günstige Ausgang des deutsch-französischen Krieges (1870/71) und der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, der diesem folgte, bewirkten einen Rückgang der Auswanderung aus Deutschland. Die Auswanderungsagenturen und der junge *Ballin* unter ihnen wandten daher ihre Aufmerksamkeit der Massenauswanderung aus Ost- und Südosteuropa zu, die mit Beginn der achtziger Jahre überaus anwuchs und auch eine sehr erhebliche Zahl jüdischer Auswanderer einschloß.

Dem von russischen Revolutionären im Jahre 1881 verübten Attentat auf den Zaren *Alexander II.* folgte eine Welle von schwersten Pogromen. Die Regierung des neuen Zaren *Alexander III.* benutzte das Attentat als Vorwand zum Erlaß von Gesetzen, die den Lebensraum der jüdischen Bevölkerung einengten und ihr den Aufenthalt nur in bestimmten Teilen Rußlands erlaubten. Die in der drangvollen Enge des „Ansiedlungsrayons“ zusammengepferchten jüdischen Massen waren nicht zu halten. Eine Massenflucht über die Grenzen nach Österreich und Deutschland setzte ein, sie wurde zum Beginn der jüdischen Massenauswanderung aus Europa nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Für das Auswanderungsgeschäft in Hamburg sah dies so aus, daß im Jahre 1880 8000 Juden nach Amerika auswanderten, im Jahre 1882 waren es 31 000, 1887 62 000, 1892 136 000, von da an bis 1904 ca. 70 000 jährlich, ansteigend während des Jahrzehnts bis 1914 auf 109 000 jährlich⁴.

Albert Ballin hat an dieser Entwicklung tätigen Anteil genommen. An den Auswanderern und an den Juden unter ihnen, die in so großer Zahl seine Schiffe füllten, war er wohl kaum interessiert, aber er verstand es, durch den Ausbau eines Netzes von Agenten, durch Verbesserung der Schiffe und durch sonstige Erleichterungen der Reise an diesem wachsenden Geschäft der deutschen Schiffahrtsgesellschaften mit erheblichem Gewinn teilzunehmen⁵.

Bevölkerungsbewegungen, wie die hier angedeutete Auswanderung der Juden aus Osteuropa, sind schwierige und überaus leidvolle Prozesse. Sie verlaufen nicht immer im Einklang mit den Absichten und Plänen der Wanderer oder derer, die sich dieser armen Menschen annehmen. Fehlschläge sind unvermeidbar. Erkrankungen, Geldmangel und widrige Zufälle machten oft die Fortsetzung der Reise unmöglich und erzwangen kürzeren oder längeren Aufenthalt in den Ländern der Durchwanderung. Die Folge dieser Zufälle war

⁴ s. *Kaplun-Kogan*, S. 20.

⁵ *Bernhard Hultermann*, *Albert Ballin* (Oldenburg/Berlin 1922). – *Felix A. Theilhaber*, *Judenschicksal*, Acht Biographien. Edition Olympia – Martin Feuchtwanger – Tel-Aviv (o. J.).

es, daß jährlich eine Anzahl der Auswanderer in Deutschland strandete und den Versuch machte, sich hier für die Dauer niederzulassen. Dies war jedoch im Hinblick auf die bereits erwähnten polizeilichen Bestimmungen kein leichtes Unterfangen. Die jüdischen Gemeinden Deutschlands und die später geschaffene Organisation zum Schutze der Auswanderer, der „Hilfsverein der deutschen Juden“, zeigten immer ein großes Maß von Hilfsbereitschaft, wenn es sich darum handelte, die Aufenthaltszeit dieser Flüchtlinge und Auswanderer in Deutschland zu verkürzen und ihre Weiterwanderung zu beschleunigen. Sie waren aber kaum geneigt, Hilfe zu leisten, wenn die Wanderer aus irgendeinem Grunde die Absicht bekundeten, in Deutschland zu verbleiben.

Es wäre ungerecht, dieses wenig freundliche Verhalten der deutschen Juden ausländischen Juden gegenüber – das ihnen so oft übelnehmend vorgeworfen wird – hier zu erwähnen, ohne darauf hinzuweisen, daß sie damit keineswegs allein standen. Dieses Verhalten trat überall dort in Erscheinung, wo fremde, arme Juden in ein neues Land kamen, sowohl bei den alteingesessenen wohlhabenden Juden der westlichen Länder Europas, als auch bei der neuen und jungen Judenschaft Amerikas. In keinem Lande und zu keiner Zeit waren die dort ansässigen Juden – mit Ausnahme derer in Palästina – von dem Zustrom neuer Juden begeistert oder bereit, sie mit offenen Armen bei sich aufzunehmen.

Besonders interessant und aufschlußreich erscheinen in dieser Beziehung auch heute noch die damaligen Auseinandersetzungen zwischen amerikanischen, belgischen, deutschen, englischen, französischen und österreichischen Juden über die Organisierung der Hilfstätigkeit für die Opfer jener bereits erwähnten Pogrome der achtziger Jahre in Rußland. Es war dies wahrscheinlich das erste größere Hilfswerk des modernen Judentums zugunsten leidender und verfolgter „Glaubensbrüder“, an dem sich die Juden der westeuropäischen Länder mit für jene Zeit erheblichen Geldmitteln beteiligten. Sie waren bereit, ihren Beitrag zu geben unter der Voraussetzung, keine Flüchtlinge oder nur eine sehr begrenzte Zahl bei sich aufneh-

men zu müssen. Lehrreiches Material über diesen innerjüdischen Streit, der sich in der an Katastrophen und Hilfsmaßnahmen reichen Geschichte des modernen Judentums so oft wiederholte, findet sich in einer Arbeit von *Zosa Szajkowski*⁶, die nicht nur zeitgenössische Veröffentlichungen, sondern auch unveröffentlichte Briefe und Akten der zu jener Zeit tätigen Organisationen heranziehen konnte. Die im folgenden gegebenen Einzelheiten beruhen auf dieser Arbeit.

Im Mittelpunkt dieses Problems der Pogrom-Flüchtlinge von 1881 und 1882 standen ungefähr 20 000 Menschen, die sich in der kleinen, an Rußland grenzenden Stadt Galiziens, Brody, angesammelt hatten; die Frage, was mit ihnen geschehen und wohin sie gesandt werden sollten, war Gegenstand von zuweilen recht heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen jüdischen Hilfskomitees, die in Amerika und in den Hauptstädten Westeuropas entstanden waren. Die europäischen Komitees hätten es am liebsten gesehen, wenn die Flüchtlinge samt und sonders nach Amerika verfrachtet worden wären. Sie waren auch bereit, sich dies etwas kosten zu lassen. Die amerikanischen Juden jedoch, vertreten durch die um jene Zeit tätige „New York Hebrew Emigrant Aid Society“ sträubten sich mit Entschiedenheit dagegen und drohten sogar, bereits in Amerika gelandete Flüchtlinge nach Europa zurückzuschicken. Dies wieder erregte den Unwillen der europäischen Komitees, obwohl auch sie manchmal so weit gingen, Flüchtlinge eher nach Rußland zurückzuschicken, als sie bei sich zu behalten. Internationale Konferenzen zur Besprechung dieser Frage fanden statt, Delegierte reisten hin und her, aufgeregte Briefe wurden gewechselt.

A. M. Simon, Hannover (der Gründer der jüdischen landwirtschaftlichen Schule in Ahlem), berichtete 1882 nach einem Besuch in Amerika:

„The task of taking care of these uneducated (Russian Jews) unskilled

⁶ *Zosa Szajkowski*, *The European Attitude to East European Jewish Immigration (1881–1893)*; Publication of the American Jewish Historical Society. Vol. XLI, December 1951, No. 2.

people was too heavy for our American co-religionists and (that) it was the duty of the European Jews to assist by effectively preparing those coming over here, so that they might be more competent to make their own living in an honest and honorable way and not to flock to the ghetto.“

William Seligmann, der inoffizielle Vertreter der „Hebrew Aid Society“ in Paris, schrieb in einem Brief vom 19. Juni 1882:

„I wrote to the Alliance * to-day that if they compare the numbers of Israelites of Austria, Germany, France, England, Holland etc., as also the fortunes our co-religionists possess in these countries . . . with the handful of Israelites in the United States and their moderate fortune, they would agree with me, that unless you receive aid and assistance from Europe, the continued shipments from Europe of Emigrants will end badly, and that they must expect many of these Emigrants reshipped to Europe.“

Am 11. Juni 1882 schrieb Sir *Julian Goldsmid* für den London Mansion House Fund an Baron *Edmond de Rothschild* in Paris:

„. . . that London could not receive any refugees from Brody“.

Am 14. 7. 1882 schrieb *Joseph von Wertheimer*, der Leiter der Alliance in Wien, an Baron *Edmond de Rothschild* in Paris:

„. . . that he agreed that emigration to America should be stopped, but Austria-Hungary could not receive any emigrants because the Jews in the dual Monarchy already had enough on their hands in their struggles against the wave of anti-semitism in that country. He posed the question as to whether it was worth-while to endanger the position of one and a half million Jews in Austria-Hungary for the sake of a few hundred refugee families in Brody.“

In dem Bericht über eine Konferenz der Hilfskomitees, die am 20. 7. 1882 in Wien stattfand, heißt es:

„Dr. *Hermann Makower*, Berlin, and Dr. *Hermann Bärwald*, Frankfurt/M declared that the German Government denied entrance to Russian Jews into its territory. However, Dr. Hermann Magnus of Leipzig and Rabbi Dr. S. Frank of Cologne stated the opposite, that it was possible to receive Russian Jews in Germany. Dr. Bärwald went so

* Alliance Israélite Universelle: Interterritoriale jüdische Weltorganisation, 1860 in Paris begründet.

far to refuse to circulate the private report of the Paris Alliance in which there was talk about settling Brody refugees in European countries.“

Für die Einstellung der deutschen Juden zur Frage der Zusammenarbeit mit Juden anderer Länder in Fällen von Notständen ist der nachfolgende Brief, den der Historiker Professor Dr. *Heinrich Graetz* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Breslauer Hilfskomitees am 4. 7. 1881 an die Zentrale der Alliance Israélite in Paris schrieb, von einem gewissen Interesse:

„Ich glaube, Ihnen eine Erklärung geben zu müssen, daß bisher von hier aus keine Sammlung für die Südrussischen Opfer des Fanatismus an die Alliance gesandt wurde. Der Grund ist, daß ein Aufruf zu Beiträgen unter der Fahne der Alliance am allerwenigsten erlassen werden konnte, weil die exorbitante Antipathie der Deutschen gegen unsere Glaubensgenossen, ganz besonders gegen die Alliance gerichtet ist, und diese geradezu öffentlich als eine internationale Verschwörung fletriert wird, und daher sich nicht wenige unserer Glaubensgenossen scheuen, als Mitglieder derselben anzugehören. Wir versuchten daher, hier ein gemischtes Komitee von Juden und Christen wie in Berlin zu bilden, von dem aus der Aufruf ergehen sollte. Aber der Plan scheiterte an dem hier herrschenden Illiberalismus. So blieb uns nur übrig, den so beredten Berliner Aufruf hier abdrucken zu lassen und die Redaktionen der liberalen Blätter anzugehen, Beiträge entgegenzunehmen, was Sie aus dem beiliegenden Zeitungsblatte ersehen können. Wir hoffen auf eine ergiebige Sammlung, da privat dafür agitiert wird.

Von den Herren, die sich dafür interessieren, ist der Beschluß gefaßt worden, die eingehenden Beträge nicht an die Alliance, sondern direkt nach Rußland zu senden, was ich Ihnen mitzuteilen für meine Pflicht halte.

Zugleich erlaube ich mir, die Mitteilung zu machen, daß der von dem Komitee Liegnitz ausgegangene Aufruf in den hiesigen Zeitungen im Namen der Alliance, ohne sich um die Opportunität zu kümmern, einen so unangenehmen Eindruck auf die jüdische Bevölkerung gemacht hat, daß mehrere Mitglieder der Alliance dem Lokalkomitee erklärt haben, bei Wiederholung des gleichen Vorgehens aus dem Verein auszutreten.

Ich ersuche Sie also im Namen meiner Kollegen im Lokalkomitee, wenn Sie nicht das Interesse für die Alliance schädigen wollen, dem

Komitee Liegnitz zu bedeuten, bei einem ähnlichen Fall sich vorher mit dem Komitee Breslau zu verständigen, welches in der Lage ist, über die Opportunität zu urteilen.

Soeben erhalte ich Nachricht aus Frankfurt/Main, daß auch dort nur im Geheimen gesammelt wird, und die Beträge direkt nach Rußland abgehen. Dort ist also dieselbe Misere wie hier; die Fahne der Alliance muß für den Augenblick eingezogen werden.

Ihr ganz ergebener

Prof. H. Graetz

Vorsitzender des Lokalkomitees hier.“

Aus diesen wenigen – soziologisch und psychologisch interessanten – Beispielen ist nur allzu deutlich zu ersehen, wie sehr die Unwilligkeit, neue Juden bei sich aufzunehmen, Juden in allen Ländern gemeinsam war. In den 50 Jahren, die zwischen den Pogromen in Rußland und dem Beginn der Austreibung der Juden aus dem Dritten Reich lagen, hat sich hierin kaum etwas geändert. Die gebildeten Juden aus Deutschland waren den Juden in anderen Ländern ebensowenig willkommen wie die armen russischen Juden ein halbes Jahrhundert vorher.

Außer den Durchwanderern, die aus irgendwelchen Gründen in Deutschland gestrandet waren und ihre Reise nicht fortsetzen konnten, gab es noch andere Juden, meist jüngere Menschen, die unter allen Umständen versuchten, der Enge des „Ansiedlungsrayons“ zu entgehen, oder von Armut und Not aus den kleinen Städten Galiziens getrieben, in anderen Ländern Arbeit und Lebensmöglichkeit zu finden hofften. Sie waren angelockt von dem Aufschwung, den Deutschland nach dem deutsch-französischen Krieg erlebte. Die Kunde von der Freiheit und dem Wohlstand der deutschen Juden war zu ihnen gedrungen. Freunde oder Verwandte, die früher die Heimat verlassen und in Deutschland Arbeit und Brot gefunden hatten, versprachen ihnen nach ihrer Ankunft zu helfen oder boten ohne ausdrückliches Versprechen Aussicht auf Hilfe und Unterkunft. Viele rissen sich los, überwandten alle Schwierigkeiten und überschritten die Grenzen Deutschlands. Sie sammelten sich in den Großstädten, wo sie den Versuch machten, sich für dau-

ernnd niederzulassen. Jene, die aus Galizien kamen, hatten es etwas leichter als die russischen Juden. Als Bürger der Deutschland verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie erhielten sie eher die Erlaubnis zur Niederlassung in Deutschland. Aber nicht allen gelang dies, nicht alle waren robust genug, um sich gegen die Schwierigkeiten der neuen Lebensverhältnisse, gegen die Verfolgung der Polizei, sowie gegen die immer drohende Ausweisung und Abschiebung über die Grenzen durchzusetzen. Jene, denen es schließlich doch gelang, die Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, kamen bei jüdischen Geschäftsleuten und Handwerkern unter, wo sie durch zähe und fleißige Arbeit allmählich eine Existenz für sich und ihre Familien schufen; ganz sind sie dabei ihres Lebens nie froh geworden, denn die Drohung der polizeilichen Ausweisung hing so lange über ihnen, bis sie es mit großen Mühen erreichten – nach zwanzigjähriger oder längerer Wartezeit in Deutschland eingebürgert zu werden.

Kapitel II

Die jüdischen Studenten aus Rußland

Gering an Zahl, aber ihrer Art nach von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung für die Entwicklung des modernen Judentums, waren die jüdischen Studenten aus Rußland. Die rechtlichen und sachlichen Beschränkungen der Lern- und Studienmöglichkeiten, denen die Juden in Rußland unterworfen waren, konnten den Wissensdrang und Lernhunger der jüdischen Jugend nicht brechen. Die geringen Möglichkeiten zum Besuch von Universitäten und technischen Lehranstalten, die der jüdischen Jugend gegeben waren, standen in keinem Verhältnis zu der großen Zahl lernbegieriger junger Menschen, die sich zur Aufnahme drängten. Jene, die zum Studium in Rußland nicht zugelassen wurden, jedoch ihre Absicht zu lernen und zu studieren nicht aufgeben wollten, mußten nach anderen Möglichkeiten im Ausland suchen. Ausland war für die Juden in

Rußland selten England oder Frankreich, sondern vor allem Deutschland. Es war daher naheliegend, daß bei dem Gedanken, ein Studium im Ausland aufzunehmen, Deutschland an erster Stelle in Betracht gezogen wurde. Deutschland war für die Ostjuden das Land der Dichter und Denker, das Land Schillers und Kants. Die Sprache schien dem Jiddischen, in dem man aufgewachsen und erzogen war, nahe verwandt, so daß man glauben konnte, sie sich leichter und schneller aneignen zu können als irgendeine andere europäische Sprache. Die Schriften und Gedanken der Repräsentanten des deutschen Geisteslebens waren bei den Juden des Ostens weit verbreitet. Zu den Füßen deutscher Professoren zu sitzen, in ihrer Sprache zu lernen, die Freiheit und Kultur Deutschlands zu genießen, dieser Wunsch wurde für viele zum Ideal ihrer Jugend, dessen Verwirklichung sie mit allen Kräften erstrebten. Hinzu kam, wie der bekannte zionistische Führer *Shmarya Levin*⁷ aus seiner eigenen Berliner Studienzeit zu Beginn der 90er Jahre berichtet, daß die Berliner Universität, wie die meisten deutschen Universitäten, an den Ausländer keinerlei Forderungen stellte.

„Sie verlangte keine Prüfungen und keinerlei Ausweis über seine Vorbildung. Aus diesem Umstand hatten ehemalige Jeshiwa-Studenten, die sich in der Leidenschaft für Bildung verzehrten und keine Hoffnung hatten, in einer höheren Schule oder einer ähnlichen Bildungsstätte anzukommen, Vorteile gezogen: sie fanden ohne weiteres Aufnahme in der Berliner Universität.“

So kam es, daß Deutschland am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Gelobten Lande der geistig interessierten jüdischen Jugend Rußlands wurde. Viele der Männer, die dem jüdischen Leben in der neueren Zeit das Gepräge gaben, die an der Entstehung der jüdisch-nationalen und der zionistischen Bewegung, an der Ausbreitung der jüdischen sozialistischen Arbeiterparteien, an der Entstehung von Literatur und Presse in Jiddisch und Hebräisch mitwirkten, gehörten zu den aus Rußland gekommenen jüdischen Studenten, die sich das Rüstzeug für ihr zukünftiges Wirken auf

⁷ *Shmarya Levin*, Jugend im Aufruhr (Berlin 1933).

den Universitäten in Berlin, Freiburg, Heidelberg usw. geholt hatten.

Die jüdischen Studenten, die einen erheblichen Teil der Ausländer an den deutschen Universitäten stellten, kamen nicht immer mittellos an. Viele stammten aus wohlhabenden Familien, die in der Lage waren, die Kosten des Aufenthalts und des Studiums ihrer Kinder im Auslande zu bestreiten. Das bedeutete eine willkommene Einnahme auch für jene kleinbürgerlichen Familien in Deutschland, bei denen sie Unterkunft und Beköstigung fanden. Die Mehrheit der Studenten verließ Deutschland nach einigen Jahren, gewöhnlich nach Beendigung ihres Studiums. Aber manche blieben, sei es, weil ihnen die Rückkehr nach Rußland aus politischen Gründen unmöglich war, oder weil sie, angelockt von den Möglichkeiten in Deutschland, ihre wissenschaftliche Arbeit hier fortsetzen wollten. Viele der Begabten unter ihnen haben es zu Berühmtheit gebracht und wesentlich zur Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Technik beigetragen. Sie haben die ihnen gewährte Gastfreundschaft reichlich vergolten.

Die absolute Zahl der ausländischen jüdischen Studenten war im Verhältnis zu der Zahl der Universitätshörer im allgemeinen gering. Tabelle A* gibt einen Überblick über die zahlenmäßige Beteiligung der ausländischen jüdischen Studenten an den preußischen Universitäten für die Zeit 1886/87–1908/09, aus der zu ersehen ist, daß im Studienhalbjahr 1886/87 von insgesamt 13 658 Hörern 129 (weniger als 1 %) Juden aus dem Ausland waren. Im Verlauf der oben erwähnten Periode stieg der Anteil der ausländischen Juden an den preußischen Universitäten an, bis er im Studienhalbjahre 1905/06, als infolge der Pogrome und der gescheiterten Revolution in Rußland eine verstärkte Auswanderung der Juden einsetzte, einen gewissen Höhepunkt mit 483 ausländischen Juden von 18 667 (2,6 %) Hörern erreichte. Mit der eintretenden Beruhigung in Rußland fiel die Zahl der jüdischen Ausländer im Studienhalbjahre 1908/09 auf 400 von 21 113 (1,9 %) Hörern.

* Siehe Anhang II, S. 163.

Wichtiger und bedeutender war der Anteil der ausländischen Juden an der Zahl der jüdischen Studenten, d. h. im Vergleich mit den reichsinländischen jüdischen Studenten. Hier betrug er 1886/87 129 von 1313 (9,8%), 1905/06 483 von 1784 (27,1%), 1908/09 400 von 1840 (21,7%).

Der besonderen Situation der Juden in Rußland entsprechend war der Anteil der Juden an der Zahl der ausländischen Studenten überhaupt sehr erheblich: im Jahre 1886/87 waren von den 770 Ausländern auf den preußischen Universitäten 129 (16,8%) Juden, 1905/06 von 1490 Ausländern 483 (32,4%) Juden. Die hier gebrachten, der Tabelle A entnommenen Beispiele beziehen sich nur auf die Universitäten in Preußen. Wenn man andere Institute für höhere Bildung, namentlich technische Lehranstalten, an denen eine größere Zahl jüdischer Studenten aus dem Ausland studierten, sowie die Universitäten der übrigen Länder des Reichs und die besonderen jüdischen Lehranstalten in Berlin und Breslau mitberücksichtigt, dürften die hier gegebenen Zahlen ungefähr die Hälfte aller ausländischen jüdischen Studenten umfassen, die bis zum Jahre 1910 in Deutschland studierten.

Trotz der grundsätzlichen Lernfreiheit, derer sich die jüdischen Studenten aus Rußland in Deutschland erfreuten, verlief ihre Studienzeit auf den Universitäten keineswegs reibungslos. Die reichsinländischen jüdischen Studenten hatten kaum Beziehung zu ihnen, die nichtjüdischen Studenten waren noch weniger freundlich. Der latente Antisemitismus der deutschen Studentenschaft kam sehr oft in Beleidigungen und feindseligen Ausbrüchen zum Vorschein. Die im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studenten unbedeutende Vermehrung der jüdischen Ausländer führte, namentlich nach dem Jahre 1905/06, häufig zu Diskussionen innerhalb der gesamten Studentenschaft. Die „Ausländerfrage“ an den deutschen Universitäten erregte immer allgemeines Interesse. An manchen Universitäten kam es zu Demonstrationen und Streiks der Studentenschaft gegen die Anwesenheit ihrer ausländischen jüdischen Kommilitonen. Diese Demonstrationen und Auseinandersetzungen forderten immer häu-

figer die völlige Ausschließung von russischen Studenten an den deutschen Universitäten, oder zumindest drastische Beschränkungen in ihrer Aufnahme. Die judenfeindliche Tendenz dieser scheinbar gegen die „Russen“ gerichteten Forderung wird deutlicher, wenn man feststellt, daß zwar mehr als die Hälfte aller ausländischen Studenten in Deutschland russischer Staatsangehörigkeit waren, daß jedoch 80–90 % dieser russischen Staatsangehörigen Juden waren. Eine Forderung nach Beschränkung der Zulassung russischer Studenten, die insbesondere für die medizinische Fakultät – in der sich die Hälfte aller jüdischen Studenten konzentrierte – gestellt wurde, bedeutete mithin die Ausschließung der ausländischen jüdischen Studenten von dem für sie besonders wichtigen Studium der Medizin. Die Forderungen der Studentenschaft wurden wiederholt sowohl im Reichstag als auch im preußischen Parlament behandelt und von der Sozialdemokratischen Partei sehr entschieden bekämpft. Dank dieser Gegnerschaft der Sozialdemokraten sowie auch wegen außenpolitischer Gründe war die deutsche Regierung daran gehindert, den antisemitischen Forderungen der Studentenschaft zu entsprechen. Auf administrativem Wege jedoch wurden die Schwierigkeiten mit der zunehmenden Anzahl der Studenten immer größer.

Auch außerhalb der Universitäten war das Leben der ostjüdischen Studenten in Deutschland nicht leicht. Die ersehnte Freiheit in Deutschland erwies sich bald als eine problematische Angelegenheit. Die Studenten kamen als Rebellen nach Deutschland. Ihr Leben in Rußland war zwar schwer gewesen, aber es war ein Leben der Auflehnung und des Kampfes, Kampf gegen die Enge des Elternhauses, Kampf gegen die Entrechtung und Bedrückung, denen sie als Juden ausgesetzt waren, Kampf gegen den absolutistischen Zarismus, der alle Völker Rußlands knechtete.

In Deutschland standen sie allen Dingen, die außerhalb ihres Studiums lagen, fremd gegenüber. Auch nach Überwindung der ersten Sprachschwierigkeiten blieben sie Fremde in jeder Hinsicht. Beziehungen zu deutschen Familien oder Kollegen ergaben sich kaum.

Aber auch die Juden in Deutschland nahmen fast keine Notiz von ihrer Anwesenheit. Da die Studenten in ihrer überwiegenden Mehrheit sich religiös nicht gebunden fühlten, nahmen sie keinen Anteil am religiösen Leben der deutschen Juden, in jenen Jahren der einzige sichtbare Ausdruck eines jüdischen Lebens, an dem sie sich hätten beteiligen können.

Es war daher nur natürlich, daß die wenigen etwa zehn oder höchstens hundert Studenten, die es auf einer Universität gab, sich enger zusammenschlossen, sich eine Insel schufen, auf der sie ihr eigenes, von der deutschen oder jüdischen Umwelt kaum beachtetes gesellschaftliches Leben führten. Eine der wichtigsten Einrichtungen auf diesem Gebiet war der „Russische Studentenverein“ in Berlin, der zwar fast ausschließlich aus Juden bestand, es aber ablehnte, sich als jüdisch zu bekennen. Dies führte dazu, daß sich im Jahre 1889 eine Gruppe national-denkender Studenten absplitterte und den „Russisch-Jüdischen Wissenschaftlichen Verein“ gründete, der ein ausgesprochen jüdisches Programm hatte und im Laufe der Jahre die besten Kräfte der jüdischen studierenden Jugend an sich zog.

Mit Wissenschaft im engeren Sinne hatte dieser Verein wenig zu tun. Er war eigentlich ein Debattierklub junger Menschen, die als Juden national empfanden, an eine Möglichkeit der Rückkehr des jüdischen Volkes nach Palästina glaubten und in den ideologischen Kämpfen jener Zeit, die in der jüdischen Jugend Rußlands zwischen den erwachenden nationalen Bewegungen und dem gleichzeitig aufsteigenden Sozialismus entbrannt waren, ihren Weg ins politische Leben suchten. In diesem Verein setzten sie die Debatten und Diskussionen fort, die sie in Rußland begonnen hatten. Hier lasen sie jüdische und russische Zeitungen, hier sprachen sie nur russisch, ungestört und von der Umwelt unbeachtet. Dieser Verein sowie ähnliche Gruppen in den verschiedenen Universitätsstädten Deutschlands waren in mancher Hinsicht Vorläufer der im Jahre 1897 gegründeten Zionistischen Organisation und der verschiedenen zionistischen oder sozialistischen Arbeiterparteien. *Leo Motzkin*, der langjährige Vorsitzende des Zionistischen Aktionskomitees und der

eigentliche Schöpfer des jüdischen Weltkongresses, *Shmarya Levin*, der bedeutendste zionistische Volkstribun, *Victor Jacobson*, vielleicht der erste zionistische Diplomat, der für die Zionistische Organisation während des ersten Weltkrieges in Konstantinopel und später als Vertreter der Jewish Agency bei der League of Nations in Genf tätig war, *Chaim Weizmann*, der erste Präsident Israels, *Nachman Syrkin*, einer der ersten Theoretiker des sozialistischen Zionismus sowie viele andere Männer, die im jüdischen Leben des 20. Jahrhunderts wichtige Rollen spielten, gehörten zu den tätigen Mitgliedern dieses Vereins, der ihnen geistige Heimat war.

Die deutschen Juden, in deren Mitte dieser Verein wirkte, wußten nichts von seiner Existenz, ahnten auch nicht, welche Kräfte für die Umgestaltung des jüdischen Lebens sich dort übten, und daß ein großer Teil des theoretischen Rüstzeugs zum Verständnis der modernen Judenfrage dort geschaffen wurde.

Wohl regten sich in den 90er Jahren auch im deutschen Judentum Kräfte, die auf die Möglichkeit einer Kolonisierung Palästinas hinwiesen und einer nationalen Auffassung der Judenfrage zuneigten. Jedoch „... zwischen 1880 und 1900 gehörte . . . tatsächlich eine besondere Empfindlichkeit und eine ungewöhnliche Unabhängigkeit des Urteils dazu, um in Deutschland die Judenfrage in ihrer historischen Perspektive zu sehen und von einer Renaissance auf dem Boden Palästinas zu träumen, die damals fast allen Europäern, Juden wie Christen, völlig phantastisch und unmöglich erschien.“⁸

So kam es, daß der Russisch-Jüdische Verein in Berlin zu jener Zeit der einzige Ort in Deutschland war, wo über diese Probleme nachgedacht und debattiert wurde. Nur ein einziger deutscher Jude, der Student *Heinrich Löwe*, später ein Mitbegründer der zionistischen Bewegung Deutschlands und Bibliothekar an der Staatsbibliothek Berlin, fand durch Zufall diesen Verein und wurde sein Verbindungsmann zur Außenwelt und einer seiner tätigsten Mitglieder. Obwohl er die Sprache, die dort gesprochen wurde, nicht kannte und auf Übersetzer angewiesen war, erfaßte er den Sinn dessen, was

⁸ *Richard Lichtheim*, Die Geschichte des deutschen Zionismus (Jerusalem 1954).

dort über Juden und Judentum und beider Zukunft gesagt wurde. Er stimmte den Ideen, für die der Verein eintrat, mit Begeisterung zu und verbreitete sie auch in den Reihen der jüdischen Jugend Deutschlands. Er war es auch, der im Jahre 1892 in Berlin den nationaljüdischen Verein „Jung-Israel“ gründete, der zum Vorläufer der Berliner Zionistischen Vereinigung wurde⁹.

Die russisch-jüdischen Studentenkolonien in Deutschland waren, wie wir gesehen haben, zahlenmäßig nie sehr bedeutend. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges dürfte die Zahl aller russisch-jüdischen Studenten in Deutschland selten mehr als 1000 innerhalb eines Studienjahres betragen haben. Aber ihre Anwesenheit in Deutschland, die Lernmöglichkeiten, die ihnen hier zur Verfügung standen, waren von nicht zu unterschätzender Bedeutung nicht nur für ihre persönliche Entwicklung, sondern vor allem für die Rolle, die sie später im jüdischen Leben spielen sollten. Ihre Wirkung innerhalb des deutschen Judentums jedoch war, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht, nur von geringer Bedeutung. Wichtiger in dieser Hinsicht waren die jüdischen Studenten aus dem Ausland, die auf den Theologischen Lehranstalten in Berlin und Breslau studierten und in erheblicher Zahl nach Vollendung ihrer Studien Rabbiner-, Lehrer-, Prediger- und Kantorenpositionen in den jüdischen Gemeinden Deutschlands einnahmen. Es dürfte keine Übertreibung sein, wenn man feststellt, daß diese aus dem Osten zugewanderten jüdischen Menschen in sehr bedeutsamer Weise für die Erhaltung und Fortführung des religiösen Lebens der Juden in Deutschland gewirkt haben.

⁹ *Jehuda Louis Weinberg*, *Aus der Frühzeit des Zionismus* – Heinrich Löwe (Jerusalem 1946).

Kapitel III

Bilanz von Einwanderung und Auswanderung

Zuverlässige Angaben über den Beginn der Zuwanderung ausländischer Juden nach Deutschland im 19. Jahrhundert sowie über den Umfang und die Orte ihrer ersten Niederlassung scheinen nicht vorhanden zu sein. Ein Hinweis von nicht-jüdischer Seite findet sich in dem Quellenwerk der Preussischen Statistik, Band 48a, der einen Rückblick auf die Bewegung der Bevölkerung im Preussischen Staate von 1816 bis 1874 darstellt, und auf den Dr. *Klara Eschelbacher* in ihrer Arbeit „Die ostjüdische Einwanderung der Stadt Berlin“ Bezug nimmt. Dort heißt es: „Die jüdische Bevölkerung im Preussischen Staate vermehrte sich größtenteils durch Einwanderung und zwar aus dem Russischen Reich und der Osterreichischen Monarchie.“¹⁰

Diese Behauptung, die sich nur auf die letzten Jahre des Rückblicks beziehen kann, wird durch keinerlei statistische Angaben begründet und in einer späteren Arbeit von *Neumann*¹¹ in das Reich der Fabel verwiesen. Die ersten genaueren Angaben sind in einer amtlichen preussischen Untersuchung enthalten, derzufolge im Jahre 1880 11 390 (davon in Berlin 2954 – 25,9 %) „Nichtdeutsche Israeliten“ in Preußen ermittelt wurden. *Felix A. Theilhaber*¹², der diese Angaben zitierte und um die Feststellung weiterer Zahlen bemüht war, kommt zu dem Ergebnis, daß demnach „damals noch keine 20 000 in Deutschland gewesen sein können“.

In den folgenden zwei Jahrzehnten bis zum Jahre 1900 hat es zwar infolge der Pogrome und Verfolgungen in Rußland gelegentlich größere Zuwanderungen gegeben, jedoch war die Zahl jener

¹⁰ Dr. *Klara Eschelbacher*, Die ostjüdische Einwanderung der Stadt Berlin. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 16. Jhrg. Januar–Juni 1920, Nr. 1–6.

¹¹ Dr. *S. Neumann*, Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung. Ein Kapitel aus der preussischen Statistik (Berlin 1880).

¹² *Felix A. Theilhaber*, Der Untergang der deutschen Juden. 2. Aufl. (Berlin 1921).

Juden, die für die Dauer bleiben konnten, begrenzt und keinen großen Schwankungen unterworfen, weil die preußische Regierung durch wiederholte Ausweisungen russischer Juden ihre Zahl verringerte. So wies sie in den Jahren 1881/82 sogar fast alle russischen Juden aus Berlin aus. Im Jahre 1885 verfügte der preußische Minister *von Puttkamer* die Ausweisung von 35 000 russischen Staatsangehörigen aus den Ostprovinzen, eine Maßnahme, von der 9000 Juden betroffen waren. Sie wurde derart rigoros durchgeführt, daß in vielen Fällen sogar die Kultusbeamten der Jüdischen Gemeinden nicht geschont wurden¹³.

Armut und Not in Galizien, Pogrome und Verfolgungen in Rußland erwiesen sich jedoch auf die Dauer stärker als die Maßnahmen der preußischen Polizei, die das allmähliche Anwachsen der Zahl ausländischer Juden nicht verhindern konnte. Die amtliche Volkszählung des Jahres 1900 ermittelte bereits 41 000 jüdische Ausländer im Reich; hiervon lebten in Berlin 12 000, in Sachsen 5600, in München 1905¹⁴. Die Polizeibehörden standen wieder dieser Zuwanderung machtlos gegenüber. Wohl hatten sie im Jahre 1905, als der Ansturm infolge der neuen Pogromwelle in Rußland ihnen zu groß erschien, 4000 Juden aus Berlin ausgewiesen, aber was immer sie auch versuchten, sie konnten das Anwachsen der Zahl der ausländischen Juden nicht abstellen. Tausende waren freilich zu schwach, um sich durchzusetzen; sie kehrten nach Galizien, zuweilen sogar nach Rußland zurück. Andere wanderten westwärts, nach Belgien, Frankreich, England, immer mit dem Ziel vor sich, Amerika zu erreichen. Jedoch die Zahl jener, die in Deutschland verbleiben mußten oder verbleiben konnten, wuchs stetig von Jahr zu Jahr, bis bei der Volkszählung des Jahres 1910 79 000 für das Reich ermittelt wurden. Die vier Jahre von 1910 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1914 brachten eine gewisse Entspannung in Rußland sowie eine Verbesserung der Verhältnisse in Galizien und

¹³ Allgemeine Zeitung des Judentums. 22. und 29. September 1885.

¹⁴ *Felix A. Theilhaber*, Der Untergang der deutschen Juden. 1. Aufl. (München 1911).

Ungarn, was zwar eine Verminderung des fluchtartigen Verlassens dieser Länder bewirkte, aber die Auswanderung nicht abstellte. Die Zuwanderung nach Deutschland nebst natürlicher Vermehrung dürfte während dieser Periode 2–3000 jährlich betragen haben, so daß sich im August des Jahres 1914 gegen 90 000 ausländische Juden in Deutschland befunden haben dürften. Für den Bestand und die Erhaltung des Judentums in Deutschland war diese Zuwanderung von geradezu entscheidender Bedeutung. Dies ergibt sich aus den Berechnungen von *Felix A. Theilhaber* in der bereits erwähnten zweiten Auflage seines Aufsehen erregenden Buches „Der Untergang der deutschen Juden“, in dem er den Nachweis erbringt, daß der Zuwachs des preußischen Judentums, der in den Jahren 1880 bis 1910 ca. 52 000 betrug, fast ausschließlich auf das Konto der ausländischen Juden zu setzen ist, von denen im Jahre 1910 ca. 48 000 in Preußen lebten. Tabelle B* gibt einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung der ausländischen Juden im Vergleich zu der Zahl der Juden im Reich überhaupt, soweit sich dies ermitteln ließ, sowie die Verteilung der Ausländer auf einzelne Länder und wichtigere Städte für die Periode 1880–1910.

Die Zuwanderung der ausländischen Juden hat bei der unfreundlichen Einstellung der Deutschen den Juden gegenüber im Verlauf der Jahre wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit geführt. Immer wieder wurden von antisemitischer Seite die schärfsten Maßnahmen gegen die jüdische Zuwanderung gefordert. Dies wirkte sich in den oft vorgenommenen Ausweisungen von Juden aus sowie in der Tatsache, daß Einbürgerungsge-
suche von Juden in Deutschland fast immer abgelehnt wurden.

Die jüdischen Einwanderer wurden in Deutschland nicht nur als Juden sondern auch als Ausländer gezählt. Hier jedoch war ihr Anteil keineswegs so groß, daß er dem antisemitischen Geschrei auch nur den Anschein einer Berechtigung geben konnte. Zur Begründung dieser Behauptung kann auf die amtlichen Zahlen der Volkszählungen der Jahre 1900 und 1910 hingewiesen werden, die auch Anga-

* Siehe Anhang II, S. 164.

ben über die Ausländer nach Religion und Staatsangehörigkeit enthalten. Aus diesen ist zu ersehen, daß es im Jahre 1900 823 000 Ausländer in Deutschland gab, von denen 41 000 (5 %) Juden waren. Im Jahre 1910 war die Zahl aller Ausländer auf 1 259 000 angewachsen, und die Zahl der Juden unter ihnen betrug 79 000 (6,3 %).

Die Verteilung der ausländischen Juden ihrer Staatsangehörigkeit nach gab ein etwas anderes Bild, als man es nach den antisemitischen Behauptungen über die „russische Gefahr“ erwartete, denn es zeigte sich, daß von den 41 000 jüdischen Ausländern im Jahre 1900 nur 13 000, also weniger als ein Drittel, die russische Staatsangehörigkeit besaßen, und über 20 000, also fast die Hälfte, aus dem verbündeten Österreich-Ungarn kamen. Im Jahre 1910 verschob sich das Verhältnis noch mehr zugunsten derer aus Österreich-Ungarn, die von insgesamt 70 000 ausländischen Juden mit 47 000, also ca. 60 %, ermittelt wurden, während die Zahl der Russen 21 000, also nur noch 26,7 %, betrug.

Die Zurückhaltung der deutschen Regierung, dem Drängen der Antisemiten nach schärferen Maßnahmen gegen Ausländer – d. h. Juden – in Deutschland nachzugeben, war weitgehend von der Notwendigkeit bestimmt, Rücksicht auf die Interessen der deutschen Staatsangehörigen im Ausland zu nehmen, da sich eine wesentlich größere Zahl von Deutschen im Ausland befand als Ausländer in Deutschland. Gemäß den Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes lebten im Jahre 1900 3 623 000 und im Jahre 1910 3 413 000 deutsche Staatsangehörige im Ausland, von denen in jedem der beiden Zähljahre sich über 2 500 000 in den Vereinigten Staaten befanden.

Die Zahl der deutschen Staatsangehörigen im Ausland hatte auch für die Zahl der jüdischen Bevölkerung in Deutschland eine gewisse Bedeutung; dies ist in den jüdischen statistischen Untersuchungen nur wenig beachtet worden. Die Annahme, daß die Auswanderung der deutschen Juden nach Amerika um 1875 zum Stillstand kam, dürfte im Hinblick darauf, daß die allgemeine Auswanderung aus

Deutschland in der Zeit von 1880 bis 1910 noch immer 2 339 000 betrug, kaum zutreffen¹⁵. Es ist unwahrscheinlich, daß die Juden an dieser Auswanderung seit 1880 nicht beteiligt waren; vielmehr kann mit einer gewissen Sicherheit angenommen werden, daß ihr Anteil an dem Prozeß der Auswanderung höher war als ihr Anteil an der Bevölkerung. Wenn wir den jüdischen Anteil an der Auswanderung mit 2 0/0 ansetzen, so haben in der oben erwähnten Periode 47 000 Juden Deutschland verlassen. *Theilhaber*¹⁶, der von einer höheren Zahl der deutschen Staatsangehörigen im Ausland ausgeht und den Anteil der Juden ebenfalls mit 2 0/0 ansetzt, gelangt zu einer Zahl von 70 000 deutschen Juden im Ausland. Diese Zahl wird auch in einer späteren Veröffentlichung von Dr. *Jacob Segall*¹⁷ übernommen. Demnach ist der Weggang deutscher Juden nach dem Ausland durch fast die gleiche Zahl der Zuwanderer aus dem Osten im jüdischen Bevölkerungsbestand in Deutschland ausgeglichen worden.

Kapitel IV

Formen ostjüdischer Niederlassung

Die Niederlassung der ausländischen Juden in Deutschland bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1914 verlief im allgemeinen entsprechend den bekannten Gesetzen der jüdischen Wanderung: Zustrom zu den Großstädten und Konzentrierung in bestimmten Stadtteilen; soweit es sich um Erwerb für den Lebensunterhalt handelt, Ergreifung einer nur geringen Zahl bestimmter

¹⁵ Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 2, 4. Aufl. S. 69 (Jena 1905).

¹⁶ *Felix A. Theilhaber*, Deutsche Juden im Ausland und ausländische Juden im Deutschen Reich. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 1. Jhrg. Heft 12, 1904.

¹⁷ Dr. *Jacob Segall*, Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland. Veröffentlichungen des Bureaus für Statistik der Juden, Heft 9 (Berlin 1912).

Berufe. Eine gewisse Ausnahme von dieser Regel, wenn man von den Verhältnissen in Berlin ausgeht, wo naturgemäß der größte Teil der Einwanderer sich niederließ, ergab sich insofern, als die Konzentrierung in den einzelnen Teilen der Stadt einen mehr landsmannschaftlichen Charakter hatte als z. B. in Paris oder London, wo fast alle Einwanderer aus den verschiedenen Ländern lange Zeit die Neigung zeigten, in einem Stadtteil zusammenzubleiben. Dies dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß dort der Unterschied der Einwanderer ihrer geographischen Herkunft nach viel weniger ausgeprägt war als in Deutschland, wo die zwei Hauptgruppen der ausländischen Juden, Österreicher (Galizier) und Russen, nur wenig Verbindung miteinander hatten und sich auch in mancher Beziehung erheblich voneinander unterschieden.

Das oben angedeutete Beispiel der Wohnverteilung der ostjüdischen Ausländer in Berlin ergibt nach der bereits erwähnten Arbeit von Dr. *Klara Eschelbacher* folgendes: Von den 12 955 Juden osteuropäischer Herkunft, die im Jahre 1910 in der Stadt Berlin und in fünf der wichtigeren Vororte des späteren Groß-Berlin gezählt wurden, wohnten in Berlin 6098 Galizier, 3606 Russen und 550 Rumänen; in Charlottenburg hingegen wohnten nur 265 Galizier und 154 Rumänen, aber 1015 Russen. Ähnlich war das Verhältnis in den westlichen Gegenden Schöneberg und Wilmersdorf, wo 186 Galizier, 35 Rumänen, aber 446 Russen zu finden waren. Auch die berufliche Gliederung der oben erwähnten Gruppen in Berlin war von der Verschiedenheit ihrer geographischen Herkunft bestimmt. Von 6153 erwerbstätigen Personen, die sie enthielten, waren – um nur die drei wichtigsten Zweige jüdischer wirtschaftlicher Betätigung – Handel, Industrie und freie Berufe – zu nennen, im Handel 45 % Galizier und nur 35 % Russen; in der Industrie hingegen 50 % Russen und 47 % Galizier; in den freien Berufen und öffentlichen Diensten waren von ihnen 2 % Galizier, hingegen 12 % Russen.

Von den 615 000 Juden, die im Deutschen Reich im Jahre 1910 gezählt wurden, waren 79 000 (ca. 13 %) ausländischer Herkunft. Sie bildeten damit einen erheblichen Teil der jüdischen Bevölke-

rung, deren berufliche Gliederung und wirtschaftliche Betätigung sie in verschiedenen Richtungen beeinflussten. Sie vergrößerten den quantitativen Anteil der Juden an proletarischen – handarbeitenden – Elementen. Andererseits verminderten sie den prozentualen Anteil der Juden in den Handelsberufen und in der Kategorie der Selbständigen. Ihre Anwesenheit in Deutschland war auch in gewissem Maße nutzbringend für die deutsche Volkswirtschaft. Viele von ihnen gehörten zu den Trägern des vor dem ersten Weltkriege immer wichtiger werdenden Handels- und Industrieverkehrs zwischen Deutschland und den Ostländern. Sie spielten eine wichtige Rolle im Import von Eisen, Holz, Leder und Pelzwaren aller Art und halfen mit bei der Erschließung neuer Märkte für die deutsche Industrie durch den Export von landwirtschaftlichen Maschinen und technischen Bedarfsartikeln nach Rußland. Als Arbeiter hatten sie einen erheblichen Anteil an der Entstehung und Entwicklung der Zigarettenindustrie in Berlin und der Lederwarenfabrikation in Offenbach sowie der Kürschnerei in Leipzig. Überdies stellten sie eine erhebliche Anzahl von Personen, die zur Ausübung des jüdischen religiösen Dienstes in Deutschland benötigt wurden; aus ihren Kreisen kamen Rabbiner, Lehrer, Schächter, Kantoren, Thoraschreiber und hebräische Schriftsetzer.

In ihrem sozialen und gesellschaftlichen Leben jedoch hatten die ausländischen Juden kaum Beziehungen zu Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Außerhalb ihrer durch das Gesetz erzwungenen Zugehörigkeit zu den jüdischen Gemeinden als Steuerzahler nahm das organisierte deutsche Judentum, von gewissen zahlenmäßig unbedeutenden Gruppen abgesehen, wenig Notiz von der Anwesenheit der ausländischen Juden in seiner Mitte. Dies traf sicherlich für die Großstädte zu. In den kleineren Städten hingegen gab es eher persönliche Beziehungen zwischen den beiden Gruppen, den Einheimischen und den Fremden. Sei es, weil man sie zur Erhaltung des religiösen Lebens und des Gottesdienstes in der Synagoge benötigte, sei es, daß einzelne, wohlhabend gewordene Kaufleute in den Kreisen und Organisationen der örtlichen Juden irgendwie Aufnahme ge-

funden hatten. Von diesen nicht häufigen Ausnahmen abgesehen, gab es noch gewisse Beziehungen der deutsch-jüdischen Orthodoxie zu dem galizischen Teil der Ausländer, der seiner Tradition nach konservativ-religiös gebunden war und daher von der konservativen Minderheit als eine Stärkung ihrer Position im Gemeindeleben angesehen wurde. Die andere Gruppe, die ebenfalls quantitativ unbedeutend im deutschen Judentum war und erst am Beginn ihrer Entwicklung stand, die zionistische Bewegung, hatte eine freundliche und positive Einstellung zu ihnen und machte sich zuweilen, wenn Angriffe gegen die Ausländer es erforderten, zu ihrem Fürsprecher. Aber auch hier gab es darüber hinaus keine stärkere persönliche Verbindung; bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges dürfte kein einziger ausländischer Jude in der Leitung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland tätig gewesen sein. Die Funktion der ausländischen Juden im Zionismus scheint darin bestanden zu haben, zionistische Versammlungen zu füllen und das Publikum oder die Masse für die jungen zionistischen Redner zu sein.

So kam es, daß die Mehrheit der ausländischen Juden, die aus kleinen Kaufleuten, Hausierern, Schustern, Schneidern, Uhrmachern, Zigaretten- und anderen Arbeitern bestand, auf sich selbst gestellt war und ihr kulturelles und gesellschaftliches Leben allein einrichtete, in der Regel nach den Gewohnheiten der verschiedenen Heimatsorte. Die Absonderung der Einzelnen, der sie durch Errichtung eigener Synagogen und Betstuben, durch Schaffung eigener Wohltätigkeitsvereine und gegenseitiger Hilfseinrichtungen in ihrem Wohnbezirk entgegenwirken wollten, kam nicht nur von außen. Sie wirkte sich auch nach innen aus. Sie waren nicht nur von der deutschen und jüdischen Umwelt abgesondert, sobald sie die berufliche Sphäre verließen, sondern auch innerhalb ihrer eigenen Kreise gab es tiefgehende Differenzierungen, die gegen das Entstehen einer geschlossenen Gemeinschaft wirkten. Da waren die russischen Studenten, die in ihren Vereinen von der Renaissance des jüdischen Volkes in Palästina träumten und darüber debattierten, wie diese am schnellsten verwirklicht werden könnte; und da waren die

sozialistisch eingestellten Studenten, die ihr Leben der Revolutionierung Rußlands und der Erreichung des Sozialismus verschrieben hatten. Beide Gruppen wollten den Massen ihres Volkes oder den armen Massen aller Völker dienen, aber sie sahen nicht die nach Tausenden zählende arme jüdische Masse, die in derselben Stadt mit ihnen lebte, in demselben Lande den gleichen Sorgen und Schwierigkeiten als Fremde ausgesetzt war. Verstrickt in ihren abstrakten ideologischen Diskussionen übersahen sie, daß man auch in Deutschland „ins Volk gehen“ und zwischen den proletarischen jüdischen Massen wirken konnte. Aber auch die galizischen kleinen Kaufleute hatten nichts gemein mit den russischen Zigarettenarbeitern, und die russischen Schneider kaum etwas mit den rumänischen Hausierern. Daher kam es, daß in Deutschland nicht einmal Versuche eines sozialen und kulturellen Lebens in jiddischer Sprache zu finden waren, wie es sich um die Jahrhundertwende in London und Paris und besonders in New York im Zusammenhang mit dem Aufkommen der jüdischen Arbeiterbewegung entwickelte.

Wenn früher von der Interesselosigkeit der deutschen Juden an dem Schicksal der in ihrer Mitte als Mitglieder ihrer Gemeinden lebenden ausländischen Juden die Rede war, so waren sie in einer Hinsicht gezwungen, sich mit den ausländischen Gemeindemitgliedern zu beschäftigen. Die Frage der Gleichberechtigung der ausländischen Mitglieder in den jüdischen Gemeinden führte in den Jahren 1912/14 in manchen Städten wie Bochum, Köln, Leipzig, Chemnitz usw. zu erregten Auseinandersetzungen. Die Animosität oder Gleichgültigkeit, die weite Kreise der deutschen Juden veranlaßte, so wenig wie möglich von den Ausländern Notiz zu nehmen oder mit ihnen in Berührung zu kommen, änderte nichts an der Tatsache, daß deren Zahl durch Zuwanderung und natürliche Vermehrung anwuchs, während die Zahl der deutschen Juden stabil blieb oder sogar abnahm. In vielen Gemeinden bildeten daher die ausländischen Juden bald einen erheblichen Teil der Gemeindemitglieder, ja in Städten wie Leipzig oder Chemnitz sogar die Mehrheit. Sie lebten lange genug in den Städten, zahlten den Gemeinden ihre

durch Staatsgesetz vorgeschriebenen Steuern und bekundeten daher auch bald den Willen, am Gemeindeleben aktiv teilzunehmen und über die Verwendung der von ihnen gezahlten Steuern mit zu bestimmen. Ihrem Wesen nach hatten die ausländischen Juden sowohl in religiöser als auch in sozialer Hinsicht eine viel positivere jüdische Einstellung zu Inhalt und Form des Gemeindelebens als die alteingesessenen Juden, die diese Gemeinden beherrschten und ihren Charakter bestimmten. Angriffe gegen die herrschenden liberalen Kreise kamen sowohl von der konservativ-religiösen Minderheit als auch von der sich immer mehr bemerkbar machenden zionistischen Bewegung, deren Repräsentanten mit Nachdruck auf eine Änderung und Demokratisierung der Gemeinden drängten. In diesem Kampf um die Änderung des Charakters der Gemeinden wurden die ausländischen Juden zu einem wichtigen Faktor.

Als sich in einigen Gemeinden bei den Wahlen ergab, daß die Ausländer mit den oppositionellen Elementen zusammengingen und hier und dort der Opposition dazu verhalfen, ihre Vertreter in die Führung der Gemeinden zu entsenden, erregte dies das Mißfallen der herrschenden Partei. In vielen Gemeinden wurde daher der Versuch gemacht, den Ausländern durch juristische Mittel das Wahlrecht zu nehmen oder es weitgehend einzuschränken. Teils sollten nur Mitglieder deutscher Staatsangehörigkeit das aktive und passive Wahlrecht erhalten, teils sollte eine mehrjährige Zugehörigkeit zur Gemeinde eine Voraussetzung für das Wahlrecht sein. Der Kampf ging so weit, daß die Staatsbehörden angerufen wurden, die zum Unbehagen der eingewanderten Juden entschieden, daß die Staatsangehörigkeit auf die Rechte der Gemeindemitglieder keinerlei Einfluß haben könne¹⁸. Der Kampf um das Wahlrecht der Ausländer in den Gemeinden währte lange Zeit, er wurde erst in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg zugunsten der Ausländer entschieden. Charakteristisch für die Einstellung gewisser Kreise des deutschen Judentums in dieser Frage war die Rede, die der Vertreter der Jü-

¹⁸ Jüdische Rundschau, Jhrg. 1914, Nr. 3 und 4. – *Fabius Schacht*, Die „Fremdenfrage“ (Zum Fall Duisburg). Ost und West, 14. Jahrg., Nr. 1, Januar 1914.

dischen Gemeinde in Chemnitz, *Louis Ladewig*, auf dem 15. Ordentlichen Deutsch-Israelitischen Gemeindetag am 23. Januar 1921 – also bereits in den Tagen der Weimarer Republik – hielt, in der er u. a. folgendes sagte:

„...Wir in Sachsen haben ganz besondere Verhältnisse wie kaum in einem anderen Bundesstaat. Bei uns besteht die weitaus größte Mehrzahl der Juden aus Ausländern. Das Verhältnis der Ausländer zu den Inländern ist bei uns 4 : 1. Von den 20 000 Seelen der Leipziger Gemeinde sind 16 000 Ausländer. In Chemnitz haben wir über 4000 Juden und davon nur 900 Deutsche. Wir haben wohl ein Herz für unsere ausländischen Glaubensgenossen, und haben wir das bewiesen, indem wir 2000 ausländische Juden, die bei Kriegsbeginn nach Chemnitz überwiesen wurden, in der ganzen Zeit durchgehalten haben. Wir haben Hunderttausende für sie geopfert, um zu verhindern, daß sie in Konzentrationslager kämen. Sachsen ist das Einfalltor für die galizischen und polnischen Juden. Im Gegensatz zu den preußischen Behörden sind die sächsischen Behörden jederzeit tolerant gegen diese Ostjuden gewesen. Wir wollen ihnen alles gewähren, aber eines können wir nicht: wir können ihnen nicht das Wahlrecht geben. Wir können nicht die Ausländer über unsere deutschen Juden verfügen lassen.“¹⁹

Dieser Redner mag zwar in seiner Offenheit zu weit gegangen sein, aber er sprach aus, was viele der führenden Juden Deutschlands über die Rechte der Ausländer in den Gemeinden im stillen dachten.

Viel ausgesprochener in ihrer Ablehnung jeder Beziehung zu den Ostjuden war die zahlenmäßig kleine Gruppe der extremen Assimilanten, die von dem Berliner Rechtsanwalt *Dr. Max Naumann* kurz nach dem ersten Weltkrieg zum „Verband national-deutscher Juden“ zusammengeschlossen wurde. Im innerjüdischen Leben hatten sie wenig Bedeutung. Dadurch aber, daß sie ihre Ablehnung alles Jüdischen in der Öffentlichkeit verkündeten, und ein von ihnen verbreitetes Mitteilungsblatt an weite – nichtjüdische – Kreise, Parlamentarier usw. ging, lieferten sie der antisemitischen und antiostjüdischen Hetze „authentisches“ Material, das von den schlimmsten

¹⁹ Mitteilungen vom Deutsch-Israelitischen Gemeindebund. Berlin, März 1921, Nr. 94.

Judenfeinden mit Behagen zitiert wurde. Ihre Stellungnahme den Ostjuden gegenüber kommt am klarsten in einer Schrift von Dr. *Naumann**, der die folgenden Sätze entnommen sind, zum Ausdruck:

„Dem nationaldeutschen Juden ist der Ostjude ein Fremder, und nichts als ein Fremder, er ist ihm gefühlsmäßig, geistesfremd, körperlich fremd. Wenn wir hören, daß im europäischen Osten gegen diese mitleidswerten Geschöpfe Greuel verübt werden, schlägt das Herz des nationaldeutschen Juden in menschlichem Mitgefühl wie das jedes menschlich empfindenden Deutschen anderen Stammes auch. Es ist dasselbe Mitleid, das wir auch fühlen, wenn von Armeniermetzeleien der Türken oder Negerlynchmorden in Amerika die Rede ist. Der Gradunterschied in der gefühlsmäßigen Reaktion beruht nur darauf, daß die europäischen Pogrombezirke uns räumlich näher liegen, und daß man von den Dingen, die sich dort abspielen, Genaueres erfährt, als von den Geschehnissen im Fernen Osten oder Westen, die von den Zeitungen meist mit ein paar Zeilen abgetan werden. Der beste Beweis dafür ist, daß der blutige Osterpogrom in Jerusalem, der mehrere hundert Opfer forderte, die Gemüter in Deutschland weit weniger erregt hat, als die viel belangloseren Vorgänge ähnlicher Art, die aus Polen und der Ukraine gemeldet wurden. Es waren ebenfalls Juden, die dort litten, und zum großen Teil westeuropäische Juden, die uns kulturell näher stehen als die Ostjuden, aber es war eben doch hinten weit in der Türkei. Wir fühlen mit den ostjüdischen Opfern aller dieser Ausbrüche eines beklagenswerten Fanatismus, nicht weil sie Juden, sondern weil sie Menschen sind. Aber wenn wir von den Leiden hören, die deutsche Kriegsgefangene in afrikanischen Gefangenenlagern, ja selbst bei den kulturstolzen Franzosen erdulden mußten, dann möchten wir aufschreien vor fast körperlichem Schmerz, denn die Schläge, die unsere Brüder treffen, brennen uns auf der eigenen Haut.“

Bei all der Trostlosigkeit des sozialen Lebens der ausländischen Juden in Deutschland vor dem Weltkrieg, bei all der Beziehungslosigkeit und Gleichgültigkeit der deutschen Juden ihnen gegenüber, gab es natürlich auch erwähnenswerte Ausnahmen, die allerdings die Regel des allgemeinen Verhaltens der Masse der deutschen Juden eher bestätigen als abschwächen. Da war der Journalist *Leo Winz*, der im

* Vom nationaldeutschen Juden (Berlin 1920).

Jahre 1901 die Illustrierte Monatsschrift für das Gesamtjudentum „Ost und West“ begründete und diese bis zu ihrem Ende im Jahre 1922 redigierte. Die Zeitschrift hatte zwar nichts mit den Massen der ausländischen Juden zu tun, aber sie nahm sich ihrer an und bekundete ein gewisses Maß von Mut in der Kritik führender deutsch-jüdischer Kreise. Sie leistete gleichzeitig eine nicht zu unterschätzende Aufklärung im deutschen Judentum über das geistige und kulturelle Leben der Juden im Osten, über jiddische und hebräische Literatur, aus der sie Übersetzungen brachte, über jüdische Maler und Bildhauer, über das jüdische Volkslied sowie über jüdisches Leben im Osten überhaupt. Die politische Haltung dieser Zeitschrift und ihres Herausgebers war oft umstritten. Ihre Leistung für das Näherbringen jüdischen Wissens und ostjüdischer Kultur an die deutschen Juden in einer äußerlich ansprechenden Form hat zweifellos weitgehende Wirkungen gehabt und das Verständnis für das östliche Judentum in Deutschland geweckt. Eine ähnliche und sehr bedeutsame Funktion erfüllte in dieser Hinsicht auch der im Jahre 1902 von *Martin Buber*, *Berthold Feiwel*, *E. M. Lilien* und *Davis Trietsch* in Berlin begründete „Jüdische Verlag“. Die von diesem herausgegebenen Bücher brachten wiederholt Übersetzungen aus der modernen hebräischen und jiddischen Literatur. Sie haben in den Kreisen der jungen Akademiker, die sich um die zionistische Bewegung scharten, wesentlich zum Verständnis ostjüdischen Lebens und Schrifttums beigetragen.

Daß drei der Begründer des Verlages gleich *Leo Winz* im Ausland geborene Juden waren, sei hier nur am Rande vermerkt.

Vereinzelte junge Studenten in den Universitätsstädten machten zuweilen den Versuch, an die Masse der ausländischen Juden heranzukommen, um durch Vorträge und Abendkurse ihr geistiges Niveau zu heben. Zu diesen Einzelnen gehörte auch *Fritz Mordechai Kaufmann*, der 1909/10 solche Kurse in Leipzig einrichtete und leitete, und dessen Schicksal es wurde, ein Jahrzehnt seines kurzen Lebens geistiger Mittler zu sein zwischen den Juden aus dem Osten und den Juden Deutschlands.

Der im Jahre 1888 in Eschweiler im Rheinland, wo es so gut wie gar keine ausländischen Juden gab, als Sohn einer bemittelten Kaufmannsfamilie geborene *F. M. Kaufmann* hatte in seinem traditionell geführten Elternhaus eine gute allgemeine und jüdische Erziehung erhalten. Alle aufstrebenden Reformbewegungen jener Zeit, besonders der Sozialismus, fanden in ihm einen aufgeschlossenen und opferwilligen Anhänger, wobei er von früh an bestrebt war, immer nach den von ihm vertretenen Anschauungen zu leben. Im Jahre 1910 während seiner Studienzeit in Leipzig schloß er sich der zionistischen Bewegung an, fand jedoch wenig Befriedigung in den abstrakten Diskussionen der zionistischen Studentenschaft. Immer bemüht, einer erfaßten Idee ganz zu dienen, suchte und fand er in Leipzig, wo eine große Zahl armer jüdischer Menschen aus dem Osten lebte, Anschluß an diese. Ihre Gläubigkeit und Religiosität, ihre Sprache und ihre Lieder wurden für ihn der Ausdruck eines lebendigen, innerlich gesunden, volkshaften Judentums. Der von ihnen ausgehende Einfluß auf *Kaufmann* war so tief, daß er sehr bald, wohl als einer der ersten deutschen Juden, anfang, Jiddisch zu lernen und in das Wesen dieser Sprache und ihrer Literatur einzudringen. Seine besondere Liebe aber galt dem jüdischen Volkslied, das ihn, der in seiner frühen Jugend dem deutschen Volkslied zugewandt gewesen war, mit seiner Einfachheit und Innigkeit völlig ergriff. Aus dem jüdischen Kreis in Leipzig, mit dem er ständig verkehrte, wählte er auch seine Frau, die aus Rußland stammende *Rachel Kaganoff*, die unter Anleitung ihres Mannes sich fortbildend bald als ausgezeichnete Interpretin des jüdischen Volksliedes in Deutschland bekannt wurde.

Während dieser Zeit, die auch dem Studium der wirtschaftlichen und kulturellen Zustände der Juden im Osten Europas gewidmet war, begegnete *Kaufmann* dem in Wien geborenen *Nathan Birnbaum*, der früher schon den Weg aus der Assimilation des Wiener Judentums zum jüdischen Volk gefunden hatte, bereits vor dem Auftreten *Herzls* zionistische Ideen predigte und so einer der entscheidenden Vorkämpfer für Erneuerung des jüdischen Lebens ge-

worden war. *Birnbaum*, ein ewig Rastloser und Suchender, hatte sich aber zu jener Zeit bereits von der zionistischen Bewegung getrennt und den Gedanken einer umfassenden jüdisch-nationalen Bewegung entwickelt, wobei er besonders die Bedeutung der jiddischen Sprache und der in dieser Sprache geschaffenen Kulturwerke für die Gesamtheit des jüdischen Volkes betonte. Die westlichen Splittergruppen sollten sich an diesem Judentum des Ostens aufrichten und in ihrem jüdischen Bewußtsein stärken. *Kaufmann* folgte *Birnbaum* auf diesem Wege, trat aus der zionistischen Bewegung aus und begründete zusammen mit seinem Bruder *Julius* im Jahre 1913 eine eigene Zeitschrift „Die Freistatt“, eine alljüdische Revue, die für die Erstarkung der „Jüdischkeit“ und für das Verständnis jüdischer Probleme bei den assimilierten Juden Deutschlands wirken wollte. Eine Reise nach Galizien als Gast einer Konferenz der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung „Poale Zion“ in Krakau, und anschließend ein Besuch in Lemberg brachten ihn mit Massen des jüdischen Volkes zusammen. Diese Reise bestärkte *Kaufmann* in seinen Anschauungen über das Judentum und bereitete ihn für seine soziale Tätigkeit unter den ausländischen Juden in Deutschland vor, auf die später ausführlicher eingegangen werden soll.

Zweiter Teil

DER KRIEGSAUSBRUCH 1914 UND SEINE FOLGEN

Kapitel I

Das Komitee für den Osten

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges, der so verhängnisvoll für ganz Europa werden sollte, bedeutete auch einen tragischen Wendepunkt für die millionenköpfige jüdische Bevölkerung des europäischen Ostens. Im Leben und in der besonderen Lage der zirka 90 000 ausländischen Juden, die es im Jahre 1914 in Deutschland gab, begann diese Änderung zunächst damit, daß die nach außen einheitlich scheinende Masse der ausländischen Juden in zwei Gruppen nach ihrer Staatsangehörigkeit geteilt und gesondert behandelt wurde. Jene, die in Österreich-Ungarn beheimatet waren, mußten, soweit sie in dem entsprechenden Alter waren, der Wehrpflicht nachkommen, was meist die Vernichtung einer sehr schwer errungenen Existenz und den Verlust mühsam erworbener Habseligkeiten zur Folge hatte. Schlimmer und härter wurden die russischen Staatsangehörigen betroffen. Sie, die Rußland als Feinde des herrschenden Systems – des Zarismus – verlassen und keinen größeren Wunsch als dessen Zusammenbruch hatten, wurden zu feindlichen Ausländern erklärt, in Internierungslager gebracht und unter Sonderbestimmungen gestellt – ähnlich dem Schicksal, das die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland im Jahre 1940 in England und Frankreich zu erleiden hatten. Soweit sie nicht in den ersten Tagen will-

kürlich in deutschen Kurorten, auf der Straße und auf Bahnhöfen festgenommen und in Sammellager gebracht wurden, schränkte man sie jedenfalls in ihrer Bewegungsfreiheit ein. Sie mußten sich der Polizei zur Verfügung halten, die sie aus manchen Gegenden des Reichs auswies. Die Folgen waren entweder Einlieferung in ein Zwangslager oder Zwangsaufenthalt in bestimmten Städten, wo die Ausgewiesenen in ihrer Hilf- und Mittellosigkeit die Almosen der jüdischen Gemeinden in Anspruch nehmen mußten.

In einem bemerkenswerten Gegensatz zu dieser, der Kriegspsychose entsprungenen Brutalität der deutschen Regierung gegenüber den russischen Juden stand ihr Versuch, die Sympathien der in Polen lebenden Juden für Deutschland zu gewinnen. Der Aufruf der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Österreichs bei ihrem Einmarsch in Polen im September 1914 ist im Hinblick darauf, was die Deutschen während des ersten und zweiten Weltkrieges den Juden zugefügt haben, so charakteristisch für die Beziehungen der herrschenden Schicht Deutschlands zu den Juden, daß er es verdient, der historischen Vergessenheit entrissen und festgehalten zu werden (Materialien A *).

Der Aufruf wurde in einer für die Juden in Polen gegründeten, in jiddischer und hebräischer Sprache erschienenen Sammelschrift²⁰ veröffentlicht und als Sonderdruck beim Einmarsch der deutschen Armeen in Polen in Massen verbreitet.

Aber nicht nur die Oberste Deutsche Heeresleitung, auch weite jüdische Kreise Deutschlands entdeckten in ihrem patriotischen Bestreben, die Sache der Zentralmächte im Kriege zu fördern, ihre Liebe zu den Juden im Osten. Das Schicksal der verpönten und ungerne gesehenen Ostjuden von gestern, ihre leidvolle Gegenwart und ihre unbestimmte Zukunft nach dem Siege der deutschen Waffen

* Siehe Anhang I, S. 156.

²⁰ „Kol Mewasser“ (Herold) Nr. 1, Berlin, August-September 1914. Siehe auch Berliner Tageblatt, 1. September 1914; Jüdische Rundschau, 4. September 1914; Jüdisches Archiv, Lfg. 6/7, Wien, Oktober 1916, in dem beide Fassungen, die jiddische und die deutsche, enthalten sind.

wurden zu einer wichtigen, in der jüdischen und deutschen Presse vielfach erörterten Frage.

Auf Initiative des Justizrats Dr. *Max I. Bodenheimer*, Köln, und des Privatdozenten an der Berliner Universität, Dr. *Franz Oppenheimer*, wurde bereits Ende August 1914 das „Deutsche Komitee zur Befreiung der russischen Juden“ in Berlin gegründet. Da die Zusammensetzung dieses Komitees manchen jüdischen Gruppen nicht repräsentativ genug erschien, wurde über seine Erweiterung und Umbildung bis zum Ende des Jahres 1914 verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war die Gründung des „Komitees für den Osten“ in Berlin mit Zweigstellen in den wichtigeren Städten des Reiches, das im Januar 1915 seine Tätigkeit aufnahm.

Das „Komitee für den Osten“ setzte sich aus Vertretern der großen jüdischen Organisationen Deutschlands und hervorragenden jüdischen Persönlichkeiten zusammen. Den Vorsitz führte Dr. *Franz Oppenheimer*. Schriftführer war Professor Dr. *Moritz Sobernheim*. Dem geschäftsführenden Ausschuß gehörten an: Dr. *M. I. Bodenheimer*, Köln; Dr. *Adolf Friedemann*, Berlin; Dr. *Eugen Fuchs*, Berlin; *Rudolf von Goldschmidt-Rothschild*, Frankfurt/Main; Dr. *M. Horowitz*, Berlin; *Alfred Lissner*, Hamburg; Prof. Dr. *Eugen Mittwoch*, Berlin; Justizrat Dr. *J. Magnus*, Berlin; *Hermann Struck*, Berlin; Justizrat Dr. *B. Timendorfer*, Berlin.

Die Gründung des Komitees erfolgte in der Absicht, sich durch seine Kenntnisse und Beziehungen unter den Juden des Ostens und in den neutralen Ländern den Interessen der Zentralmächte dienlich zu erweisen²¹.

Wenn auch die Tätigkeit des „Komitees für den Osten“ in der Hauptsache den Interessen der Juden in den von den Zentralmächten okkupierten Gebieten Rußlands dienen sollte, ergaben sich doch, wie später gezeigt werden soll, Auswirkungen auf die Lage gewisser ostjüdischer Gruppen innerhalb Deutschlands, die die Erwähnung des Komitees an dieser Stelle berechtigen.

²¹ Merkblatt des „Komitees für den Osten“, Berlin, September 1915.

Kapitel II

Ostjüdische Kriegsarbeiter für Deutschland

Die militärischen Operationen der russischen und deutschen Heere, die mit der Verkündung des Kriegszustandes im Osten, namentlich in dem russischen Teil Polens und im österreichischen Galizien einsetzten, hatten für die Juden viel tragischere Folgen als für die anderen Teile der dortigen Bevölkerung. Das schlechte Gewissen der russischen Machthaber ließ sie die Loyalität der jüdischen Bürger Rußlands bezweifeln. Der Aufruf der Generalkommanden der deutschen und österreichischen Armeen bestärkte sie in diesem Mißtrauen. Sie verfügten daher die sofortige Evakuierung der jüdischen Bevölkerung aus den westlichen, an Deutschland grenzenden Gebieten Rußlands. In kürzester Frist wurden mehr als 500 000 Juden, die in diesen Gebieten lebten, aus ihren Wohnorten vertrieben und in das Innere Rußlands gejagt. Die Evakuierungsverfügung ließ keine Ausnahme zu, weder für Kinder, noch für Alte und Kranke oder Frauen mit Säuglingen. Selbst die jüdischen Soldaten der russischen Armee durften nicht dort bleiben. Die Zahl derer, die den Strapazen der Aussiedlung nicht gewachsen waren und elend auf dem Wege umkamen, ging in die Zehntausende und ist in vollem Umfange niemals ermittelt worden.

Der Aufruf der deutschen Heeresleitung, der so sehr zur Steigerung des Hasses der Russen gegen die Juden beigetragen hatte, war nichts anderes als leeres Gerede. Keine der Versprechungen ist jemals gehalten worden; im Gegenteil, wo immer die deutsche Armee einmarschierte, waren die Juden die ersten, die unter ihr zu leiden hatten. Die Polen versuchte man aus politischen Gründen zu schonen und so wenig wie möglich zu behelligen. Die Juden hingegen, mit denen man sich sprachlich eher verständigen konnte, waren vogelfrei. Sie waren bald die Opfer, gegen die der deutsche Ordnungssinn sich im okkupierten Gebiet mit zahllosen Verordnungen, Bedrohungen, Strafen austobte. Für die Juden, die fast ausschließlich in Handel und Industrie ihren Lebensunterhalt erwarben, war

die Beschlagnahme von Waren und Rohstoffen, die Schließung von Geschäften und Fabriken gleichbedeutend mit der Vernichtung ihrer Existenz und der Verurteilung zum Hungertode. Die Zahl der Arbeits- und Erwerbslosen in allen Städten Polens schwoll von Tag zu Tag mehr an. Armut, Not und Hunger, Mißhandlung und Gefängnis waren die ersten Folgen der deutschen Okkupation für die Juden.

Die nichtjüdische Bevölkerung haßte zwar die Deutschen, war aber immer willig, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn es darum ging, Juden zu schädigen und sie durch Denunziation den deutschen Militär- und Polizeibehörden auszuliefern. So waren die Juden während der ersten Monate des Krieges von Feinden umringt und bar jeden Schutzes und jeder Hilfe. Die Versuche der amerikanischen Juden, ihnen zu helfen, brauchten einige Zeit, bis sie sich auswirkten, und konnten nie genügen, um zwei bis drei Millionen Menschen wirklich vor äußerster Not zu schützen.

In der gleichen Zeit, in der im okkupierten Gebiet Hunderttausende von jüdischen Arbeitern und kleinen Händlern, von Angestellten und Agenten brotlos und mit ihren Familien dem Hunger ausgeliefert waren, entstand in Deutschland ein großer Mangel an Arbeitern aller Art. Nicht nur die deutsche Landwirtschaft, die schon immer eine halbe Million landwirtschaftlicher Arbeiter aus Polen zeitweilig beschäftigte, sondern auch Industrie und Handwerk brauchten dringend Arbeiter anstelle derer, die Kriegsdienst leisteten.

Der enorme Bedarf an Arbeitskräften veranlaßte die deutschen Behörden, Arbeiter aller Art für Deutschland in Polen anzuwerben. Die Ausführung dieser Werbungen lag in den Händen der „deutschen Arbeiterzentrale“, einer halbamtlichen Einrichtung, die vor dem Kriege landwirtschaftliche Saisonarbeiter aus Polen nach Deutschland gebracht hatte. Mit Industriearbeitern aber und der mannigfachen Verschiedenheit ihrer Bedürfnisse oder gar mit jüdischen Arbeitern hatte diese Institution nie etwas zu tun gehabt.

Die erwerbslos gewordenen und hungernden jüdischen Massen

waren ein dankbares Objekt dieser Anwerbung; sie hatten kein anderes Bedürfnis, als möglichst schnell aus dem Elend des Krieges herauszukommen. Sie waren daher nur allzu bereit, sich als Arbeiter nach Deutschland bringen zu lassen, um so mehr, als sie damit auch den brutal durchgeführten Aushebungen zur Zwangsarbeit im besetzten Gebiet entgehen konnten. Jene, denen es gelang, auf diese Weise nach Deutschland zu kommen, entdeckten sehr bald, daß sie ihr Los nicht wesentlich verbessert hatten. Sie glaubten, einen Vertrag unterschrieben zu haben, demzufolge sie sechs Monate in Deutschland arbeiten würden, übersahen jedoch die Bedeutung des Satzes, daß diese Verpflichtung „... wenigstens aber für die Dauer des Krieges“ gelte. Wer einmal nach Deutschland kam, konnte vor Ende des Krieges nicht mehr zurückkehren. Ein Stellenwechsel war unmöglich, Unterkunft und Ernährung nur in seltenen Fällen erträglich. Wer seine Arbeitsstelle verließ, wurde von der Polizei wiedergeholt. In den ersten Jahren des Krieges kümmerten sich die Gewerkschaften überhaupt nicht um die nach Deutschland gebrachten ausländischen Arbeiter. So kam es, daß von den 10 000 oder 15 000 jüdischen Arbeitern, die auf diese Weise ins Reichsgebiet kamen und sich dank ihrer jiddischen Sprache in Deutschland immerhin besser zurechtfinden konnten als die polnischen Arbeiter, ganze Scharen ihren Arbeitsstätten bald entliefen und sich in den Großstädten, insbesondere in Berlin, ansammelten.

Dieser Art waren die Zustände im besetzten Gebiet zu Ende des Jahres 1915, als der Sekretär der „Zionistischen Weltorganisation“, die damals ihren Sitz in Deutschland hatte, *Julius Berger* aus Berlin, Polen im Auftrage des amerikanisch-jüdischen Hilfskomitees besuchte. Er hatte starke Bedenken gegen die Art, in der das Hilfswerk im allgemeinen durchgeführt wurde, und war der Meinung, daß den Notleidenden viel eher durch Beschaffung von Arbeit als, wie bisher, durch Verteilung von Almosen zu helfen wäre. Um dies zu erreichen, bemühte er sich um die Einrichtung einer Arbeitsvermittlung großen Stils, die in ganz Polen tätig sein sollte. Mit der Durchsetzung dieses Vorschlages bei den deutschen Verwaltungsbe-

hörden beschäftigt, erkannte er auch die schweren Mißstände, die bei der bisherigen Anwerbung von Arbeitern nach Deutschland offensichtlich vorlagen. Seine Kritik an diesen, sowie seine Vorschläge zur Besserung der Zustände wurden von den Behörden nicht gern gehört. Sie veranlaßten seine Abreise aus Polen, und bald darauf erfolgte auch seine Einziehung zum Militärdienst.

Die deutschen Behörden hatten jedoch nicht mit der Eigenwilligkeit und unbändigen Energie gerechnet, die *Julius Berger* auszeichneten. Er hatte seine politische Erziehung in der zionistischen Bewegung erhalten und war bereits im Alter von 22 Jahren Sekretär von *David Wolffsohn* in Köln geworden, der nach dem Tode *Herzls* die Leitung der „Zionistischen Weltorganisation“ übernommen hatte. *Julius Berger* hatte einen guten Blick für organisatorische Zusammenhänge und war geschult im Umgang mit Menschen. Das Erlebnis des Besuches in Polen, die Leiden und die Not der jüdischen Massen, denen er sich verbunden fühlte, hatten ihn zutiefst erschüttert. Sein Gerechtigkeitsgefühl bäumte sich auf gegen das unverschuldete Leid, das den Juden von der unfähigen und oft böswilligen deutschen Verwaltung zugefügt wurde, er fühlte sich davon persönlich betroffen und entschied sich dafür, den Kampf gegen diese Zustände aufzunehmen, um die Lage der Juden im besetzten Gebiet zu verbessern. Die Ausführung dieses Beschlusses – Kampf gegen die mächtige und wohlverschanzte Kriegsbürokratie in Warschau und Berlin – war nicht leicht und für einen Soldaten, der er nunmehr war, nicht ungefährlich. Bedenken dieser Art existierten jedoch nicht für *Julius Berger*, er setzte sich über alle Einwände hinweg und begann seine Tätigkeit, das Los der jüdischen Arbeiter in Polen und jener, die nach Deutschland gebracht wurden, zu bessern. Diese Aufgabe erfüllte er bis zum Ende des Krieges. Er wurde damit zum eigentlichen Schöpfer der Fürsorge für ostjüdische Arbeiter während des Krieges in Deutschland.

Der Einmann-Krieg *Julius Bergers* begann mit der Suche nach Bundesgenossen und Helfern. Den Umständen der Kriegszeit entsprechend, konnte er diese nur unter einsichtigen Juden und in den

Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands finden. Hier war es der Publizist Dr. *Josef Bloch*, der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“, und die Abgeordneten *Cohn-Reuss*, *Julius Kaliski* und *Oscar Cohn*, die ihm halfen. *Oscar Cohn* insbesondere war es, der sich ganz einzusetzen bereit war; auch er war ein Mann mit einem stark ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl, das sich gegen jede Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit empörte. Er erhielt von *Berger* Tatsachenmaterial über die Zustände in Polen und brachte es wiederholt in den Sitzungen des Deutschen Reichstags vor. Auch für diesen in seiner Art außerordentlich gütigen und mutigen Menschen war die Begegnung mit den ostjüdischen Menschen, die Beschäftigung mit ihrer Verteidigung, mit ihren Sorgen und Problemen schicksalhaft für sein ganzes ferneres Leben. Aus der Sozialdemokratie kommend und in seiner Lebensart im Dienste der deutschen Arbeiterschaft stehend, fand er in den Kriegsjahren den Weg zum jüdischen Volk und blieb ihm und insbesondere den jüdischen Arbeitern bis an das Ende seines Lebens verbunden.

Die Tätigkeit *Julius Bergers* und seiner neugewonnenen Freunde war zunächst darauf gerichtet, die Mißstände und Grausamkeiten, die mit der Anwerbung von Arbeitern, zumal von Juden, zusammenhingen, an die Öffentlichkeit zu bringen. Er sammelte Material, schrieb Aufsätze, verfaßte Memoranden und veranlaßte Anfragen an die Regierung im Reichstag. Mit Hilfe der Zionistischen Vereinigung für Deutschland hatte er Verbindung zur Berliner Leitung der „Deutschen Arbeiterzentrale“ gefunden. Dort unterbreitete er Vorschläge zur Verbesserung der Arbeiterverträge mit jüdischen Arbeitern. Zu der gleichen Zeit, im Oktober 1916, veröffentlichte der dem „Komitee für den Osten“ nahestehende Hochschuldozent Dr. *Julius Hirsch* in der von dem Komitee begründeten neuen Zeitschrift eine „Denkschrift“ über die „Wirtschaftliche Verwaltung der brachliegenden ostjüdischen Arbeitskräfte“²², die das ganze Problem – jedoch ohne jede Kritik der bestehenden Zustände – zur öffentlichen Diskussion stellte. Die fast ein Jahr dauernden Bemühungen in die-

²² Dr. *Julius Hirsch*, Neue Jüdische Monatshefte. 1. Jhrg., H. 1, Oktober 1916.

ser Angelegenheit führten schließlich dazu, daß das Kriegsministerium am 16. Dezember 1916 dem Mitglied des Reichstags *M. Cohn-Reuss* mitteilte, daß

„Maßnahmen zur Nutzbarmachung jüdisch-polnischer Arbeitskräfte eingeleitet worden sind, und daß die Deutsche Arbeiterzentrale ersucht wurde, mit der Zionistischen Organisation Fühlung zu nehmen.“ *

Dies war das erste Entgegenkommen des Kriegsministeriums; wenige Wochen später gelang es, die Beurlaubung *Julius Bergers* vom Militärdienst zu erreichen, um ihm die Durchführung seiner Vorschläge für die Reform der Vermittlung jüdischer Arbeiter zu ermöglichen. Er reiste wieder nach Polen und war entsetzt darüber, wie sehr die Lage der Juden sich innerhalb eines Jahres verschlechtert hatte. In einem Brief an das Zentralbüro der Zionistischen Organisation vom 6. Mai 1917 schrieb er darüber:

„Das Massenelend unter den Juden ist unbeschreiblich und wächst von Tag zu Tag; die Leute sterben in solcher Zahl an Entkräftung, daß man jetzt die Nacht zur Beerdigung mit heranziehen muß, da man am Tage nicht mehr fertig wird. Dem steht auf der anderen Seite gegenüber eine fast unbegrenzte Arbeitsmöglichkeit innerhalb wie außerhalb des Landes.“ *

Die Bereitschaft des Kriegsministeriums, in einer gewissen, wenn auch unbestimmten Form mit den jüdischen Organisationen bei der Nutzbarmachung polnisch-jüdischer Arbeitskräfte zu kooperieren, war ein wichtiger Schritt vorwärts. Aber sie war nur ein Beginn, und es bedurfte der ganzen Zähigkeit und Geschicklichkeit *Julius Bergers*, um in den Apparat der Deutschen Arbeiterzentrale einzudringen und dessen Einstellung zu den jüdischen Arbeitern zu ändern. Zunächst handelte es sich um die Art der Anwerbung und die Auswahl der Arbeiter in Polen; hier mußte verhindert werden, Arbeiter solchen Berufen zuzuweisen, in denen sie keine Erfahrung hatten, oder, wie es bisher häufig vorgekommen war, daß z. B. gelernte und gut qualifizierte Arbeiter bei schweren Erdarbeiten verwendet

* Archiv der Zionistischen Weltorganisation, Jerusalem.

wurden, denen sie nicht gewachsen waren, und bei denen sie daher versagen mußten.

Es gelang schließlich trotz aller Widerstände, welche die Bürokratie der Deutschen Arbeiterzentrale in Warschau anzuwenden versuchte, Mitte 1917 eine „Jüdische Abteilung“ bei der Deutschen Arbeiterzentrale zu begründen. Ihr wurden alle Angelegenheiten überwiesen, die jüdische Arbeiter betrafen, die von den Deutschen sowohl in Polen als auch in Deutschland bereits beschäftigt wurden oder künftighin beschäftigt werden sollten. *Julius Berger* wurde zwar zum Leiter dieser Abteilung bestimmt, jedoch ohne damit angestellter Beamter dieser Stelle zu werden; er war und blieb in dieser Tätigkeit ein Beauftragter jüdischer Organisationen. Nun begann erst die eigentliche Aufgabe: Regulierung der Auswahl, Verbesserung der Arbeitsverträge, deren offizieller Text den Arbeitern in Jiddisch vorgelegt wurde, Erhöhung der Löhne, Verbesserung von Unterkunft und Verpflegung, Einrichtungen für Freizeitgestaltung. All dies mußte in zähem Ringen Punkt für Punkt erkämpft werden. Im weiteren Verlauf dieser Bemühungen handelte es sich hauptsächlich darum, ein Minimum von Rechten und Fürsorgemaßnahmen für die nach Deutschland gebrachten Arbeiter zu erlangen; es ergab sich die dringende Notwendigkeit, eine jüdische Stelle in Deutschland zu schaffen, die, mit genügender Autorität und den entsprechenden Mitteln ausgestattet, diese Aufgabe übernehmen konnte. Die Verhandlungen hierüber mußten nach mehreren Richtungen hin geführt werden. Zuerst galt es zu erwirken, daß der Beitritt ausländischer Arbeiter zu den Gewerkschaften von den Behörden zugelassen wurde. Dann sollte bei der „Generalkommission der deutschen Gewerkschaften“ eine besondere Stelle für jüdische Arbeiter geschaffen werden. Auf jüdischer Seite waren die großen jüdischen Organisationen dafür zu gewinnen, gemeinsam ein Fürsorgeamt zu schaffen für alle jüdischen Arbeiter, die sich bereits in Deutschland befanden oder noch dorthin gebracht werden sollten. Nicht weniger wichtig war es aber auch, das Vertrauen der Arbeiter selbst zu gewinnen, die auf Grund ihrer bisherigen Erfah-

rungen in Deutschland jedem, der an sie herantrat, mit größtem Mißtrauen gegenüberstanden.

Die Verbindung zu den Gewerkschaften wurde mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten *Georg Davidsohn* und *Oscar Cohn* geschaffen. Es war ihnen gelungen, den Generalsekretär der Gewerkschaftskommission, den Reichstagsabgeordneten *Robert Schmidt*, für die jüdischen Arbeiter zu interessieren und ihn als deren Freund zu gewinnen. Als Ergebnis dieser Bemühungen erschien Anfang Januar 1918 die folgende Veröffentlichung:

„Zur Wahrung der Interessen der aus dem Okkupationsgebiet nach Deutschland eingewanderten jüdischen Arbeiter ist in Berlin ein „Sekretariat für ostjüdische Arbeiter“ ins Leben gerufen worden.

Die Aufgaben des Sekretariats sind: Aufnahme von Beschwerden und Gewährung von Rechtsschutz, Auskünfte über Arbeitsvermittlung, Zuführung der jüdischen Arbeiter in die betreffenden Berufsorganisationen wie überhaupt jede Wahrnehmung ihrer Arbeitsangelegenheiten. Das Sekretariat wird vom Genossen *Isaak Kornfeld* geleitet. Die jüdischen Arbeiter können sich mit dem Sekretariat direkt oder durch Vermittlung der lokalen Arbeitssekretariate in Verbindung setzen. Die Korrespondenz kann in deutscher, jiddischer oder polnischer Sprache erfolgen.

Das Büro, welches seit 1. Januar 1918 seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist der „Generalkommission der Gewerkschaften“ angegliedert und befindet sich im Gewerkschaftshaus, Berlin SO 16, Engelufer 15, IV., wohin alle Zuschriften zu richten sind.“²³

Zu derselben Zeit wurden auch die Verhandlungen, die vom „Komitee für den Osten“ mit den jüdischen Organisationen geführt wurden, beendet, wobei die Bemühungen *Julius Bergers* von dem Maler *Hermann Struck* sehr gefördert wurden. *Struck* war auf Initiative des „Komitees für den Osten“ zum Dezernenten für jüdische Angelegenheiten beim Oberbefehlshaber für Ober-Ost ernannt worden. Zusammen mit der oben gebrachten Verlautbarung über die Schaffung des „Sekretariats für ostjüdische Arbeiter“ wurde

²³ Rundschreiben des „Komitees für den Osten“, Januar 1918; s. Neue Jüdische Monatshefte, 2. Jhrg., 10. Januar 1918, H. 7.

vom „Komitee für den Osten“ die folgende Nachricht an seine Mitglieder versandt:

„Nach vorhergegangenen Besprechungen mit den Behörden, insbesondere mit der Deutschen Arbeiterzentrale in Berlin sowie mit der jüdischen Vertretung bei der Arbeiterzentrale in Warschau haben wir uns mit den folgenden jüdischen Organisationen:

Großloge für Deutschland U.O.B.B.,

Hilfsverein der deutschen Juden,

Jüdischer Volksverein,

Zionistische Vereinigung für Deutschland

zur Gründung eines

„Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands“ zusammengeschlossen, zu dessen Vorsitzenden das Mitglied unseres Arbeitsausschusses, Herr Dr. *Adolf Friedemann*, gewählt ist.

Die Tätigkeit dieses neuen Fürsorgeamtes wird in engem Zusammenhang mit der Arbeiterzentrale und der Generalkommission der Gewerkschaften erfolgen. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat im Einvernehmen mit uns ein Sekretariat für ostjüdische Arbeiter errichtet.

Die Aufgabe dieser neuen Zentralstelle wird darin bestehen, die Interessen der zahlreichen, gegenwärtig in Deutschland lebenden jüdischen Arbeiter aus den Ostgebieten nach Kräften zu wahren, uns durch das jüdische Sekretariat der Gewerkschaften über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu informieren und uns ihrer nach jeder Richtung hin anzunehmen.

In den Arbeitskreis des Sekretariats wird insbesondere auch die Schlichtung von Streitigkeiten mit den Arbeitgebern und der Rechtsschutz fallen.

Besonderes Gewicht werden wir darauf legen, mit den Generalkommandos in Verbindung zu bleiben, und wir haben nach dieser Richtung hin bereits weitgehendes Entgegenkommen gefunden.“

Mit der Gründung der oben erwähnten Büros wurden die Fürsorge und der Schutz der ostjüdischen Arbeiter auf eine vernünftige Weise geordnet; dem Wunsch der Arbeiter, an der Tätigkeit der Büros beteiligt zu sein, wurde dadurch entsprochen, daß der leitende Sekretär aus den Kreisen der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung „Poale Zion“ gewählt wurde.

Die Regelung des Schutzes und der Fürsorge für die jüdischen

Arbeiter in Deutschland und die Verbesserung der Methoden bei ihrer Auswahl und Anwerbung in Polen, bedeuteten einen sehr großen Fortschritt. Die Widerstände von judenfeindlicher Seite hörten jedoch nicht auf. Dazu kam, daß der Gegensatz, der zwischen den Militärbehörden und den Zivilinstanzen bestand, sich auch weiterhin auf diesem Gebiet übel auswirkte. Überdies wurde in öffentlichen Auseinandersetzungen über die Zukunft der Juden in den Ostländern „das Gespenst der Ostjudengefahr“ heraufbeschworen, eine durch nichts begründete Befürchtung, daß die Massen der Juden im Osten nach dem Kriege die Grenzen sprengen und sich über Deutschland ergießen würden. Das Verschleppen der ostjüdischen Arbeiter wurde von manchen deutschen Kreisen als der Anfang einer Masseneinwanderung angesehen. Um Deutschland vor dieser Gefahr aus dem Osten nach dem Kriege zu schützen, verlangte man von der Regierung, die Juden von dem Eintritt nach Deutschland auszuschließen. Die literarischen Wortführer dieser Forderung waren u.a. *Georg Fritz*²⁴, „Paphnutius“²⁵ und Dr. *Wolfgang Heinze*²⁶.

Die Forderung einer „Grenzsperr“ gegen die Juden aus dem Osten rief in jüdischen Kreisen heftigen Widerspruch hervor. Insbesondere erhoben zwei der edelsten Vertreter jüdischer Geistigkeit jener Zeit ihre Stimme: *Fritz Mordechai Kaufmann*, der zum ersten Mal seit Kriegsausbruch, und seitdem seine Zeitschrift „Die Freistatt“ eingestellt werden mußte, sich wieder äußerte, rechnete in seinem Aufsatz „Grenzsperr“²⁷ mit dieser Sorte von „Fachleuten“ ab. Ihm folgte von einem anderen Standpunkt aus *Gustav Landauer* mit seinem auch heute noch lesenswerten Aufsatz „Ostjuden und Deutsches Reich“²⁸.

In der auch während des Krieges herrschenden antisemitischen

²⁴ *Georg Fritz*, *Die Ostjudenfrage*, Zionismus und Grenzschluß (München 1915).

²⁵ *Paphnutius*, *Die Judenfrage nach dem Kriege*. Die Grenzboten. Sept. 1915.

²⁶ Dr. *Wolfgang Heinze*, *Ostjüdische Einwanderung*. Preußische Jahrbücher, Oktober 1915.

²⁷ *Fritz Mordechai Kaufmann*, *Der Jude*. 1. Jhrg., S. 13, Wien 1916/17.

²⁸ *Gustav Landauer*, *Der Jude*. 1. Jhrg., S. 433, Wien 1916/17.

Stimmung in Deutschland verhalten die Proteste von jüdischer Seite ungehört. Die preußische Regierung gab dem Drängen der antisemitischen Kreise nach langem Zögern nach und verfügte schließlich am 23. April 1918 unter II Z. 788 die Sperre der Grenzen gegen das Hereinbringen jüdisch-polnischer Arbeiter.

„Damit war die Vermittlung von jüdischen Arbeitern nach Deutschland, gleichviel ob gelernten oder ungelernten, ausnahmslos verboten. Den Vorwand für dieses rein antisemitisch zu wertende Fremdengesetz gab damals die angeblich mit der jüdischen Einwanderung verbundene Gefahr der Einschleppung des Fleckfiebers nach Deutschland. Diese Verfügung ist erst zu Anfang 1919 aufgehoben worden.“²⁹

Die Tätigkeit der Arbeiterzentrale und ihrer jüdischen Abteilung sowie des jüdischen Sekretariats wurde bis Kriegsende fortgesetzt. Das Arbeiterfürsorgeamt, das ebenfalls als eine Kriegsorganisation gedacht war, mußte bestehen bleiben, um sich der mit Kriegsende neu entstandenen Probleme der nach Deutschland gebrachten jüdischen Arbeiter, deren Zahl auf 35 000 geschätzt wurde, anzunehmen.

Kapitel III

Ostjudenfrage und Erwachen jüdischen Bewußtseins

Die Schaffung des „Komitees für den Osten“, des „Sekretariats für ostjüdische Arbeiter“ sowie des „Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands“ waren die sichtbaren Zeichen, daß das offizielle Judentum in Deutschland an den Problemen der Juden im Osten und jener Ostjuden, die sich in Deutschland befanden, aktives Interesse nahm. Seine Absicht, sich damit in die Judenpolitik der deutschen Regierung während des Krieges einzuschalten, war nicht nur von jüdischen Interessen bedingt, sondern, wenn man

²⁹ *Julius Berger*, Ostjüdische Arbeiter im Kriege. Sonderdruck aus „Volk und Land“, Jüdische Wochenschrift für Politik, Wirtschaft und Palästina-Arbeit, herausgegeben von *Davis Trietsch*, Berlin 1919.

den verschiedenen Deklarationen, die von offizieller jüdischer Seite kamen, folgt, auch von dem Verlangen, einen sichtbaren Beitrag der deutschen Juden für die Sache Deutschlands im Kriege zu leisten. Darüber hinaus gab es eine Fülle persönlicher und sachlicher Gründe, die auch jene deutschen Juden zu einer jüdischen Stellungnahme veranlaßten, die zu normalen Zeiten keinen Wert darauf legten, ihre Zugehörigkeit zum Judentum allzu deutlich sichtbar werden zu lassen.

Das wachgewordene Interesse am Judentum, an jüdischer Religion und Wissenschaft, an dem sprachlichen Zusammenhang zwischen Deutsch und Jiddisch, an den politischen, sozialen und ökonomischen Problemen der Juden im Osten ging weit über die jüdischen Kreise hinaus und umfaßte auch eine Anzahl nichtjüdischer Deutscher, die sich veranlaßt sahen, teils wohlwollend, teils feindselig zur Judenfrage Stellung zu nehmen. Viele von diesen Nichtjuden schrieben und sprachen auf Grund ihrer persönlichen Erlebnisse im Osten, wo sie als Soldaten, Offiziere oder Beamte der Besatzungsbehörden Juden begegnet waren. Der meist zufällige Charakter dieser Begegnungen bestimmte häufig die Äußerungen, die von dieser Seite veröffentlicht wurden. Nur wenige verfügten über soviel sachliches Wissen, menschliches Verständnis und Objektivität, daß ihren Äußerungen Bedeutung zukam.

Zu der allgemeinen deutschen und jüdischen Presse, Tageszeitungen und Wochenblättern, zu den seit langem bestehenden Zeitschriften, in denen die Auseinandersetzungen zwischen Nichtjuden und Juden, sowie zwischen Juden der verschiedenen Richtungen veröffentlicht wurden, kamen während des Krieges im Jahre 1916 zwei neue jüdische Zeitschriften, die in Art, Aufbau und Inhalt symptomatisch waren für die geistige Atmosphäre, in der die innerjüdische Auseinandersetzung sich abspielte. Diese Zeitschriften waren die von *Martin Buber* und einer Gruppe ihm nahestehender Zionisten und national orientierter Intellektueller getragene große Monatschrift „Der Jude“ und die zweimal monatlich erscheinenden „Neuen Jüdischen Monatshefte“, die inoffiziell vom „Komitee für

den Osten“ unter Mitwirkung von Prof. *Hermann Cohen*, *Alexander Eliasberg*, Dr. *Adolf Friedemann*, Dr. *Eugen Fuchs* und Dr. *Franz Oppenheimer* herausgegeben wurden. Die erwähnten Namen lassen erkennen, daß sich an den „Monatsheften“ Zionisten und Nichtzionisten beteiligten. Obwohl von der etwa hundert Namen zählenden Mitarbeiterliste, die im Prospekt der „Monatshefte“ genannt wurde, mehr als zwanzig auch zu den Mitarbeitern des „Juden“ gehörten, und obwohl manche der Aufsätze in jeder der beiden Zeitschriften hätten erscheinen können, so bestand doch ein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen. „Der Jude“, größer in Format und reicher an Inhalt, war jüdisch nach innen gerichtet, national und zionistisch, jedoch frei von jeglichem politischen Anspruch, sowohl die Interessen der Juden als auch Deutschlands, die in den unparteiischen „Monatsheften“ zum Ausdruck kamen, wahrzunehmen.

Beide Zeitschriften haben, jede in ihrer Art, zum Verständnis der Lage und der Problematik des Ostjudentums beigetragen, und in vielerlei Hinsicht auch eine Annäherung zwischen Ostjuden und deutschen Juden bewirkt. Die „Monatshefte“, die auf einen Sieg Deutschlands im Kriege und eine von Deutschland bestimmte Neuordnung der Verhältnisse im Osten Europas eingestellt waren, gingen bald nach Kriegsende ein, ohne eine bemerkenswerte Nachwirkung im jüdischen Leben hinterlassen zu haben. „Der Jude“ erschien ein ganzes Jahrzehnt bis zum Jahre 1927 und hat wie kaum eine andere jüdische Publikation in Deutschland zur Formung eines jüdischen nationalen Weltbildes in der jüdischen Kriegs- und Nachkriegsgeneration beigetragen, sowie zur Vertiefung ihrer Beziehung zum Judentum und zu ihrem Verständnis für die jüdischen Menschen des Ostens.

Die literarische Behandlung des Ostjudentums außerhalb und innerhalb Deutschlands blieb keineswegs auf die Presse und die zwei genannten Zeitschriften beschränkt. Neben diesen erschien eine kaum übersehbare Zahl von Büchern und Broschüren, die der Judenfrage im weitesten Sinne gewidmet waren. Es dürfte keine Über-

treibung sein, festzustellen, daß wohl zu keiner Zeit eine so reichhaltige jüdische Literatur in Deutschland veröffentlicht wurde, wie während der Jahre des ersten Weltkrieges.

Neben der öffentlichen Behandlung der Ostjudenfrage, der Bildung und dem Verschwinden von Komitees, den Reisen offizieller Vertreter nach dem Osten, der Intervention und Vorsprache bei Regierungsstellen und all dem politischen Getriebe, das in den Kriegsjahren in Deutschland so üppig wucherte, vollzog sich in der Stille, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, ein anderer, in seiner Wirkung viel wichtigerer und tiefer gehender Prozeß: die Rückkehr einer großen Zahl junger jüdischer Menschen zum Judentum. Manche von ihnen gehörten schon vor dem Kriege zur zionistischen Studentenschaft, andere waren frei von jeder Beziehung zum Judentum, aber sie kamen als Soldaten nach dem Osten und trafen zum ersten Mal mit wirklich lebendigem Judentum zusammen. Nicht wenige wurden abgestoßen von dem – durch den Krieg noch verschlimmerten – äußeren Bild von Schmutz und Armut und wandten sich ganz ab; sie lehnten es ab, mit diesen Gliedern ihres Volkes etwas gemeinsam zu haben. Die anderen jedoch, und bei weitem die Mehrheit, wurden gepackt von der Kraft und Innerlichkeit, von der Gläubigkeit an Gott und dem Idealismus, die in dieser Masse, hinter der Kruste von Not und Armut, zu finden waren. Je länger sie dort blieben und an ihrem Leben teilnahmen, um so mehr fühlten sie sich ihnen verbunden, um so näher kamen sie diesem wirklich lebendigen, jüdischen Volke. Sie hatten in vielem umzulernen, um den Gegensatz zwischen angelerntem Wissen und lebendiger Wirklichkeit zu überwinden, um jene tiefgehende Identifizierung mit den jüdischen Volksmassen zu erreichen, die bestimmend wurde für ihr späteres Leben und Schicksal. *Walter Preuss* berichtet hierüber:

„In Tomaszow, einer hübschen Stadt von 40 000 Einwohnern, male-
risch an der Pilica gelegen, lebten fast nur Juden. Hier, in Tomaszow,
ging mir zuerst auf, wie anders als wir Westjuden es uns hochmütig
vorgestellt hatten, die jüdische Wirklichkeit in Polen aussah, wieviel
natürlicher die soziale Gliederung war als in Deutschland, wo die

Judenheit nur noch aus Bourgeoisie und Intellektuellen bestand, wieviel jüdischer und traditionsverbundener sie noch war. Eine ganze Reihe von Zionisten machten in jenen Tagen diese Erfahrung und der literarische Niederschlag, den diese Erlebnisse in Aufsätzen, die in den Jahren 1916–1917 aus der Feder *Julius Bergers*, *Felix Rosenblüths* und anderer, vornehmlich in der neuen Zeitschrift „Der Jude“ *Martin Bubers*, erschienen, blieben nicht ohne dauernden Eindruck.“³⁰

Die Bindung an das Ostjudentum wurde noch dadurch verstärkt, daß nicht wenige dieser jungen Juden ostjüdische Mädchen heirateten und sie mit sich nach Deutschland in das Haus ihrer Eltern mitnahmen. Aus dieser Atmosphäre heraus, aus der Wirkung der Begegnung jüdischer junger Menschen aus Deutschland mit den Juden des Ostens, aus der Aufnahme der umfangreichen jüdischen Literatur des Tages erwuchs auch das Interesse an dem Leben und Schicksal jener Ostjuden, die in greifbarer Nähe in den Großstädten Deutschlands lebten. So kam es, daß eine Gruppe junger Menschen, Studenten, Kaufleute, Frauen unter der Führung des Medizinstudenten *Siegfried Lehmann* im Jahre 1916 den Weg in das Scheunenviertel des Berliner Nordens, in die Dragonerstraße fanden, wo die Elendsquartiere der ostjüdischen Armut lagen. *Gertrude Weil*, die zu der ersten Generation dieser Gruppe gehörte, erzählt hiervon:

„Durch einen Aufruf im Jahre 1915 sammelte er (*Siegfried Lehmann*) eine kleine Schar junger jüdischer Menschen, denen gleich ihm ihr gesichertes Bürgertum nicht Erfüllung gab, die gleich ihm fühlten, daß ein Wesentliches in ihnen, das latente Judentum, brach lag und keine Nahrung mehr erhielt. Darunter junge Akademiker, angehende Ärzte, Juristen, Lehrer, Künstler und Kunstgewerber, Frauenschul-Schülerinnen und Kindergärtnerinnen.

Ein Volkshaus sollte geschaffen werden, wo Ost und West, Arm und Reich, Jung und Alt, Wissende und Unwissende, einander begegnen, fördern, helfen sollten.

Der Plan war weit ausgreifend, einem kühnen, glühenden Herzen entwachsen. Wir aber waren nur wenige Entflammte, vom Volke abgesplitterte junge Juden, die erst begonnen hatten, sich gedanklich heimwärts zu tasten. Worte allein schienen uns ungut. Sogleich beginnen soll-

³⁰ *Walter Preuss*, Ein Ring schließt sich. Von der Assimilation zur Chaluziuth. Edition Olympia – Martin Feuchtwanger – Tel-Aviv (o. J.).

ten wir. Fragend standen wir vor unserer Aufgabe: Wo können wir anfangen – wie kann es geschehen?“³¹

Am 18. Mai des Jahres 1916 wurde von *Gustav Landauer* mit seiner Rede über „Judentum und Sozialismus“ in der Dragonerstraße, einer von Ostjuden bewohnten Straße des sogenannten Scheunenviertels, das Jüdische Volksheim eröffnet. Es war das erste seiner Art. Beeinflußt von der Settlement-Bewegung in England und Amerika, aber auch von den Ideen der revolutionären Intelligenz in Rußland, „ins Volk zu gehen“, entstand in der ärmsten Judengegend Berlins ein neuartiger Versuch sozialer Arbeit an jüdischen Menschen, vornehmlich an Kindern und Jugendlichen.

Der tiefe Glaube und das ernste Bestreben der jungen Menschen, die das Volksheim schufen, sind ausgezeichnet dargelegt von *Salomon Lehnert* in einem programmatischen Aufsatz im „Juden“³², der einen tiefen Einblick in die die Menschen des Volksheims beherrschende Überzeugung gibt. Nach einer Aufzählung der praktischen Aufgaben, die das Volksheim sich stellte, wie: Kindergärten, Knaben- und Mädchen-Klubs, Jugendwerkstätten, landwirtschaftliche Ferienkolonien und Fürsorge für die schulentlassene Jugend, sowie der anderen Arten der allgemeinen sozialen Hilfeleistung, folgt in dem Aufsatz die Darstellung der „Jüdischen Siedlung“, des wichtigsten Teils des Programms, wobei als jüdische Siedlung bezeichnet wird:

„... eine Ansiedlung von Studenten und Frauen, in den mit jüdischem Proletariat bevölkerten Straßen und Stadtteilen der deutschen, österreichischen (später polnischen) Großstädte zum Zwecke sozialer Arbeit.“

„... In der Überzeugung, daß eine nationale Erneuerung des Judentums nur in einer menschlich hochstehenden Masse Wurzel fassen kann, halten wir die soziale Arbeit, die tätige Hilfe an dem Wiederaufbau unseres Volkes für die wesentlichste, dem Geiste eines national gesinnten Juden besonders entsprechende Aufgabe der jüdischen Studenten.“

³¹ *Gertrude Weil*, Vom Jüdischen Volksheim in Berlin. Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik: Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Jhrg. 1930, S. 281.

³² *Salomon Lehnert (Siegfried Lehmann?)*, Jüdische Volksarbeit. Der Jude, 1. Jhrg., Wien 1916/17, S. 104.

Das Programm des Volksheims stand in direktem Gegensatz zu der althergebrachten Wohltätigkeit, wie sie von den Gemeinden und Vereinen – den Eltern seiner Gründer – für die jüdischen Armen ausgeübt wurde. Es brach mit der Arbeit des für bestimmte Dienststunden aus einer anderen Welt kommenden Wohltätigkeitsbeamten und schuf den neuen Typus des tätigen Helfers, der in der Siedlung in der Mitte derer lebt, die seiner Hilfe bedürfen, der alle Entbehrungen und Schwierigkeiten auf sich nimmt, die dieses Leben – das Wohnen und Wirken im Volksheim – mit sich bringt. Die Arbeit, die er leisten soll, ist die Hilfe, die der Freund dem Freunde zuteil werden läßt, denn „Du wirst soviel bei der sozialen Arbeit leisten, als Du zu leiden imstande bist“.

Das Volksheim brach nicht nur mit der verknöcherten Philanthropie der alten, assimilierten Generation im deutschen Judentum, es wandte sich auch von der bisherigen Erziehungsarbeit der Zionistischen Studentenbewegung ab. In dem oben zitierten Aufsatz von *Salomon Lehnert* heißt es:

„Das Lesen der Parteiblätter, die Keilbesuche bei Kommilitonen sind noch keine Vorbereitung für Palästina. Wohl aber das Leben in der Siedlung, wo Willenskraft, Selbstverleugnung und Geduld auf eine harte Probe gestellt werden.“

„... Die jüdische soziale Arbeit möge uns nationalen Studenten die Reinheit der Tat wiedergeben, die wir in dem Wahn, als nationale Studenten Politiker sein zu müssen, zum Teil verloren haben.“

Die Errichtung des Volksheims in Berlin sollte nur ein Beginn sein. Eine neue jüdische soziale Bewegung setzte ein, nicht nur in anderen Städten Deutschlands, sondern auch in Wien und Prag, wohin der Krieg Massen ostjüdischer Flüchtlinge gebracht hatte und wo die Umstände ihres Lebens und ihrer Not vielfach denen in Berlin glichen. Später sollte die Bewegung auch nach dem Osten, nach Warschau, Wilna, Lodz usw. getragen werden. Nicht alles aus dem Programm des Volksheims konnte verwirklicht werden. Aber selten ist eine Bewegung, die zahlenmäßig nie sehr groß war, so sehr bestrebt gewesen, ihre Überzeugungen in die Tat umzusetzen.

Während des Krieges sowie in den ersten schweren Jahren, die diesem folgten, wurden die hellen freundlichen Räume des Volksheims zu einer immer offenen Zufluchtsstätte für die Kinder und Jugendlichen der jüdischen Armut, die die engen dunklen Wohnungen des Scheunenviertels bevölkerten. Die 200–250 Jungens und Mädels, die täglich hinströmten, fanden dort nicht nur Hilfe und Fürsorge, Spiel und Freude, sondern auch Erziehung und Hinlenkung zu einem produktiven Leben und einer schöpferischen Zukunft des jüdischen Volkes auf eigener Erde.

Der hebräische Dichter *S. Y. Agnon*, *Martin Buber*, der Maler und Graphiker *Joseph Budko*, *Fritz M. Kaufmann*, *Gustav Landauer*, *Salman Rubaschoff* (Shazar), gehörten zu seinen Freunden, die häufig zu der Helferschaft und ihrem jugendlichen Kreis sprachen. Auch viele der jungen kommenden Persönlichkeiten des jüdischen Lebens, wie *Chajim Arlosoroff*, *Werner Senator*, *Ludwig Strauss*, waren hier oft als Gebende und Empfangende zu finden.

Im Volksheim erwuchs aus Festen und Feiern, aus Fahrten und Ferienlagern, aus freiem Spiel und schöpferischer Werkstätigkeit, aus der Bereitschaft bürgerlicher jüdischer Jugend, soziale Verpflichtungen zu erfüllen, aus dem Bedürfnis armer ostjüdischer Jugend nach Anlehnung und Förderung, eine echte Gemeinschaft, in der Ost und West, Lehrende und Lernende sich zusammenfanden. Es wurde allen, die sich um das Volksheim sammelten, zu einem unvergeßlichen Erlebnis. Jüdische Kunst und schöne Literatur wurden hier mitten in der Bedrängnis des Krieges gepflegt, jüdische Musik wurde vorgetragen, die Innigkeit des jiddischen Volksliedes ergriff in gleicher Weise die Helferschaft und ihre jugendlichen, halb verwahrlosten Freunde. Von hier ging *Siegfried Lehmann* mit einigen wenigen Freunden nach dem Kriege nach Kowno, um dort eine „Straßenhorde zur Gemeinschaft“³³ zu erziehen. Mit diesen Kindern wanderte er später nach Palästina aus, wo sie die erste Gruppe des von

³³ *Siegfried Lehmann*, Von der Straßenhorde zur Gemeinschaft (Aus dem Leben des „Jüdischen Kinderhauses“ in Kowno). *Der Jude*, 9. Jhrg., Sonderheft II. Berlin 1925/26.

ihm gegründeten Kinderdorfes Ben Shemen bildeten. In den zwölf Jahren seines Bestehens hat das Volksheim mancherlei Wandlung erfahren; Kinder, die dort erzogen wurden, waren selbst zu Helfern geworden. Aus der Liebe zu den Kindern und aus der Beschäftigung mit ihnen und ihren Nöten bildete sich im Kreise der Helferschaft die Erkenntnis von der Notwendigkeit, das Volksheim mit den Ideen progressiver Sozialarbeit zu verbinden. Diese Tendenz brachte in späteren Jahren *Siddy Wronsky* und *Friedrich Ollendorff*, die in der allgemeinen Sozialarbeit Deutschlands wichtige Funktionen erfüllten, ins Volksheim, wo sie die Schaffung eines Kreises jüdischer Sozialarbeiter anregten. Von hier erfolgte ihr beruflicher Übergang zur jüdischen Sozialarbeit erst in Deutschland, und nach ihrer Emigration in Palästina. Eine nicht geringe Zahl von Menschen, die soziale Arbeit späterhin zu ihrem Lebensberuf machten, haben im Volksheim die erste Anregung dazu erfahren. Zu den ersten Chalutzim, die nach dem Kriege von Deutschland nach Palästina gingen – zu einer Zeit, in der kaum der Anfang einer Chalutzbewegung vorhanden war –, gehörten Kinder aus dem Kreise des Volksheims, das in seiner letzten Periode zum eigentlichen Zentrum des „Jung-Jüdischen-Wanderbundes“ in Berlin wurde und dadurch erheblich zur Weckung des zionistischen Verwirklichungswillens in der ärmeren jüdischen Jugend in Berlin beigetragen hat.

Das Volksheim war seinem Wesen nach eine unpolitische Bewegung nationaler, jüdischer Jugend, deren Bestrebungen über das Jüdische hinaus bestimmt wurden von *Gustav Landauers* „Aufruf zum Sozialismus“³⁴. Seine zionistische Wirkung auf die ostjüdische Jugend und auf die Helferschaft ergab sich nicht aus der programmatischen Absicht, sondern rein aus der menschlichen Beziehung und aus dem einfachen Willen, das zu tun, was im Interesse des einzelnen und des Volksganzen als notwendig empfunden wurde. *Georg Lubinski*, der einer späteren Generation des Volksheims angehörte, spricht dies so aus:

³⁴ *Gustav Landauer*, Aufruf zum Sozialismus (Berlin 1920).

„Diese Haltung ist im Tiefsten unpolitisch. Sie hat innerhalb des politischen Lebens, das vor allem auf die Innehaltung des Standpunktes an einer Stelle der Front achten muß, keine Sympathie. Die politische Zuverlässigkeit dieses Typus steht immer dahin, da er gerade durch seine menschliche Beziehung außerpolitischen Kräften unterworfen ist. Dabei ist diese Art von Menschen immer dem Neuen und dem menschlichen Miteinander zugewandt.“³⁵

Das Volksheim war von einer geradezu schicksalhaften Bedeutung für Hunderte jüdischer junger Menschen. Es bewahrte die ostjüdische Jugend vor der Verwahrlosung der Großstadt und erzog sie zu wertvollen jüdischen Menschen. Es weckte manches Talent, das später auf künstlerischem, kulturellem Gebiet Beachtliches leistete. Es half jüdischer Jugend auf dem Wege zurück zum Judentum und wurde für viele zum formenden Erlebnis.

„Die Versuche, den Rahmen des Volksheims weiter zu spannen, aus dem Volksheim ein Volkshaus zu machen – in der Idee auch in späteren Jahren ständig propagiert – sind nicht geglückt. Wesentliches aber blieb: jene Verbindung von Ost und West, wie sie in Berlin in keinem anderen ähnlich gearteten Kreis in gleicher Weise bestand – eine Jugendarbeit, die vom Kindergarten über den Kinderhort bis zu Gruppen von Achtzehn- bis Zwanzigjährigen reichte, ein Jugendleben, das in den Räumen des Heims seinen Mittelpunkt fand, des Heims, von dem eine besondere, schwer zu umschreibende Atmosphäre ausging, die von eigentümlich bindender Kraft war. Es blieb auch die Idee der „Siedlung“. Fast zehn Jahre hindurch wohnten in den Räumen des Heims Menschen, die im Mittelpunkt des Volksheimkreises standen, die mit seiner Arbeit und seinen Menschen aufs engste verbunden waren.“³⁶

³⁵ *Georg Lubinski*, Erinnerungen an das jüdische Volksheim Berlin. *Der Junge Jude*, 3. Jhrg., Berlin, Juli-August 1930.

³⁶ *Franz Lichtenstein*, Vom jüdischen Volksheim Berlin. *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik*. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Jhrg. 1930, S. 285.

Kapitel IV

Zusammenbruch und Demobilmachung

Die mit so großer Mühe in Deutschland erreichten Maßnahmen zum Schutze der jüdischen Arbeiter aus dem Osten kamen spät im Kriege und erleichterten kaum die schwere Lage, in der sich die jüdischen Arbeiter und andere ausländische Juden befanden. Inzwischen hatte sich die Kriegslage Deutschlands immer mehr verschlechtert, in der Bevölkerung begann es zu gären. Die herrschenden Klassen spürten die Erschütterung, die das Ende ihrer Macht ankündete, und suchten in gewohnter Weise nach einem Objekt, auf das die Aufmerksamkeit der Bevölkerung abgelenkt werden könnte. Angriffe auf die Juden, besonders auf deren schwächsten Teil – die Ausländer – steigerten sich außerordentlich. Die judenfeindliche Stimmung wurde so arg, daß die Juden sich zur Wehr zu setzen versuchten. Die Stimmung, die Deutschland im letzten Kriegsjahr beherrschte, und die Sorge, mit der die Juden ihr gegenüberstanden, gibt ein Aufsatz *Franz Oppenheimers* wieder, der trotz der deutschen Kriegszensur deutlich genug geschrieben war, um die Lage der Juden in jener Zeit verstehen zu können.

Hier einige Auszüge:

„Man bereitet für jeden Fall einen Sündenbock vor, den das Volk anstelle der wirklich Schuldigen in die Wüste jagen mag . . . Vielleicht hilft das so alt erprobte Mittel auch dieses Mal noch!“

„Es handelt sich um die edle Absicht, die Juden und ihre ‚Presse‘, für die man auch alle Juden verantwortlich macht, für einen etwaigen unbefriedigenden Ausgang des Krieges haftbar zu machen, die Volkswut auf sie abzulenken.“

„Aber schlimmer, viel schlimmer, weil offiziell mit der ganzen Autorität des Reiches und Rechtes hinter sich, sind die Gesetze und Verordnungen der leitenden Stellen, ist die Judenpolitik im Großen. Ich erinnere nur an die proklamierte Grenzsperrung und die geradezu wunderliche Begründung, mit der die Einwanderung jüdischer Arbeiter aus Rußland nach Deutschland verboten wird: ist wirklich die auf einem Juden schmarotzende Laus gefährlicher oder gegen die heißen Dämpfe der ‚Lausolee‘ unempfindlicher, als die auf einem polnischen Christen

schmarotzende? Derartige Dinge häufen sich, je länger, je mehr, und wir sind durch unsere Selbstachtung als Juden und durch unsere politischen Interessen als Deutsche dazu gezwungen, mit allem Ernst dagegen Protest einzulegen.“³⁷

Dieser Aufschrei eines Mannes, der immer wieder als deutscher Patriot während des Krieges Deutschland zu helfen suchte, verhallte ungehört. Die antisemitische Hetze nahm in demselben Maße zu, in welchem Deutschland seinem Verderben entgegentrieb. Auch außerhalb Deutschlands, in dem von ihm und seinen Verbündeten besetzten Gebieten Rußlands, der Ukraine, Polens und Galiziens trat eine katastrophale Verschlimmerung der Lage der Juden ein, ohne daß die Deutschen dagegen einschritten. Eine Welle von Pogromen nie gekannten Ausmaßes wälzte sich über den Osten Europas. Was immer an Besitz die Juden vor dem Wüten der russischen, deutschen und österreichischen Soldaten hatten retten können, ging nun zugrunde. Wer bisher heil davongekommen war, bangte um sein Leben. Hunderttausende verließen fluchtartig ihre Wohnstätten und drängten, Rettung und Sicherheit suchend, nach dem Westen – nach Deutschland, wo die Tore für sie geschlossen waren.

Der Zusammenbruch Deutschlands und das Ende des Krieges brachten im Osten ein unübersehbares Chaos mit sich und unsagbares Leid für die vom Kriege gepeinigte jüdische Bevölkerung. Auch in Deutschland selber waren die Bande der Ordnung durchbrochen. Die Revolution nahm ihren Verlauf, nach den ersten kurzlebigen Erfolgen kam der Rückschlag, viele, die an der Spitze der Revolution standen, wurden ermordet. Manche dieser Opfer wie *Kurt Eisner*, *Gustav Landauer*, *Rosa Luxemburg* und andere waren zufällig Juden. Außer *Landauer*, der noch ein gewisses Interesse am Judentum nahm, hatte keiner der Ermordeten eine andere Verbindung mit ihm als die Abstammung. Die Abstammung aber genügte, um Juden allgemein für das Unglück und den Zusammenbruch Deutschlands verantwortlich zu machen. Die geschlagen und ver-

³⁷ *Franz Oppenheimer*, *Der Antisemitismus*. Neue Jüdische Monatshefte, 2. Jhrg., 10. Juli 1918.

bittert aus dem Kriege heimkehrenden Soldaten waren für das Gift des Antisemitismus nur allzu empfänglich, insbesondere dann, wenn sie bei ihrer Rückkehr ihre Arbeitsstelle von anderen, von Ausländern, unter denen zuweilen auch Juden waren, besetzt fanden. Die ausländischen jüdischen Arbeiter waren von diesen Zuständen besonders hart betroffen, da sie bei Beendigung des Krieges in zahlreichen Fällen von ihren Arbeitsstellen entlassen wurden. Sie hatten keine Ersparnisse, denn ein Teil ihres Lohnes war vom Arbeitgeber zurückbehalten und an die in Rußland verbliebenen Familien der Arbeiter überwiesen worden. Viele wohnten in Betriebsbaracken und erhielten ihre Verpflegung in den Betriebskantinen, so daß sie bei der Entlassung von der Arbeitsstelle mittellos und ohne Dach über ihrem Haupte dastanden. Die Massenentlassungen der ausländischen Arbeiter vermehrten das in Deutschland herrschende Durcheinander. Die Transportmittel, die sie in ihre Heimat bringen sollten, waren von den rückkehrenden deutschen Armeen in Anspruch genommen.

Die neu entstandenen Staaten (Polen, Lettland, Estland, Litauen) hatten keine Eile, die Massen der zurückströmenden Arbeiter bei sich aufzunehmen. Die Gewerkschaften intervenierten, auch von jüdischer Seite wurden durch das „Arbeiterfürsorgeamt“ dringende Vorstellungen bei der Regierung erhoben, die dazu führten, daß das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung mit Erlaß vom 4. 12. 1918³⁸ unter anderem folgendes bekanntgab:

„Die durch die Waffenstillstandsbedingungen geschaffene Transportlage macht Abtransport ausländischer Ostarbeiter zur Zeit unmöglich. Ersuche, Anordnungen zu treffen, daß die Arbeitskräfte auf ihren Arbeitsplätzen vorläufig belassen werden und dort bleiben. Demobilisationsplan für ausländische Arbeiter folgt alsbald.“

Es folgten behördliche Weisungen, die zunächst die schlimmsten Folgen milderten und darüber hinaus die Fragen der Entlassung,

³⁸ Erlaß des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung (Demobilisationsamt) an die Demobilisationskommissare in Preußen vom 4. Dezember 1918 III 252/12 – 18 D.M.A.

Fürsorge und Abtransport in einer gewissen, wenn auch wenig zulanglichen Weise ordneten. Soweit es sich um den Abtransport von Juden handelte, enthielt der Erlaß den folgenden wichtigen Satz:

„Bei der Auswahl der Arbeiter für die Heimreise ist den Wünschen der Arbeiter möglichst Rechnung zu tragen. Insbesondere sind Ausländer, z. B. Juden, denen eine Heimreise aus triftigen Gründen augenblicklich unerwünscht ist, möglichst bis zu dem letzten Transport zurückzustellen.“

Ein Überblick über die bei Kriegsende in Deutschland befindlichen ausländischen Juden zeigt folgende Gruppen:

A. Ausländische Juden, die bereits vor 1914 in Deutschland lebten	ca. 90 000
B. Arbeiter aus Rußland und Polen, die unter Zwang oder mit Vertrag nach Deutschland gebracht worden waren	ca. 35 000
C. Kriegsgefangene und Zivilinternierte, die bei Kriegsausbruch in Deutschland überrascht wurden	ca. 35 000
zusammen	ca. 160 000

Die hier wiedergegebenen Zahlen beruhen zwar auf Schätzungen, doch dürften sie der Wirklichkeit sehr nahe kommen. 90 000 ausländische Juden befanden sich bereits vor 1914 in Deutschland. Von dieser Zahl müssen, da die vorliegende Arbeit sich im wesentlichen mit den aus dem Osten stammenden jüdischen Ausländern beschäftigt, 10 000 bis 11 000 aus Westeuropa und Übersee stammende jüdische Ausländer abgezogen werden, denn diese erhielten Rat und Hilfe von den Konsulaten ihrer Heimatländer. Die überwiegende Mehrheit jedoch der etwa 150 000 Juden aus den Ostländern stand plötzlich den veränderten Verhältnissen der Nachkriegszeit in Deutschland völlig rat- und hilflos gegenüber.

Jede der hier erwähnten Gruppen stellte in sich eine Fülle verschiedenartiger Probleme dar, deren Klärung und Lösung fast für jeden einzelnen Menschen von lebenswichtiger Bedeutung war. Eine nähere Untersuchung der einzelnen Gruppen ergibt, daß die etwa 79 000 ostjüdischen Menschen der Gruppe A sich ihrer Staatsange-

hörigkeit nach aufteilen in 23 000 Russen, 50 000 Österreicher und 6000 Ungarn.

Die 23 000 Russen mußten nun – auf Grund der nach Kriegsende bestehenden neuen Situation – nach Russen, Polen, Litauern, Letten und Estländern gesichtet werden. Während des Krieges waren sie in Deutschland feindliche Ausländer gewesen. Viele von ihnen hatten die Kriegsjahre in Internierungslagern verbracht, aus denen sie nun allmählich entlassen wurden, aber sie bedurften weitgehender Hilfe, um ihre wirtschaftliche Existenz wiederherzustellen und Wohnungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Vor allem mußten die von der Polizei geforderten Legitimationspapiere ihrer neuen Staatsangehörigkeit beschafft werden. Ein anderer Teil dieser feindlichen Ausländer war gezwungen worden, während des Krieges seine alten Wohnorte zu verlassen und in bestimmten, behördlich zugewiesenen Orten zu leben. In diesen hatte man sich zwar recht und schlecht eingerichtet, die Möglichkeit des weiteren Verbleibens dort war jedoch sehr fraglich geworden. Der bereits oben erwähnte Erlaß des Demobilmachungsamtes besagt über solche Ausländer in Abs. 3 folgendes:

„Ausländischen Zivilpersonen, denen durch die Militärbefehlshaber ein inländischer Aufenthaltsort zugewiesen ist, wird die Fürsorge an diesem Aufenthaltsort nicht über den Zeitpunkt hinaus gewährt, zu dem ihnen durch den Demobilmachungskommissar Gelegenheit zur Heimreise gegeben wird.“

Demnach konnten sie zwar in einem gewissen Ausmaß staatliche Fürsorge in Anspruch nehmen, aber die Erwähnung der „Gelegenheit zur Heimreise“, die ihnen gegeben werden sollte, sah für sie mehr nach einer Bedrohung als nach einer Regelung ihrer Verhältnisse aus. Sie waren zu lange von ihren Heimatländern fort gewesen, um jetzt die Absicht zu haben, in diese nun durch Bürgerkrieg und Revolution zerstörte oder veränderte Heimat zurückzukehren.

Die etwa 50 000 Österreicher teilten sich nunmehr in Deutsch-Österreicher, Polen (Galizier), Tschechoslowaken, Jugoslawen und

Rumänen auf. Sie hatten es vor und in dem Kriege in mancher Hinsicht in Deutschland besser gehabt als die „feindlichen“ Ausländer. Angehörige ihrer Familien, in vielen Fällen der Ernährer, waren Soldaten im österreichischen Heer gewesen. Die Fürsorge, die sie vom Staate bis zum Ende des Krieges erhalten hatten, wurde nun eingestellt. Keiner der neuen Staaten wollte zunächst mit ihnen zu tun haben oder ihre Fürsorge übernehmen. Die aus dem Kriege heimkehrenden Familienmitglieder wurden sogar häufig an der Wiedereinreise nach Deutschland gehindert.

Die 6000 Ungarn waren durch die neue Grenzziehung jetzt teilweise Tschechoslowaken, Jugoslawen oder Rumänen geworden, ihre Staatsangehörigkeits- und Fürsorgeprobleme waren denen der Österreicher sehr ähnlich.

Die während des Krieges nach Deutschland gebrachten Arbeiter der Gruppe B sowie die Kriegsgefangenen (Gruppe C), die zusammen etwa 70 000 Menschen zählten, befanden sich womöglich in einer noch schwierigeren Lage. Auch ihre Staatsangehörigkeit war durch den Zerfall des zaristischen Rußlands geändert, und es brauchte lange Zeit, um die Formalitäten ihrer Heimreise zu erledigen. Wohl drängten viele darauf, möglichst bald zurückzukehren, um nach ihren Familien zu sehen, deren Schicksal sie durch die oft schrecklichen Nachrichten über Bürgerkrieg und Pogrome im Osten sehr beunruhigte. Andere jedoch fürchteten die Rückkehr nach dem Osten und suchten nach Möglichkeiten, in Deutschland zu bleiben oder nach anderen Ländern weiterzuwandern. Die deutschen Behörden machten einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Ausländern, die schon vor dem Kriege in Deutschland gelebt hatten, und denen, die erst während des Krieges gekommen waren, und die eventuell sogar zum Verlassen Deutschlands gezwungen werden sollten.

Zu diesen 150 000 Menschen mit ihren Leiden, Sorgen und Problemen kamen bald neue, die von den in allen Staaten des Ostens wütenden Pogromen getrieben in Deutschland Zuflucht suchten. Diese Masse von menschlichem Unglück fand sich zusammen in

einem Lande, das den Krieg verloren hatte, von den Konvulsionen einer Revolution erschüttert war, und wo niemand recht wußte, was die nächsten Tage bringen würden. Die Bevölkerung, aufgehetzt von der antisemitischen und reaktionären Propaganda, stand den jüdischen Ausländern feindselig gegenüber. Hetze, Gehässigkeit und tätliche Angriffe richteten sich gegen sie. Sie waren plötzlich zu einem enormen menschlichen und jüdischen Problem geworden, dem die deutschen Juden sich mit allen ihren Kräften zuwenden mußten, wenn sie weiteres Leid und Gefährdung ihrer eigenen Situation – die durch die Hetze gegen die ausländischen Juden auch bedroht war – verhindern wollten.

Dritter Teil

VERSUCHE ZUR DAUERNDEN EINGLIEDERUNG

Kapitel I

Der Erlaß des preußischen Innenministers vom 1. XI. 1919

Trotz der Unruhen und Wirren des Jahres 1919, von denen die ausländischen Juden, besonders die Arbeiter und ehemaligen Kriegsgefangenen, hart betroffen waren, wurden doch sehr bald Anzeichen eines Willens zur Selbsthilfe sichtbar. Gruppen und Organisationen entstanden, in denen die Arbeiter sich sammelten. Die infolge der Revolution veränderten Verhältnisse in Deutschland beeinflussten derartige Bestrebungen günstig. Schon im Jahre 1918, mit dem Beginn der Tätigkeit des „Ostjüdischen Sekretariats“ und des „Arbeiterfürsorgeamtes“, waren in verschiedenen Städten des Reiches Vereine und Bildungsklubs ostjüdischer Arbeiter entstanden. Von besonderer Bedeutung erwies sich der im Jahre 1916 in Berlin begründete literarische Verein Perez, der zuweilen eine Mitgliederzahl von 700 hatte und nach der Gründung des jüdischen Volksheims in dessen Räumen seine Tätigkeit ausübte. Diese Kulturvereine waren an sich unpolitische Organisationen. Im Verlauf der Zeit kristallisierten sich aus ihnen allmählich die gesonderten Gruppen des antizionistischen-sozialdemokratischen „Bund“ und der zionistisch-sozialistischen „Poale Zion“ heraus, die im Gemeinschaftsleben der Arbeiter immer mehr hervortraten. Jiddische Arbeiterzeitungen und Bücher der sozialistischen Parteien aus Polen

und Österreich wurden unter den Arbeitern verbreitet. In Deutschland war bereits zu Beginn des Jahres 1918 das erste Sammelheft der „Poale Zion“ in Jiddisch erschienen³⁹. Die „Poale Zion“-Bewegung als solche war zwar nicht als Herausgeber genannt, aber die Namen der Mitarbeiter, sowie die Aufsätze selbst, ließen keinen Zweifel über den Charakter dieser Zeitschrift zu. Von großem Interesse, im Hinblick auf die zur „Poale Zion“ gehörigen Gruppen der Arbeiterschaft, ist eine in dem Sammelheft veröffentlichte Übersicht der Ergebnisse von Geldsammlungen, die bis zum 1. April 1918 durchgeführt worden waren. Dieser zufolge spendeten die Arbeiter für Arbeiterheime in Polen und Palästina, für den Palästina-Arbeiter-Fonds, für den Borochow-Fonds, für den Presse-Fonds „Der jüdische Arbeiter“ in Wien, für den Presse-Fonds des vorliegenden Sammelheftes und für den Hunger-Fonds der jüdischen Arbeiterheime in Polen M 5500.—. Da die Löhne in den Kriegsjahren gering waren, und die Arbeiter ihre Familien in der Heimat unterstützen mußten, stellt dieser Betrag von M 5500.— eine außerordentliche Leistung dar und ist ein starker Beweis für das Interesse an politischen und sozialen Fragen, das diese Arbeiterschaft auszeichnete. Bis Kriegsende erschienen zwei oder drei ähnliche Sammelhefte. Das ostjüdische Sekretariat und das Arbeiterfürsorgeamt haben diese Bestrebungen der Arbeiterschaft zur Selbstorganisation gefördert, da eine vernünftige Betreuung der Arbeiterschaft nur dann möglich schien, wenn sie zu den Hilfsstellen Vertrauen hatte.

Das ostjüdische Sekretariat der Gewerkschaften stellte seine Tätigkeit im Herbst des Jahres 1919 ein, und dem Arbeiterfürsorgeamt lag nun die gesamte Fürsorge für die Arbeiter wie politischer Schutz, Rechtshilfe und materielle Unterstützung ob. Der wichtigste Beginn hierzu war, eine gewisse Ordnung in den rechtlichen Verhältnissen herbeizuführen, um den Arbeitern das beängstigende Gefühl der Unsicherheit zu nehmen und sie gegenüber der häufig böswilligen Launenhaftigkeit untergeordneter Polizeiorgane zu schüt-

³⁹ An der Schwelle. Sammelhefte in zwangloser Folge. Heft 1. Druck von Itzkowski (Berlin 1918).

zen. Nach langen und mühevollen Verhandlungen gelang es, die preußische Regierung davon zu überzeugen, daß eine rechtliche Ordnung der Verhältnisse der ausländischen, insbesondere der jüdischen Arbeiterschaft auch im Interesse des Staates liege. Als Ergebnis dieser Verhandlungen erließ der preußische Minister des Innern, *Wolfgang Heine*, am 1. November 1919 seinen Erlaß IV b 2719, der grundlegend wurde für die Rechtslage der ausländischen Arbeiterschaft sowie für die spätere Entwicklung des „Arbeiterfürsorgeamtes“. Es dürfte zum ersten Mal in der modernen Geschichte der Juden in Deutschland vorgekommen sein, daß eine preußische Regierung ein so weitgehendes Verständnis für die Lage der Ostjuden bekundete, wie es in diesem Erlaß zum Ausdruck kommt. Er sei deshalb vollinhaltlich wiedergegeben (Materialien B*).

Der Erfolg, den die Erlangung dieses Erlasses für das Arbeiterfürsorgeamt bedeutete, wird noch klarer, wenn man aus seiner Vorgeschichte weiß, daß man von jüdischer Seite mit Besorgnis an den sozialdemokratischen Innenminister *Wolfgang Heine* herantrat, weil man ihn antisemitischer Neigungen verdächtigte.

Daß diese Befürchtungen nicht unberechtigt waren, fand später eine Bestätigung in einem großen Aufsatz über Ostjuden in Deutschland, den *Eduard Bernstein*⁴⁰, der greise Theoretiker der sozialistischen Bewegung Deutschlands, in einer angesehenen sozialistischen Monatsschrift im Jahre 1923 veröffentlichte:

„Zu *Wolfgang Heines* Ehre muß gesagt werden, daß, obwohl er als Student dem Verein der deutschen Studenten angehörte, der in seiner Mehrzahl aus Antisemiten bestand, und er allgemein als ein nach rechts neigender Politiker beurteilt wurde, in seinem Erlaß nicht der geringste Einfluß antisemitischer Tendenzen zu merken war.“

* Siehe Anhang I, S. 158 ff.

⁴⁰ *Eduard Bernstein*, Die Ostjuden in Deutschland (Die jüdischen Flüchtlinge, die Antisemiten, die Sozialisten). The Zukunft. (Jiddisch). Vol. XXVIII, New York, November 1923.

Kapitel II

Das Arbeiterfürsorgeamt und die Behörden

In der Praxis vollzog sich die Durchführung des Erlasses derart, daß die Polizei in jedem einzelnen Fall einer beabsichtigten Ausweisung eines nicht kriminellen jüdischen Ausländers das Arbeiterfürsorgeamt hiervon informierte und dessen Stellungnahme erbat. Die im Erlaß vorgesehene Übernahme der Fürsorge bedeutete oft, daß man für den Ausländer Unterkunft und eine nutzbringende Beschäftigung beschaffen mußte. Bei dem bestehenden Wohnungsmangel und dem erschütterten Arbeitsmarkt der ersten Nachkriegsjahre war die Erfüllung dieser Voraussetzungen von der Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten abhängig. Nicht weniger schwierig erschien die Durchführung der von der Polizei geforderten Kontrolle durch das Arbeiterfürsorgeamt, der der Ausländer sich zu unterstellen hatte. Die schwierigste Voraussetzung aber war die Erlangung der von der Polizei auszustellenden Personalausweise. Vor deren Beantragung mußten die meist mangelhaften, aus dem Auslande mitgebrachten Personaldokumente des Antragstellers einer genauen Prüfung unterzogen werden. Verhandlungen mit den in Frage kommenden Konsulaten mußten geführt werden, um die Bestätigung zu erlangen, daß der Antragsteller dort nicht zuständig sei und daher keinen Paß erhalten könne. In Fällen, wo überhaupt keine Heimatpapiere vorhanden waren, mußten diese irgendwie beschafft oder ein schwieriges Identifizierungsverfahren durchgeführt werden. Auch die Frage der Arbeitsunterbringung im Rahmen der bestehenden Vorschriften erforderte langwierige Vorarbeiten, die selten in der Frist erledigt werden konnten, die dem Arbeiterfürsorgeamt von der Polizei gesetzt wurde.

Alle diese Voraussetzungen erforderten direkte persönliche Verhandlung mit jedem einzelnen Arbeiter und genaueste Kenntnis seiner Person, der Umstände seines Kommens nach Deutschland und seiner Absichten für die Zukunft. Dies konnte nur allmählich durch eine Unmenge von Kleinarbeit geschehen. Es erforderte auch das

Vorhandensein einer besonders geschulten, sprachkundigen und zuverlässigen Beamtenschaft, die bereit war, sich einer derart schwierigen Arbeit zu unterziehen.

Die reibungslose Abwicklung von Tausenden von Rechtsschutz- und Legitimierungsfällen war von der Zusammenarbeit mit den lokalen Polizeibehörden und dem Ministerium des Innern entscheidend abhängig. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Polizeibehörden und dem Arbeiterfürsorgeamt über die richtige Interpretation des Erlasses im Einzelfalle waren recht häufig. Ein erheblicher Teil der Ausweisungen, die von der Polizei verfügt wurden, mußte im Beschwerdeverfahren direkt an den Minister des Innern herangebracht werden. Da trotz des häufigen Wechsels der politischen Zusammensetzung der Regierung und der Parteizugehörigkeit der verschiedenen Minister der Beamtenstab im wesentlichen unverändert blieb, entwickelte sich zwischen diesem und den Vertretern des Arbeiterfürsorgeamts im Laufe der Jahre ein Vertrauensverhältnis, das zur Basis einer harmonischen Zusammenarbeit wurde, die länger als ein Jahrzehnt währte. Dies erwies sich als vorteilhaft für beide Teile, für den preußischen Staat und für die Ostjuden. Für das Innenministerium wurde das Arbeiterfürsorgeamt zu einer Art Laboratorium, in dem man vernünftige Lösungen für komplizierte Einzelfälle zu finden suchte. Aus der enormen Anzahl der Fälle, die bearbeitet wurden, und aus den Erfahrungen, die sich dabei ergaben, erwuchs eine Fülle von prinzipiellen Vorschlägen, die von dem Arbeiterfürsorgeamt an das Ministerium herangetragen wurden; diese gaben häufig Anlaß zu Änderungen, Verbesserungen und Erleichterungen der grundsätzlichen Bestimmungen oder trugen auch dazu bei, daß beabsichtigte, aus den Zeitverhältnissen erzwungene Verschärfungen verhindert oder abgeschwächt wurden. Auf diese Weise hat das Arbeiterfürsorgeamt eine weitgehende Wirkung auf die Ausgestaltung und Entwicklung des Fremdenrechts in Preußen gehabt, die nicht nur den jüdischen, sondern allen Ausländern das Leben in Preußen erträglicher machte.

Die Beamten des Arbeiterfürsorgeamts konnten immer damit

rechnen, absolute Objektivität und menschliches Verständnis bei den verantwortlichen Stellen des Ministeriums zu finden. Dies gab ihnen ein Gefühl der Sicherheit und die Möglichkeit, mit völliger Freimütigkeit zu verhandeln und Verpflichtungen nur dann zu übernehmen, wenn ihre Erfüllung im Rahmen des Möglichen zu liegen schien. Daß das Verhältnis sich in der angedeuteten Weise entwickeln konnte, beruhte vor allem auf den besonderen menschlichen und fachlichen Qualitäten der für das Ministerium handelnden Beamten. Es waren dies vornehmlich Ministerialrat Dr. *Fritz Rathenau* und sein Assistent und Nachfolger Dr. *Bernhard Wolff*.

Dr. *Fritz Rathenau*, ein Verwandter des von antisemitischen Mördern erschossenen Außenministers *Walther Rathenau*, war wie dieser jüdischer Abstammung, jedoch ohne eigentliche Beziehung zum Judentum. Er war seinem Wesen nach ein gütiger Mensch, offen und aufgeschlossen genug, um aus den Ereignissen der Zeit zu lernen und allmählich die Tragik des Schicksals ostjüdischer Menschen zu verstehen, das sie zur Wanderung trieb, und in deren Verlauf oft zu Handlungen zwang, die bei oberflächlicher Beurteilung sehr verschiedenartig gedeutet werden konnten. Wenn auch immer bestrebt, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften zu handeln, war er mutig genug, Gerechtigkeit in seinen Entscheidungen walten zu lassen, oft auch in Fällen, wo andere es an seiner Stelle vorgezogen hätten, sich der Gefahr von Mißdeutungen und Ungelegenheiten nicht auszusetzen. Seine Beschäftigung mit ostjüdischen Menschen und ihren Problemen auf dem Gebiete des Fremdenrechts dürfte später dazu beigetragen haben, ihm sein eigenes Schicksal eines Flüchtlings in der Fremde zu erleichtern, als auch ihn die Nazis aus Deutschland jagten, von dem er so sehr glaubte, daß es seine Heimat sei.

Dr. *Bernhard Wolff*, Nichtjude und jünger als *Fritz Rathenau*, zeigte sich trotz großer Verschiedenheit diesem in vielen Dingen sehr ähnlich, namentlich dort, wo es auf menschliches Verständnis ankam. Er stellte den idealen Typus eines gewissenhaften Beamten dar, objektiv und frei von jedem Vorurteil. Ein erster Jurist und

ungemein klarer Kopf, stets bemüht, sachliche und formale Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, wo andere der Versuchung nicht widerstanden hätten, im Hinblick auf die vorherrschende feindliche Stimmung der Bevölkerung solche Schwierigkeiten eher zu schaffen. Dieser in der Stille wirkende Mensch hat durch sein Verständnis für komplizierte Zusammenhänge und durch seine Leidenschaft für Gerechtigkeit das Los zahlreicher armer, gehetzter Menschen erleichtert, die kaum seinen Namen gehört haben dürften. Er wurde in seiner Tätigkeit als Referent für Ausländerangelegenheiten nicht nur ein bedeutender Fachmann auf dem Gebiet des preußischen und internationalen Fremdenrechtes, sondern auch ein ausgezeichneter und verständnisvoller Kenner der Problematik der jüdischen Flüchtlinge und Wanderer, deren Schicksal von seiner Entscheidung so sehr abhing. Es dürfte daher kein Zufall gewesen sein, daß er in späteren Jahren an den Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen Deutschland und Israel beteiligt war und zur Erreichung eines befriedigenden Ergebnisses dieser Verhandlungen beitragen konnte.

Kapitel III

Umbildung des Arbeiterfürsorgeamtes

Der oben erwähnte Erlaß des preußischen Innenministers *Wolfgang Heine* schuf zwar eine gewisse rechtliche Grundlage, nach der die ostjüdischen Arbeiter von den Polizeibehörden zu behandeln waren, er legte aber auch dem Arbeiterfürsorgeamt eine außerordentliche Verantwortung in administrativer und finanzieller Hinsicht auf. Das Arbeiterfürsorgeamt wurde durch diesen Erlaß zu einer Art jüdischer Konsularbehörde, für die es kein Vorbild gab. Da mit der Ausübung der ihm übertragenen Funktionen auch wichtige fürsorgerische Maßnahmen verbunden waren, mußten erhebliche Geldmittel beschafft werden. Aber auch eine Reorganisierung

des Arbeiterfürsorgeamtes war erforderlich, um die verschiedenen neuen Maßnahmen durchführen zu können. Wenn es die großen Aufgaben erfüllen sollte, so mußte seine Basis verbreitert werden; es mußte die von allen Juden Deutschlands anerkannte und von ihnen getragene zentrale Fürsorgeorganisation der deutschen Juden für die in Deutschland befindlichen Ostjuden werden. Trotz der Dringlichkeit der Lage erforderten die Verhandlungen längere Zeit. Sie wurden zu Beginn des Jahres 1920 damit beendet, daß die folgenden Organisationen nunmehr das „Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands“ bildeten: –

1. Großloge für Deutschland (vertreten durch: Dr. E. Finkel)
2. Hilfsverein der deutschen Juden („ „ : Dr. Bernhard Kahn)
3. Jüdische Gemeinde, Berlin („ „ : Dr. N. Löwenthal)
4. Jüdisches Arbeitsamt („ „ : Werner Fraustädter)
5. Komitee für den Osten („ „ : Prof. Dr. M. Sobernheim)
6. Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge („ „ : Dr. Wilhelm Neumann)
7. Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens („ „ : Dr. Berthold Haase)
8. Zionistische Vereinigung für Deutschland („ „ : Kurt Blumenfeld, Dr. Siegfried Moses)
9. Jüdische Arbeiterorganisation „Bund“ („ „ : Tscherniak, Glogowski)
10. Vereinigung Hapoel Hazair („ „ : Dr. Robert Weltsch)
11. Sozialdemokratische Arbeiterorganisation „Poale Zion“ („ „ : S. Adler-Rudel, Alfred Berger)
12. Verband der Ostjuden („ „ : Lewit)

Neu in dieser Liste waren die letzten vier Organisationen, die die Menschen repräsentierten, denen die Tätigkeit des Fürsorgeamtes gewidmet sein sollte. Ihre Aufnahme in den Kreis der großen jüdischen Organisationen war eine erstmalige Konzession des jüdischen

Bürgertums an jüdisch-proletarische Elemente. Sie kann nur aus dem Geist jener Zeit, aus der revolutionären Wandlung, die sich in Deutschland vollzogen hatte, verstanden werden. Sie bedeutete auch eine revolutionäre Änderung im organisatorischen Leben der Juden in Deutschland.

An dem Zustandekommen des nunmehr verbreiterten Arbeiterfürsorgeamtes war der geschäftsführende Vorsitzende des Hilfsvereins der deutschen Juden, Dr. *Paul Nathan*, führend beteiligt. Er war allgemein bei den jüdischen Organisationen Deutschlands als der beste Kenner der jüdischen Situation im Osten anerkannt. Er war ein Mann humanitärer Gesinnung und strenger Rechtlichkeit, in seinen politischen Ansichten weit fortschrittlicher eingestellt als die meisten anderen alten Führer der jüdischen Organisationen. Die Tatsache, daß er die Notwendigkeit der Schaffung des Arbeiterfürsorgeamtes anerkannte und sich hierfür warm einsetzte, hatte große Bedeutung für das positive Ergebnis der Verhandlungen. Neben Dr. *Nathan* trat der Generalsekretär des Hilfsvereins, Dr. *Bernhard Kahn*, für die Erweiterung des Fürsorgeamtes ein; seine Beteiligung war besonders wichtig, weil er bereits während des Krieges der Vertrauensmann der amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisationen für die Kriegsoffer im Osten gewesen war und gerade um jene Zeit zum Vertreter des American Jewish Joint Distribution Committee (Joint) bestimmt wurde, ein Umstand, der für die Finanzierung der Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes, wie sich später zeigte, von entscheidender Bedeutung war.

Zum Vorsitzenden wurde Dr. *Bernhard Kahn* gewählt, dem ein dreigliedriges Präsidium beigegeben wurde, bestehend aus Dr. *Berthold Haase*, dem Vertreter des Centralvereines, Dr. *Siegfried Moses* für die Zionistische Vereinigung für Deutschland und *Alfred Berger* für die Arbeitergruppen.

Zum Generalsekretär wurde auf Vorschlag der Arbeitervertreter *Fritz Mordechai Kaufmann* bestellt. Wie wir schon vorher ausführten, nahm er an den Problemen der Ostjuden mit brennendem Interesse teil. Auch hatte er sich während des Krieges als Beamter

der Kriegsfürsorge mit allgemeiner sozialer Arbeit beschäftigt und erhebliche Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt.

Er trat an diese neue Aufgabe mit einer außerordentlichen Energie und leidenschaftlichen Hilfsbereitschaft heran, erfüllt von tiefster Liebe für die ostjüdischen Menschen. Als er nach einem Jahr vorzeitig aus dem Leben schied, war aus den bescheidenen Anfängen des Arbeiterfürsorgeamtes eine große, über ganz Deutschland wirkende Organisation geworden.

Kaufmann hatte sich bei Annahme der Stellung des Generalsekretärs weitgehende Selbständigkeit in der Geschäftsführung und völlige Freiheit in der Wahl seiner Mitarbeiter ausbedungen. Zu leitenden Beamten seines Sekretariats bestimmte er Dr. *Werner Senator* und Dr. *Dora Strauss-Weigert*.

Dr. *Werner Senator*, einer alten Berliner Familie entstammend, kam aus der zionistischen Studentenschaft, dem Kartell Jüdischer Verbindungen (K.J.V.) und aus dem Kreise des jüdischen Volksheims. Auch ihn hatte das Erlebnis der Begegnung mit ostjüdischen Menschen während des Krieges erschüttert. Mit jugendlichem Schwung verband er einen ungewöhnlichen Ernst und starke Intelligenz, getragen von dem Gefühl sozialer Verantwortung für jeden leidenden und darbenden Menschen. Er war gerade aus dem Kriege heimgekehrt und begann im Arbeiterfürsorgeamt seine erste berufliche Tätigkeit in der Sozialarbeit, die ihn im Jahre 1923 in eine wichtige Stellung bei der Direktion des Joint für Europa brachte, von hier in die Exekutive der Jewish Agency for Palestine und später in die Administration der Hebräischen Universität, an deren Entwicklung und Ausbau er erheblichen Anteil hatte.

Dr. *Dora Strauss-Weigert* kam aus Hamburg. Sie hatte bei Kriegsende eine interessante Untersuchung über die dortige jüdische Bevölkerung veröffentlicht, durch die *Kaufmann* auf sie aufmerksam wurde. Sie besaß großes Verständnis für soziale Probleme und war besonders an den Fürsorgemaßnahmen für arbeitende Frauen interessiert. Sie leitete mehrere Jahre lang die Abteilung für soziale Fürsorge des Arbeiterfürsorgeamtes. Nach ihrer

Auswanderung nach Palästina wurde sie Mitarbeiterin von *Henriette Szold* bei der Aufnahme der jugendlichen Einwanderer und widmete sich mit großem Erfolg der Klärung psychologischer Schwierigkeiten bei der Einordnung von Jugendlichen.

Die anderen Mitarbeiter des Fürsorgeamtes, deren Zahl mit dem raschen Ausbau und dem großen Umfang der Arbeit bald zunahm, kamen aus den Kreisen des K. J. V. und des Volksheims, jedoch zum überwiegenden Teil aus den Reihen der ostjüdischen Arbeiterschaft selbst. *Kaufmann*, der einen guten Instinkt für Menschen hatte, legte großen Wert auf die Heranziehung der ostjüdischen Arbeiter zu direkter Mitarbeit. Er zeigte dabei eine überaus glückliche Hand, – trotz der Verschiedenheit der Herkunft bildeten die Menschen des Arbeiterfürsorgeamtes sehr bald ein einheitliches Team, das den Ideen *Kaufmanns* mit Begeisterung folgte.

Gleichzeitig mit der organisatorischen Erweiterung des Arbeiterfürsorgeamtes wurde auch eine vorläufige Sicherung seiner Finanzierung erreicht. Die am Zusammenschluß beteiligten Organisationen verpflichteten sich zur Tragung der administrativen Kosten, während das American Jewish Joint Distribution Committee zunächst die direkten Fürsorgekosten in Höhe von \$ 5000.– monatlich zur Verfügung stellte.

Der Zusammenschluß so verschiedenartiger Organisationen zu gemeinsamer Arbeit auf einem so besonders schwierigen und umstrittenen Gebiet wie die Ostjudenfrage war ein Novum in der Geschichte der Juden in Deutschland. Trotz der Bedenken, mit denen manche der Beteiligten an diese neue Gründung herantreten sein mögen, war das Arbeiterfürsorgeamt ein Jahrzehnt lang tätig, ohne daß die Harmonie der Zusammenarbeit auch nur im geringsten getrübt wurde. Es muß zur Ehre aller Beteiligten festgestellt werden, daß sie ein großes Maß von Verantwortung zeigten, so daß es kaum jemals im Präsidium des Arbeiterfürsorgeamtes zu Abstimmungen kam, bei denen eine Gruppe in der Minderheit blieb. Jede wichtige politische Entscheidung wurde solange eingehend und sachlich beraten, bis es gelang, absolute Einstimmigkeit zu erreichen. Dabei wa-

ren die behandelten Probleme von so weitreichender Bedeutung, daß die grundsätzlichen Anschauungen der angeschlossenen Organisationen häufig einer schweren Belastung ausgesetzt waren. Daß die Zionistische Vereinigung für Deutschland, die Arbeitergruppen und der Verband der Ostjuden zu den eifrigsten Befürwortern des Arbeiterfürsorgeamtes gehörten, und daß die überwiegende Mehrheit der beamteten und ehrenamtlichen Helfer aus ihren Kreisen kam, ergab sich von selbst, weil diese Gruppen immer von der Einheit des jüdischen Volkes ausgegangen waren. Diese Auffassung wurde eingehend dargelegt in einer Rede, die *Kurt Blumenfeld*, der anerkannte geistige Repräsentant des Zionismus in Deutschland, am 6. Juli 1920 auf dem 16. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung in Berlin hielt und wo er zur praktischen Tätigkeit für Ostjuden ausführte ⁴¹:

„Wir haben in den Arbeitsämtern versucht, jüdischen Menschen nicht nur Arbeit zu verschaffen, sondern ihnen auch durch menschliche Einwirkung die innere Sicherheit und die Kraft zu geben, sich unter widrigen Verhältnissen aufrecht zu erhalten.“

In dem folgenden großangelegten Referat von Dr. *Siegfried Moses* zum Problem der „sozialen Volksarbeit“ ⁴², erklärte er, daß diese soziale Volksarbeit in Deutschland im eigentlichen Sinne Ostjudenarbeit sei. Auf Grund dieser Ausführungen nahm der Delegiertentag den von Dr. *Moses* vorgeschlagenen Antrag an:

„Der Delegiertentag fordert die Zionisten auf, allenthalben der Pflicht zur sozialen Volksarbeit zu genügen und so zugleich zur Linderung der Ostjudennot und zur Festigung des Bandes beizutragen, das uns mit unserer sozialer Hilfe bedürftigen Brüdern verknüpft. Er beauftragt den geschäftsführenden Ausschuß, seine Bemühungen um eine großzügige Organisation der sozialen Arbeit fortzusetzen.“

Dieser prinzipiellen Aufforderung an die Mitglieder der Zionistischen Vereinigung folgte aber ein mehr praktischer Antrag einer Gruppe ostjüdischer Delegierter, vertreten durch die Herren *S. Haar-*

⁴¹ Jüdische Rundschau, Berlin, 6. 7. 1920.

⁴² Jüdische Rundschau, Berlin, 27. 7. 1920.

puder und J. Lin, die forderten, daß der 16. Delegiertentag beschließe:

- „1. Daß die Zionistische Vereinigung für Deutschland das ostjüdische Referat nicht mehr in der bisher ungenügenden Weise nebenamtlich führt, sondern daß hierfür ein besonderer Sekretär (Ostjude) eingesetzt wird, der seine Arbeiten in engster Fühlung mit den ostjüdischen Organisationen durchzuführen hat.
2. Daß die zionistischen Ortsgruppen verpflichtet werden, einen besonderen Vertrauensmann aus ihrem Vorstand für ostjüdische Angelegenheiten zu bestimmen, der für die Durchführung der Zusammenarbeit mit den bestehenden ostjüdischen Organisationen verantwortlich ist.“

Aus diesen wenigen Hinweisen ist zu ersehen, wie sehr die Frage der Ostjuden zu einer inneren Angelegenheit des organisierten Zionismus in Deutschland geworden war.

Für die anderen unpolitischen Organisationen wie Logen und Hilfsverein war der Beitritt zum Arbeiterfürsorgeamt eine Erweiterung ihrer caritativen Tätigkeit, die sie unbeschadet ihrer sonstigen politischen Anschauungen im Interesse der Ostjuden ausübten. Im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mögen Meinungsverschiedenheiten über die Beteiligung am Arbeiterfürsorgeamt bestanden haben, sie kamen jedoch in keiner Weise zum Ausdruck, dank der menschlich reifen und friedliebenden Weise, in welcher der Vertreter dieser Gruppe im Präsidium des Arbeiterfürsorgeamtes, Dr. *Berthold Haase*, sich führend an den Arbeiten beteiligte. Ein gewisser Hinweis auf die völlig anders garteten Gründe, die den Centralverein veranlaßten, dem Arbeiterfürsorgeamt beizutreten, findet sich in der ausgezeichneten Dissertation von Dr. *Leo Sklarz*⁴³, einem Mitarbeiter des Arbeiterfürsorgeamtes, der im Jahre 1925 auf seine Anfrage vom Centralverein nachfolgende Antwort erhielt:

„... daß es in Richtung der Centralvereinsarbeit, dem Antisemitismus seine Argumente zu entwenden, lag, wenn er ostjüdischen Zuwanderern,

⁴³ Dr. *Leo Sklarz*, Die Geschichte und Organisation der Ostjudenhilfe in Deutschland seit dem Jahre 1914; Inaugural-Dissertation (Rostock 1926), S. 88.

die im Falle ihrer Erwerbslosigkeit durch ihre eventuell unlautere Betätigung begründete Ursache antisemitischer Hetze gewesen wären, zu geordneter Tätigkeit verhalf . . .“

Was immer auch die Gründe des Centralvereins gewesen sein mögen, sie beeinträchtigten nicht die Loyalität seiner Vertreter, die mit den anderen Organisationen zusammenarbeiteten. Diese erhoben selbst dann keinen Widerspruch, als die Geschäftsführung des Arbeiterfürsorgeamtes auf einen aus dem Osten stammenden Juden überging, der damit zum Vertreter der Organisationen des gesamten deutschen Judentums bei den Reichs- und Staatsbehörden wurde.

Kapitel IV

Das Jüdische Arbeitsamt

Die durch Kriegs- und Revolutionszustände in- und außerhalb Deutschlands verursachte schwere Notlage der Ostjuden veranlaßte sowohl die jüdischen Gemeinden als auch private Wohltätigkeitsvereine, schon vor der Schaffung des Arbeiterfürsorgeamtes, ihre fürsorgerische Tätigkeit zu intensivieren. Sie waren jedoch wegen ihrer von der Zeit überholten Methoden, der Überalterung ihrer ehrenamtlichen Funktionäre und aus Mangel an erforderlichen Geldmitteln weder dem Ansturm der Hilfsbedürftigen noch der Neuartigkeit der zu bewältigenden Aufgaben gewachsen. Der Zusammenschluß zum Arbeiterfürsorgeamt sollte deshalb vor allem dem vorbeugen, daß die bestehenden Einrichtungen völlig versagten, sollte die drohende Zersplitterung der Ostjudenfürsorge verhindern. Eine einheitliche, über ganz Deutschland sich erstreckende Zentralisierung aller politischen und sozialen Maßnahmen für Ostjuden sollte sowohl im Interesse derselben als auch dem der deutschen Juden erfolgen. Ebenso notwendig war es, die in Berlin und einigen anderen Großstädten konzentrierten Massen aufzulockern und über das ganze Reichsgebiet zu verteilen.

An geographisch wichtigen Grenzpunkten im Osten und im Westen, wo Zustrom und Abgang der Flüchtlinge und Arbeiter leichter übersehen werden konnte, sowie in den industriellen Teilen des Reiches, wie im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in den landwirtschaftlichen Gebieten Pommerns, wo Arbeits- und Unterkunftsmöglichkeiten eher als in den Großstädten zu finden waren, mußten schleunigst Zweigstellen errichtet werden, die die örtliche Ostjudenfürsorge reorganisieren und einheitlich durchführen sollten. So entstanden in kurzer Folge 18 derartige Arbeiterfürsorgestellen (Allenstein, Beuthen, Bochum, Breslau, Chemnitz, Dresden, Duisburg, Frankfurt a. Main, Hamburg, Kattowitz, Köln a. Rhein, Königsberg, Königshütte, Leipzig, Mannheim, München, Saarbrücken, Stettin), die als Zweigstellen des Arbeiterfürsorgeamtes in Berlin von diesem geleitet und finanziert wurden. Die Schaffung dieser Stellen wurde nicht schematisch durchgeführt, sondern im Einvernehmen mit den Gemeinden und Organisationen. Wo dies möglich erschien, wurden die Abfertigungsstellen der ehemaligen „Wanderarmenfürsorge“ zu Arbeiterfürsorgestellen umgebildet; wo die Gemeinden sich gegen den Zustrom von Ostjuden sträubten, mußten selbständige Büros errichtet werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die dem Arbeiterfürsorgeamt in dem bereits erwähnten Ministerialerlaß vom 1. 11. 1919 auferlegt wurden, war die Beschaffung „nutzbringender Beschäftigung“ für die mit der Ausweisung aus Preußen bedrohten ostjüdischen Arbeiter. Dies konnte nur auf dem Wege einer systematisch durchgeführten Arbeitsvermittlung erreicht werden, der die staatlichen Arbeitsnachweise aus sprachlichen und sachlichen Gründen nicht gewachsen waren. Auf diesem Gebiete konnte das Arbeiterfürsorgeamt an bereits geleistete Vorarbeit anknüpfen.

Die Bne Briss Logen (U.O.B.B.) Deutschlands hatten, von dem Grundsatz „Arbeit statt Almosen“ ausgehend, bereits in den Jahren 1889 in Frankfurt a. Main und 1895 in Berlin Vereine für Arbeitsnachweis⁴⁴ gegründet, die mit Unterstützung der Armenfürsorge

⁴⁴ Dr. Paul Eppstein, Vierzig Jahre Jüdischer Arbeitsvermittlung in Deutsch-

der Gemeinden auch der Ostjudenfürsorge dienten. Neben den Logen hat der „Jüdische Frauenbund“ die Arbeitsvermittlung für Frauen und Mädchen angeregt und seit 1904 zu organisieren begonnen. Diese Tätigkeit der Ortsgruppen des Frauenbundes wurde im Jahre 1913 zum „Kartell jüdischer Arbeitsnachweise“ innerhalb des Jüdischen Frauenbundes zusammengefaßt. Wichtige Aufgaben auf dem Gebiete der jüdischen Arbeitsvermittlung erfüllten auch die in verschiedenen Städten bestehenden „Schomrei Schabbath“-(Sabbath-treue)Vereine, die sich ausschließlich der Vermittlung von sabbathfreien Arbeitsstellen widmeten. Alle diese Bestrebungen führten schon 1911 zur Gründung des „Verbandes der jüdischen Arbeitsnachweise“ bei der Großloge, der etwa vierzig Arbeitsnachweise umfaßte. Diese waren mit der später schwer zu erlangenden Berechtigung zur Arbeitsvermittlung ausgestattet. Diese Arbeitsnachweise waren auch an der Vermittlung der während des Krieges nach Deutschland gebrachten ostjüdischen Arbeiter in beschränktem Umfange beteiligt und hatten auf diesem Gebiete gewisse Erfahrungen aufzuweisen. Zu diesen bereits vor dem Kriege funktionierenden Arbeitsnachweisen kam im Dezember 1918 die von zionistischen Studenten unter Vorsitz von Dr. *Liepmann* gegründete „Berufsfürsorgestelle für jüdische Soldaten“, die sich der Berufseingliederung der heimkehrenden jüdischen Kriegsteilnehmer annehmen sollte. Die „Berufsfürsorgestelle“ versuchte zuerst, mit dem bestehenden jüdischen Arbeitsnachweis für kaufmännische Angestellte der Logen zusammenzuarbeiten, trennte sich aber bald von diesem, um sich mit der bei der Zionistischen Vereinigung für Deutschland bestehenden Abteilung für Berufsumsichtung der jüdisch-nationalen Jugend, die eine berufliche Vorbereitung für Palästina anstrebte, zum „Jüdischen Arbeitsamt“ zu vereinigen. Die Bezeichnung „Jüdisches Arbeitsamt“ wurde einem Aufsatz von Dr. *Robert Weltsch* entnommen, der bereits im Jahre 1917 vorgeschlagen hatte, daß die Zionistische Organisation durch Schaffung eines solchen

land. Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, Jhrg. 7 (Neue Folge), Berlin 1937.

Amtes mit der Vorbereitung der jüdischen Jugend für Palästina beginnen solle⁴⁵.

Als das „Jüdische Arbeitsamt“ unter Mitwirkung von Dr. *Walter Moses*, Dr. *Walter Preuss*, Dr. *Grete Pinner* und *Walter Turnowsky* seine Tätigkeit aufnahm, zeigte es sich bald, daß die aus dem Kriege heimkehrenden Soldaten einer solchen Fürsorgestelle kaum bedurften, da sie sich selbst oder mit Hilfe ihrer Verwandten Arbeitsstellen beschaffen konnten. Auch die Jugend, die in der Landwirtschaft für die Arbeit in Palästina angelernt werden sollte, kam nur in spärlicher Zahl. Hingegen meldeten sich sehr zahlreiche ostjüdische Arbeiter und entlassene Kriegsgefangene, die Arbeitsstellen in der Industrie und in der Landwirtschaft suchten. Die aus der zionistischen Jugendbewegung und Studentenschaft kommenden Gründer des „Jüdischen Arbeitsamtes“ erkannten die Wichtigkeit der Unterbringung dieser ostjüdischen Menschen in Arbeitsstellen und sahen darin eine große Aufgabe für sich, denn

„das einzig würdige und zugleich radikale Mittel gegen alle Gefahren der Einwanderung ist die Eingliederung der ostjüdischen Arbeiter in die deutsche Volkswirtschaft durch Verteilung über den gesamten Arbeitsmarkt.“ . . . „Bei einem genaueren Beobachten des Arbeitsmarktes stellte sich aber bald heraus, daß nach einigen wenigen Monaten in einigen Hauptzentren der deutschen Industrie, vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Arbeitsmarkt für neue Arbeitnehmer aufnahmefähig war.“⁴⁶

Das Arbeiterfürsorgeamt sah in dem jüdischen Arbeitsamt eine wertvolle Ergänzung seiner eigenen Tätigkeit und übernahm daher dessen Finanzierung, die bis dahin aus Beiträgen privater Spender und einiger jüdischer Organisationen unter großen Schwierigkeiten erfolgte. Es stellte eine enge Verbindung zwischen den beiden Organisationen her, der später auch eine räumliche Zusammenlegung in demselben Hause folgte.

⁴⁵ Dr. *Robert Weltsch*, Das Arbeitsamt. Jüdische Rundschau, Berlin, 18. 6. 1917.

⁴⁶ *Grete Pinner* und *Fritz Hammerschlag*, Ostjuden und Volkswirtschaft. Neue Jüdische Monatshefte, 4. Jhrg., 11/12, Berlin 1920.

Die von dem „Jüdischen Arbeitsamt“ außerhalb Berlins, namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, bereits geschaffenen Zweigstellen wurden so zu den lokalen Fürsorgestellen des Arbeiterfürsorgeamtes. Sie vereinigten damit Arbeitsvermittlung, Rechtsschutz und soziale Fürsorge an einer Stelle. Der arbeitsmäßige Zusammenschluß von Arbeiterfürsorge und Arbeitsamt war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur produktiven Gestaltung der Ostjudenfürsorge, wie sie den Menschen beider Organisationen vorschwebte.

Kapitel V

Die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes

„Die Einwanderung der Ostjuden, eine Gefahr oder ein sozialpolitisches Problem“⁴⁷, mit einer so betitelten Broschüre trat das Arbeiterfürsorgeamt zum ersten Male vor die allgemeine und jüdische Öffentlichkeit. Die vier Aufsätze dieser Broschüre, von *F. M. Kaufmann* und *Dr. Werner Senator* verfaßt, waren in ihrer Art eine Herausforderung all derer, die sich mit dem Ostjudenproblem beschäftigten; sie hatten nichts gemein mit der in solchen Fällen üblichen Propaganda. Sie waren frei von dem mitleidheischenden Ton, in dem früher um Fürsorge für Ostjuden geworben wurde. Auf knappem Raum wurden Geschichte und Verlauf der ostjüdischen Einwanderung nach dem Kriege dargelegt, die sozialpolitischen Maßnahmen des Arbeiterfürsorgeamtes geschildert und auf die geringe Bedeutung der ostjüdischen Einwanderung für den Arbeits- und Wohnungsmarkt mit einer Fülle von statistischem und faktischem Material hingewiesen. Die Verfasser scheuten nicht davor zurück, freimütig die schwere Schuld der deutschen Behörden bei der Verschleppung und Werbung der Arbeiter während des

⁴⁷ Schriften des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen; Heft 1, Berlin 1920.

Krieges zu erwähnen und an die böswillige Zerstörung der Industrie in Polen zu erinnern, die die jüdischen Arbeiter brotlos gemacht und zur Auswanderung getrieben hatte. Die Verfasser der Schrift gingen nicht so sehr von der Notlage der ostjüdischen Arbeiter und von den caritativen Aufgaben aus, die sich aus dieser Notlage ergaben, sie stellten vielmehr das Problem sowohl von der spezifisch jüdisch-geschichtlichen Seite als auch in seinem Zusammenhang mit dem allgemeinen Geschehen der Zeit dar. Die Lösungsmöglichkeit sahen sie einzig in einer großzügigen sozial-politischen Planung, die die ausländischen Arbeiter von den kleinlichen polizeilichen Schikanen befreien und sie im Interesse des Staates produktiv einordnen sollte. Das Recht auf Aufenthalt und Arbeit mußte ihnen gewährleistet, Hilfe sollte ihnen nicht durch Almosen, sondern durch die Verwertung ihrer Arbeitskraft in der deutschen Volkswirtschaft geboten werden.

Das zweite Heft der Schriften⁴⁸, das im Juli 1921 erschien, richtete sich mehr an die jüdische Öffentlichkeit, von der finanzielle Opfer für die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes verlangt wurden. Die Einleitung von Dr. *Paul Nathan* und ein Nachwort von Dr. *Siegfried Moses* umschlossen sieben Kapitel: Die ostjüdische Wanderung; Das Hilfswerk der jüdischen Organisationen in Deutschland; Der ostjüdische Arbeiter in Deutschland; Produktive Ostjudenfürsorge; Ostjüdische Frauen in Deutschland; Die weibliche Stellenvermittlung und Berufsberatung; Das jüdische Flüchtlingsheim. Die Verfasser waren: *Alfred Berger*, Dr. *Alfred Marcus*, Dr. *Werner Senator*, *Dora Strauss-Weigert*, Dr. *Grete Turnowsky-Pinner*.

Diesen, von dem Arbeiterfürsorgeamt herausgegebenen Schriften folgte im Jahre 1922 ein Aufsatz von Dr. *Werner Senator*⁴⁹ zur „Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland“, in dem die jüdischen Aspekte dieses Problems eingehend behandelt wurden. Nach einer Darstellung des Sachverhaltes in großen Zügen faßte der Ver-

⁴⁸ Ostjuden in Deutschland (Berlin 1921).

⁴⁹ Dr. *Werner Senator*, *Der Jude*, 6. Jhrg., Berlin 1921/22, S. 73.

fasser die sich für die jüdische Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege ergebenden Probleme in den folgenden Thesen zusammen:

- „1. Eine Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland muß gleichzeitig eine wahrhaft jüdische Politik sein. Sie muß ganz bewußt Einfluß nehmen auf die Gesetzgebung, insbesondere auf die Ausländergesetzgebung und das Arbeitsrecht, ein Ziel, das nur erreicht werden kann durch Zusammenfassung möglichst der gesamten jüdischen Öffentlichkeit.
2. Demgemäß ist in weiterer Ausführung dieser Politik die Verwaltungspraxis der unteren Behörden dauernd zu überwachen. Entsprechende Überwachungsorganisationen für rechtliche Hilfe sind notwendig und zu schaffen.
3. Eine fruchtbare Wohlfahrtspflege muß sozialpolitisch betrieben werden, d. h. kann keine Philanthropie bleiben, sondern muß Arbeitsbeschaffung, also Produktivierung bedeuten.
4. Ergänzend muß die private Fürsorge hinzutreten, die die Einzelfürsorge in dem notwendigen Maße ausbaut.“

Der letzte Absatz des Aufsatzes wurde von *Senator* mit den folgenden Worten eingeleitet:

„Die deutsche Judenheit sollte sich bewußt sein, daß das, was sich heute in sehr weiten Kreisen immer noch unbemerkt vor ihren Augen abspielt, das Schicksal der Ostjuden in Deutschland, nur ein Teil jenes allgemeinen Judenschicksals ist, das heute aus ‚Ostjuden‘, ‚Westjuden‘ und morgen den ‚Westjuden‘ zum heimatlosen Flüchtling macht, der in der Welt herumirrt, um bei seinen jüdischen Brüdern Hilfe zu suchen.“

Diese Worte eines Vorkämpfers für eine sozialpolitische Behandlung jüdischer Notstände sind ein Jahrzehnt später grausige Wirklichkeit geworden, als deutsche Juden von den Nazis gezwungen wurden, als Flüchtlinge durch die Welt zu wandern und nach einer Zuflucht zu suchen. An die Möglichkeit einer Wiederholung der Situation des Jahres 1933 sollte überall dort gedacht werden, wo Juden als Minderheitsgruppe leben.

Zwei weitere Schriften⁵⁰ zum ostjüdischen Thema folgten in den

⁵⁰ Dr. *Paul Nathan*, Die Ostjuden in Deutschland und die antisemitische Reaktion (Berlin 1922). – *Rudolf Bertram* (*S. Adler-Rudel*), Die Ostjuden in Deutschland (Berlin 1924).

Jahren 1922 und 1924. Beide waren als Kampfmittel gegen die antisemitische Reaktion gedacht, die die ostjüdische Einwanderung zu einem Hauptargument gegen die Weimarer Republik machte. Sie waren auf die politische Auseinandersetzung und die Wahlen zum Reichstag abgestimmt, die in jenen Jahren stattfanden, und wurden aus diesem Anlaß vom „Centralverein“ in Massen verbreitet. Sie sind ein charakteristisches Beispiel dafür, wie sehr eine so qualitativ und quantitativ unwichtige Frage wie die Einwanderung von weniger als 100 000 Juden in einem Lande mit einer Bevölkerung von 63 Millionen Menschen zu einem wichtigen politischen Kampfobjekt werden konnte. Sie lassen auch die Schärfe erkennen, mit der dieser Kampf geführt wurde, und die Demagogie und Lüge, mit denen deutsch-reaktionäre Kreise arbeiteten, um strengere Maßnahmen der Regierung gegen Ostjuden zu erzwingen, und zugleich die Republik in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren.

Außer der speziell der Ostjudenfrage gewidmeten Aufklärungsarbeit des Arbeiterfürsorgeamtes bemühten sich seine Mitarbeiter auch darum, die allgemeinen Probleme des Ausländerrechtes in Deutschland wissenschaftlich zu behandeln und auf dessen Verbesserung und Liberalisierung hinzuwirken⁵¹.

Die innere Struktur des Arbeiterfürsorgeamtes ergab sich aus der Fülle der zu bewältigenden Aufgaben, sowie aus der immer größer werdenden Zahl der Menschen, die seine Dienste in Anspruch nahmen. Die verschiedenen Abteilungen, aus denen es sich im Laufe der Zeit zusammensetzte, entstanden nicht auf Grund vorheriger Planung, sondern als organische Folge der täglichen Arbeit und der gesammelten Erfahrungen.

An erster Stelle stand die politische Tätigkeit der Zentrale, wie sie sich aus den fast täglichen Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden ergab. Häufige Zwischenfälle, wie Übergriffe unter-

⁵¹ S. Adler-Rudel, Das Arbeitsrecht der Ausländer in Deutschland. Gewerkschafts-Archiv; Band 3, Heft 4, Oktober 1925. Jena. – Dr. Werner Fraustädter und Dr. Max Kreutzberger, Das Deutsche Ausländerrecht; Guttentag'sche Sammlung deutscher Reichsgesetze, Nr. 166 (Berlin u. Leipzig 1927).

geordneter Polizeistellen oder unberechtigte Massenverhaftungen und Ausweisungen erforderten dauernde Wachsamkeit und Bereitschaft zur Intervention. Die immer wieder von antisemitischer Seite kommenden Angriffe mußten sofort durch Aufklärung der allgemeinen und jüdischen Öffentlichkeit abgewehrt werden. Statistisches und sachliches Material mußte gesammelt und vorbereitet werden, um wohlwollende Parlamentarier in die Lage zu versetzen, in den häufigen Debatten, die um das Problem der Ostjuden im Reichstag und den Landtagen stattfanden, Regierungsmaßnahmen zu kritisieren oder auch zu verteidigen – je nach dem Charakter der gerade amtierenden Regierung.

Das von den Arbeiterfürsorgestellen im Reich gesammelte und bei der Zentrale einlaufende Material wurde dort gesichtet und auf seine Vollständigkeit geprüft. Das Ergebnis von Verhandlungen mit den Behörden, wichtige Informationen und Weisungen über die jeweilige Lage wurden an die Fürsorgestellen in Form von regelmäßig erscheinenden internen Informationsblättern in kurzer Zeitfolge ausgegeben. Dies ermöglichte eine einheitliche Bearbeitung der Einzelfälle im ganzen Reich und erleichterte die notwendigen zentralen Verhandlungen.

Die Zentrale des Arbeiterfürsorgeamtes widmete sich in der Hauptsache den prinzipiellen politischen Verhandlungen und behandelte einzelne Rechtsschutzfälle nur dann, wenn sie im Beschwerdewege an die obersten Regierungsstellen heranzutragen waren oder wenn sie grundsätzliche Bedeutung hatten. Die individuelle Rechtsschutzstätigkeit erfolgte direkt, d. h. jeder einzelne Fall von Ausweisung wurde bei der zuständigen örtlichen Fürsorgestelle geprüft; auf Grund des Ergebnisses der Prüfung wurden die notwendigen Eingaben verfaßt, an die Behörden weitergegeben und die weitere Entwicklung verfolgt. Vor Weitergabe einer Eingabe an die Polizei mußte die Fürsorgestelle die persönlichen Verhältnisse des Ausgewiesenen prüfen, dafür sorgen, daß ihm eine Beschäftigung zugewiesen wurde, und daß er eine dauernde Unterkunft hatte. In den Rahmen dieser Abteilung gehörte auch die Besorgung von Legiti-

mationspapieren für jeden Ausländer vom zuständigen Konsulat. Bezweifelten die Konsulate die Staatsangehörigkeit und lehnten die Ausstellung eines Passes ab, so mußte ein Personalausweis als Paßersatz bei der Polizei beantragt werden. Die Durchführung solcher Anträge war zeitraubend. Es ergab sich überdies, daß ein Archiv angelegt werden mußte, um zu verhindern, daß die Personaldokumente, die als Unterlage für einen Antrag dienten, von verschiedenen Personen zu verschiedenen Anträgen benutzt wurden. . . Die Polizei machte das Arbeiterfürsorgeamt, wenn es die Ausstellung eines Personalausweises beantragte, für die Richtigkeit der Angaben verantwortlich; daher mußte es immer in der Lage sein nachzuweisen, auf Grund welcher Unterlagen es die Ausstellung eines Paßersatzes (Personalausweis) beantragt hatte.

Wenn es irgendwie möglich war, versuchten die Fürsorgestellen nachträglich beim zuständigen Konsulat einen Paß zu erlangen, um die Zahl der Staatenlosen und jener, deren Staatsangehörigkeit nicht feststand, zu vermindern. Staatenlosigkeit als Massenerscheinung ist erst nach dem ersten Weltkriege infolge der veränderten staatlichen Verhältnisse in Europa in Erscheinung getreten. Sie bedeutete für die hiervon Betroffenen eine außerordentliche Erschwerung ihrer Bewegungsfreiheit. Einreiseerlaubnisse für Staatenlose, die weiterwandern wollten, waren jahrelang nach dem Weltkrieg nicht zu erlangen. Das Arbeiterfürsorgeamt hat diesem Problem ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, seine praktische Bedeutung Behörden und dem Publikum erst vor Augen geführt und Vorschläge zur Erleichterung des Schicksals der Staatenlosen ausgearbeitet.

Neben der politischen Arbeit, neben der Tätigkeit auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Regelung der Personalverhältnisse widmete sich das Arbeiterfürsorgeamt sowohl in Berlin als auch in der Provinz der eigentlichen sozialen Fürsorge. In Berlin, wo sich oft die Hälfte der Flüchtlinge und Arbeiter ansammelte, war dies eine enorme Aufgabe, da es sich zuweilen um Tausende von Menschen handelte, die sich in schwerster Not befanden und bei Inan-

spruchnahme öffentlicher, staatlicher Fürsorge Gefahr liefen, ausgewiesen zu werden. Das wichtigste Problem, das hier bewältigt werden mußte, war die Beschaffung von Unterkunft. Bei der herrschenden Wohnungsnot stellte die Belastung des Wohnungsmarktes den wichtigsten Vorwand gegen weitere Zuwanderungen dar, weswegen hier mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden mußte. Um die Einwände, daß die Ostjuden den Wohnungsmarkt belasten, zu entkräften, übernahm das Arbeiterfürsorgeamt zusammen mit dem „Verband der Ostjuden“ die Herberge des Berliner Asylvereins, einer Institution, die im Frieden täglich Hunderten von Obdachlosen Unterkunft gewährt hatte. Der Asylverein hatte aus Mangel an Mitteln, infolge der einsetzenden Inflation, seinen Betrieb einstellen müssen. Durch das rasche Eingreifen des Arbeiterfürsorgeamtes gelang es, das Gebäude, in dem tausend Personen beherbergt werden konnten, mitsamt seinen maschinellen Anlagen den Zwecken der Ostjudenfürsorge dienlich zu machen. Das „Flüchtlingsheim in der Wiesenstraße“ bildete eine kleine Stadt für sich. Die Insassen erhielten dort nicht nur Wohnung, Beköstigung und ärztliche Hilfe, sondern es wurde auch ihren geistigen Bedürfnissen Rechnung getragen durch Organisation von Sprachkursen, Abhaltung von Vorträgen und Einrichtung einer Lesehalle. Die Anstrengungen des Arbeiterfürsorgeamtes richteten sich darauf, aus diesem früheren Asyl ein Heim für jüdische Arbeiter und Flüchtlinge zu machen, um diese davon abzuhalten, sich auf den Straßen der Großstadt, wo sie allzu auffällig waren, herumzutreiben.

Wie groß das Bedürfnis nach einem solchen Heim für jüdische Arbeiter, Durchwanderer und Flüchtlinge war, ist daraus zu ersehen, daß in der Zeit von Oktober 1920 bis Mai 1921 über 80 000 Übernachtungen in Anspruch genommen wurden. Das Flüchtlingsheim sollte von den einzelnen nur solange benutzt werden, bis eine anderweitige Unterkunft für sie beschafft werden konnte. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß zahlreiche Personen, insbesondere Familien mit Kindern, für die im Heim besondere Einrichtungen vorhanden waren, dort monatelang blieben, bis sie ent-

weder weiterwandern konnten oder entsprechende Wohnmöglichkeiten gefunden hatten. Die „Wiesenstraße“, wie das Flüchtlingsheim im Volksmund genannt wurde, war jahrelang eine der wichtigsten jüdischen Einrichtungen der Ostjudenfürsorge in Berlin. Die Erhaltung eines solchen Heims, das zu den besten seiner Art in Europa zählte, erforderte außerordentlich hohe Mittel, aber sein Bestand war eine Voraussetzung, ohne die eine ordentliche Fürsorge in Berlin undenkbar gewesen wäre.

Die überwiegende Mehrheit der im und nach dem Weltkriege sowie infolge des russisch-polnischen Krieges nach Deutschland zugewanderten Ostjuden, deren wirkliche Zahl schwerlich genau zu ermitteln ist, weil es sich um eine Masse handelte, die dauernd in Bewegung war, hatte nicht die Absicht, in Deutschland zu bleiben. Sie hatten Verwandte in überseeischen Ländern und im Westen Europas. Allerdings war ihre Weiterwanderung oft mit großen Schwierigkeiten verbunden, fast in jedem Falle war längere Zeit erforderlich, um die Weiterwanderung so vorzubereiten, daß die Wanderer nicht neuen Schikanen in anderen Ländern ausgesetzt wurden. Daher war es notwendig, vorerst Verbindung mit Verwandten herzustellen und Einreisevisa zu besorgen. Ferner mußten Kranke und leidende Personen geheilt werden, die Mittel für die Weiterreise mußten entweder von den Verwandten beschafft oder von jüdischen Organisationen in Deutschland aufgebracht werden. Auf diesem Gebiete der Weiterwanderung ergab sich eine fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen dem Arbeiterfürsorgeamt und dem „Hilfsverein der deutschen Juden“, der in dieser Tätigkeit besondere Erfahrung aufzuweisen hatte. Die Zusammenarbeit vollzog sich in der Weise, daß das Arbeiterfürsorgeamt jene Voraussetzungen erfüllte, die in Deutschland notwendig waren, wie die Beschaffung von Dokumenten, Beherbergung und sonstige soziale Fürsorge, während der Hilfsverein sich auf die Tätigkeit außerhalb Deutschlands konzentrierte, sowie die Beschaffung von Einreisepapieren, die Aufbringung von Reisekosten und die Regelung einer ordentlichen Aus- und Weiterreise übernahm.

Der leitende Gedanke der neuen, vom „Arbeiterfürsorgeamt“ und dem „Jüdischen Arbeitsamt“ geforderten Ostjudenfürsorge war aber vor allem die Einordnung der Arbeiter und Flüchtlinge in die deutsche Volkswirtschaft durch Beschaffung von Arbeitsstellen. In dieser Absicht wurden sie dadurch bestärkt, daß die neuen ostjüdischen Einwanderer für eine solche Einordnung qualifiziert waren, da sie sich wesentlich von den Juden unterschieden, die schon vor dem Jahre 1914 in Deutschland gelebt hatten. Die letzteren waren in ihrer Mehrzahl kleinbürgerliche Elemente, die ihre Existenz im Kleinhandel und Hausieren gefunden hatten, nur wenige von ihnen waren, wenn man von den Zigarettenarbeitern, Kürschnern und Schneidern absieht, in der Industrie oder in der Landwirtschaft tätig gewesen.

Von den im und nach dem Kriege zugewanderten Ostjuden, den Arbeitern und Kriegsgefangenen, deren Zahl um die Mitte des Jahres 1920 60 000–70 000 betragen haben mag, war die Mehrheit durch die harte Schule der Kriegsjahre gegangen. Ob sie zwangsweise oder später, nach Schaffung der jüdischen Abteilung der deutschen Arbeiterzentrale, auf Grund von Arbeitsverträgen nach Deutschland gekommen, oder aus den Kriegsgefangenenlagern entlassen worden waren, alle hatten sie lange Zeit hindurch schwere körperliche Arbeit geleistet und waren an diese bereits gewöhnt. Überall dort, wo man sie in der ersten Zeit mit etwas Verständnis und Geduld behandelte, fanden sie sich bald zurecht und bewiesen, daß sie jede noch so schwere Arbeit zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber leisten konnten. Hinzu kam, daß auch bei der Anwerbung während des Krieges eine nicht geringe Zahl von gelernten Arbeitern – Schlosser, Mechaniker, Elektriker, Tischler usw. – mitgekommen waren, die in Deutschland ihre Kenntnisse erweitert hatten und in ihren Leistungen deutschen Arbeitern nahekamen. Was ihnen an Kenntnis im Beruf abging, ersetzten sie durch Fleiß und Zähigkeit, denn sie wußten, daß der Verlust der Arbeitsstelle sie härter traf als die deutschen Arbeiter, die rechtlich und wirtschaftlich viel gesicherter waren. Sie stellten daher ein Element dar, das

seinem ganzen Wesen nach geeignet und bereit war, mit dem Arbeitsamt zu kooperieren.

Das Jüdische Arbeitsamt und seine Zweigstellen verfolgten überall in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung und die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt, wobei die Aufmerksamkeit vornehmlich auf jene Industrien und Gebiete gerichtet wurde, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren und Möglichkeiten zur Unterbringung von neuen Arbeitern boten. Das wichtigste dieser Gebiete war die rheinisch-westfälische Kohlen- und Eisenindustrie. Die Erfahrungen, die hier mit jüdischen Arbeitern gemacht wurden, waren insofern besonders lehrreich, als die Arbeit im Bergbau eine Tätigkeit darstellte, zu der die jüdischen Arbeiter keine wie immer geartete Beziehung hatten. Sie kamen aus einer städtischen, häufiger aus einer kleinstädtischen Welt, in welcher Bergleute völlig unbekannt waren; Art, Wesen und Mentalität dieser Arbeiter war ihnen fremd. Dennoch gelang es dem Arbeitsamt, in kurzer Zeit ca. 16 000 jüdische Arbeiter in diesem Industriegebiet unterzubringen, von denen fast 4000 im Bergbau unter Tag als Hauer und Schlepper beschäftigt waren.

Eine sehr wichtige Voraussetzung für die Unterbringung ostjüdischer Arbeiter in diesen Industrien war das Verhältnis zu der deutschen Arbeiterschaft, mit der sie in den Bergwerken, in den Kohlen- und Eisenbetrieben zusammenarbeiten sollten. Zunächst standen die deutschen Arbeiter den fremdländischen Juden mit wenig Wohlwollen gegenüber, allmählich jedoch änderte sich ihre Einstellung, besonders dann, als sie erkannten, daß ihre neuen Arbeitsgenossen den Gewerkschaften beitraten und keineswegs gewillt waren, sich als Lohndrücker oder Streikbrecher verwenden zu lassen. Wenn auch gelegentlich antisemitische Äußerungen fielen, so war doch das Verhältnis der Arbeiter untereinander im allgemeinen frei von Feindseligkeiten. Es ergab sich sogar, daß die Führer der deutschen Gewerkschaften zu entschiedenen Verteidigern der ostjüdischen Arbeiter wurden, als von reaktionären Regierungsbeamten Versuche gemacht wurden, die ostjüdischen Arbeiter aus dem Industriegebiet

hinauszudrängen. Wie sich dies praktisch auswirkte, soll an einem der vielen Fälle hier gezeigt werden.

In Verfolg einer Anweisung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf gingen plötzlich untergeordnete Polizeibeamte dazu über, die ostjüdischen Arbeiter ungemein rigoros zu behandeln und sie bei den geringsten formalen Verstößen, wie verspätete Verlängerung von Legitimationspapieren, mit sofortiger Ausweisung zu bedrohen. Die in dem Bezirk lebenden jüdischen Arbeiter wurden, wie immer bei solchen Anlässen, sehr bald nervös und ängstlich. Wilde Gerüchte über kurzfristige Ausweisungen erhöhten die Beunruhigung. Um dieser entgegenzuwirken, wandte sich das Arbeiterfürsorgeamt an einen der Führer der Bergarbeiter, an den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten *Limbertz* (Essen), der die Bedrohung der ostjüdischen Arbeiter im Juni 1922 zum Anlaß einer scharfen Rede im preußischen Landtag machte, die es verdient, auszugsweise hier wiedergegeben zu werden:

„Die Art und Weise, wie solche Bestrebungen und wie die jüdischen Arbeiter im Westen besonders von manchen Beamten behandelt werden, ist einfach unerträglich. Ich hatte vor einigen Monaten Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß im Regierungsbezirk Düsseldorf eine Anweisung an die nachgeordneten Stellen erging, in der gesagt wurde, die ostjüdischen Einwanderer könnten nicht als wünschenswerte Bevölkerungselemente angesehen werden. Dabei arbeiten dort Zehntausende in den Fabriken und Bergwerken.“

Es heißt dann in dieser Anweisung:

„Sie sind durchwegs als Arbeiter in der hiesigen Industrie, in der Qualitätsarbeit gefordert werden muß, zur Verwendung ungeeignet.

Wenn sie Arbeit in der Industrie annehmen, so tun sie dies zum größten Teil nur, so lange es nötig ist, um sich Aufenthaltserlaubnis zu erwirken. Sobald sie sich sicher fühlen, suchen sie ein Gewerbe zu betreiben, wobei sie in vielen Fällen ein unlauteres Geschäftsgebahren zeigen.

Es ist beobachtet worden, daß sie zu den politisch radikalen Richtungen neigen und nach kurzem Aufenthalt hier diesen zuströmen und sich darin betätigen.

Sie stellen eine große Zahl krimineller Elemente.

Sie vermehren durch ihren Aufenthalt im Bezirk die herrschende Wohnungsnot und die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung.“

„Ich habe Veranlassung genommen, ganz entschieden gegen diese Behauptung und auch gegen den Ton aufzutreten und von dem Herrn Regierungspräsidenten zu verlangen, daß er derartiges unterbindet. Darauf erklärte mir der Herr Regierungspräsident in Düsseldorf, daß diese Verfügung nur ein Entwurf sei, sie sei überhaupt nicht herausgegangen. – Nein, von dem Regierungspräsidenten war es keine Ausrede, es war das, was er von der Sache wußte, aber nachträglich stellte es sich heraus, daß der betreffende Beamte, Oberregierungsrat *Thiemann*, den Regierungspräsidenten einfach belogen hatte. Die Sache war hinausgegangen, und der Oberregierungsrat *Thiemann* hat den Versuch, den Regierungspräsidenten zu belügen, vor zwei Zeugen wieder unternommen. Ich möchte den Herrn Minister des Innern dringend bitten, sich diese Sache einmal näher anzusehen. Das sind keine Beamten für unseren Bezirk, die man in solchen sozial wichtigen Fragen dort arbeiten lassen soll. – Wenn der Regierungspräsident belogen wird, können sie ihn nicht verantwortlich machen. Aber ich würde allerdings anstelle des Regierungspräsidenten, wenn mir nachgewiesen wird, ein Beamter hat mich belogen, mit ihm nicht weiterarbeiten.“

„Wir haben Veranlassung genommen, verschiedene Gewerkschaftsorganisationen nach ihren Ansichten über Ostjuden zu fragen. Die Bezirksleitung in Düsseldorf, das Gewerkschaftskartell in Duisburg und das Gewerkschaftskartell in Essen sowie eine Hirsch-Dunckersche Organisation sagen in ihren Antworten folgendes: –

Das Kartell in Duisburg:

„Auf Ihre Anfrage vom 12. Juni teilen wir Ihnen mit, daß uns von den 35 Gewerkschaften, die dem Ortsausschuß der freien Gewerkschaften angeschlossen sind und eine Mitgliederzahl von 35 000 haben, nichts bekannt geworden ist, daß eine starke Zuwanderung von ostjüdischen Arbeitern in dem Maße stattgefunden hätte, daß durch die Zuwanderung die Wohnungsverhältnisse der ansässigen Bevölkerung verschlechtert worden wären.

Ebenfalls ist uns nicht bekannt, daß die Bevölkerung irgendwie Klage führte über eine Lästigkeit der ostjüdischen Arbeiter.“

Das Kartell in Essen schreibt:

„Nach Rückfrage bei den hiesigen größeren Organisationen muß mitgeteilt werden, daß Klagen über große Zuwanderungen aus dem Osten, insbesondere Klagen über größere Zuwanderungen ostjüdischer Arbeiter hier nicht bekannt sind. Damit entfällt auch, daß die Zugewanderten die Hauptursache bilden bei der bestehenden Wohnungsnot.

Nach all dem, was wir in Erfahrung bringen können, wird dadurch, daß Zuwanderungen aus den verschiedensten Gebieten erfolgen, die ohnehin schon starke Wohnungsnot nicht mehr viel vermehrt, da in der Hauptsache die zugewanderten Personen bei Verwandten und sonstigen Bekannten Unterkunft finden.

Wir vermuten, daß man mit der Behauptung, daß die Zuwanderung aus dem Osten die Wohnungsnot verursacht insbesondere mit der Betonung, daß es die ostjüdischen Arbeiter sind, ausschließlich Stimmungsmache in einer bestimmten Richtung treiben will.“

Die Hirsch-Dunckersche Organisation aus Hamborn schreibt:

„Es ist hier nicht bekannt geworden, daß jemals Klage über das unkameradschaftliche Verhalten der ostjüdischen Arbeiter geführt worden wäre. Ein Arbeiten unter Tarif ist vollkommen ausgeschlossen.

Die Einwanderung ostjüdischer Arbeiter ist hier überhaupt nicht zu spüren. Daß durch die ostjüdischen eingewanderten Arbeiter Wohnungs- und Ernährungsschwierigkeiten entstanden seien oder noch entstehen können, trifft unter keinen Umständen zu. Die Behauptung, daß gerade sie die Ursache der Wohnungs- resp. Ernährungsschwierigkeiten seien, ist an den Haaren herbeigezogen.

Soweit mir bekannt geworden ist, sind bisher keinerlei Klagen über die Brauchbarkeit der ostjüdischen Arbeiter in der Industrie laut geworden. Ebenso trifft es nicht zu, daß dieselben nur kürzere Zeit arbeiten und dann sich einer unproduktiven Beschäftigung zuwenden. Die Leute, die ich kennengelernt habe, haben mit nur ganz geringen Ausnahmen ihre aufgenommene Beschäftigung behalten, ohne sich mit irgendeiner anderen Arbeit abzugeben.“

„Ich kann nach meiner eigenen Kenntnis sagen, daß das für das Gros der ostjüdischen Arbeiter im Rheinland und Westfalen zutrifft, und ich möchte bei dieser Gelegenheit noch darauf hinweisen, daß man der Einbürgerung solcher Arbeiter nicht so große Schwierigkeiten in den Weg legen sollte, wie es bisher geschieht.“⁵²

Der damalige preußische Innenminister *Carl Severing* erklärte in seiner Antwort auf die Rede des Abgeordneten *Limbertz*, daß er sofort gegen den für die Anweisung verantwortlichen Beamten eingeschritten sei, und daß keinerlei Maßnahmen gegen die ostjüdischen Arbeiter zu befürchten wären.

⁵² Preußischer Landtag, 149. Sitzung am 17. 6. 1922, Spalte 10762.

Kapitel VI

Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge

Um sich in der neuen und ihnen fremden Umgebung und bei der ungewohnten Arbeit wohler zu fühlen, hatten die ostjüdischen Arbeiter es irgendwie zuwege gebracht, sich in den Bergwerken und Fabriken nach Heimatsorten zu konzentrieren, was ihnen offenbar das Leben in dieser neuen Welt erleichterte. Der bekannte jiddische Schriftsteller *David Einhorn*, der das Industriegebiet oft besuchte und vor den Arbeitern Vorträge hielt, schildert dies sehr anschaulich in einem Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Es gibt kaum einen Schacht ohne jüdische Arbeiter. Jede Eisengußfabrik hat ihre jüdische Gruppe. Wenn ein Redner kommt, so strömen die Arbeiter mehrerer Schächte und Fabriken zusammen, um ihn zu hören. Erst spricht er vor den Arbeitern der Tagesschicht und dann wiederholt er den Vortrag vor denen der Nachtschicht. Schächte und Fabriken sind in der Regel nach Orten besetzt. Tomaschow hat seinen Schacht, Wlozlawek den seinen, Warschau hat seine Fabrik, Lodz die ihre. Nach den Pogromen des Jahres 1919/20, als die Flucht nach Deutschland einsetzte, wandten sich die Flüchtlinge oft direkt an ihre Landsleute in ‚ihren‘ Schächten oder Fabriken, daß sie ihnen helfen möchten, in denselben Schächten oder Fabriken unterzukommen.“⁵³

Der Unterschied zwischen der alten und der neuen Einwanderung kam auch im kulturellen Bestreben zum Ausdruck. Während die alte Einwanderung wenig Neigung zum organisierten Zusammenschluß zeigte und kaum etwas anderes als einige Betstuben und Wohltätigkeitsvereine für sich schuf, waren die neuen jüdischen Arbeiter bemüht, ihre eigene Sprache und Kultur zu pflegen. Ansätze hierzu gab es bereits unter den Zwangsarbeitern der Kriegszeit. *Max Eschelbacher*, der als Rabbiner in Düsseldorf Gelegenheit hatte, ostjüdische Arbeiter während des Krieges zu beobachten, schrieb folgendes über ihre kulturellen Versuche:

„Denn eine Kunst stand bei ihnen in Blüte: die dramatische. Kaum waren die Ersten hier angekommen, da erschien auch ein Mann, den sie

⁵³ *David Einhorn*, Deutsche Juden rühmen sich ihrer jüdischen Bergarbeiter. Forward (Jiddische Tageszeitung), New York, 28. 6. 1922.

nicht entbehren können. Da stellte sich auch schon der erste Schauspieler mit seinen Requisiten ein. Er hatte in ganz Rußland schon gemimt und schulte nun die Dilettanten für die Aufführungen, mit denen sie sich bald auf der Bühne präsentierten.“

„. . . Neben dem Theater, das etwa alle Monate im Winter eine Aufführung veranstaltete, stand als eigentlicher Mittelpunkt des Kreises die von ihnen begründete Lesehalle. Hier zeigten sich auch die großen positiven jüdischen Triebe und Empfindungen, die trotz Sozialismus, Assimilation und Gegnerschaft gegen die Religion in ihnen lebte und nach Ausdruck verlangte. Zuerst wollten sie einen Perez-Verein gründen, aber die Polizei vermutete darin einen verkappten sozialistischen Debattierklub und verbot ihn. Dafür wurde aber die Gründung einer Lesehalle gestattet, weil man darin ein gutes Mittel vermutete, die Leute von der Straße fortzuhalten und ihnen etwas Gemütlichkeit zu verschaffen. Das ist auch gelungen. Die Lesehalle wurde mit großem Geschick eingerichtet. Zuerst mieteten sie ein Zimmer in einem Gasthaus und nachher ein ganzes Haus. In mehreren Räumen lagen dort alle hebräischen und jiddischen Zeitungen und Zeitschriften aus, die man unter den gegebenen Verhältnissen bei der gestörten Verbindung mit dem Osten erreichen konnte. Auch das Theater wurde in den Dienst der Lesehalle gestellt, und die Überschüsse aus den Aufführungen wurden zur Begründung einer hebräischen Bibliothek verwendet. Gekauft wurde vor allem die neuere Belletristik, so Mendele Mocher Sforim und Scholem Aleichem, aber auch wissenschaftliche und popularwissenschaftliche Werke, z. B. eine hebräische Bearbeitung der Geschichte der Juden von Graetz und eine Weltgeschichte in hebräischer Sprache. Die ganze Einrichtung mußte jedem einen tiefen Respekt vor diesen Proletariern einflößen, die nicht trinken und nicht verkommen, sondern in einem fremden Lande gleich Zeit und Raum finden für ein ernsthaftes Leben im Geiste. So vieles uns sonst trennen mochte, hier, in der Lesehalle, fanden wir uns und erkannten uns als Kinder vom gleichen Stamme.“⁵⁴

Zu den wichtigsten Einrichtungen, die von den Arbeitern selbst geschaffen und bis zum Anbruch der Hitlerzeit erhalten wurden, gehörte das Heim der Poale Zion in Berlin, Linienstraße 159. Die Atmosphäre und das Leben, die dieses Heim erfüllten, fanden eine anschauliche Darstellung in einem Aufsatz, der im August 1919

⁵⁴ Dr. *Max Eschelbacher*, Ostjüdische Proletarier in Deutschland. *Der Jude*, 3. Jhrg., 1918/19.

in der Wiener Wochenschrift „Freie Tribüne“ erschienen ist und dem die folgenden Zeilen entnommen sind:

„Linienstraße 159. Das Heim der Poale-Zion in Berlin.

Eigentümliches und starkes Zusammengehörigkeitsgefühl einer bestimmten Gruppe von Menschen. Man steigt vier Treppen hoch und vergißt nach wenigen Minuten, daß man mitten in Berlin ist, Erinnerung an die Heimat lebt wieder auf. Bekannte Gesichter, Freunde, die man vor Jahren in Krakau, Warschau oder Wien gesehen hat, machen die Erinnerung noch stärker, jüdische Arbeiter, aus den verschiedensten Städten des Ostens, haben sich hier zusammengefunden und sich ihr eigenes Heim geschaffen. Fern und losgerissen von ihrem alten Zuhause verbringen sie wenige Stunden der Woche hier, in dem von ihnen selbst geschaffenen Heim. Kaum tritt man ein, ist man mitten unter ihnen, nimmt teil an den Diskussionen, die sie führen, heiß leidenschaftlich wie überall: Diktatur oder Demokratie, Unabhängige oder Mehrheit. Mit starkem innerlichen Pathos vertritt jeder seinen Standpunkt. Außerhalb dieses Raumes nehmen sie aktiven Anteil an der sozialistischen Bewegung, jeder seiner Anschauung gemäß. Hier führt sie das gemeinsame Ziel, die selbständige jüdische Arbeiterbewegung zusammen. Für alle Richtungen der proletarischen Bewegung in Deutschland wird hier gekämpft. Scharf und ernst ist der Kampf zwischen den Anschauungen, stark die Leidenschaft. Oft kommt es zu stürmischen Szenen, doch bei allen Rednern merkt man die starke und ehrliche Überzeugung, den felsenfesten Glauben an den Sozialismus, wie er wohl nur bei jüdischen Arbeitern zu finden ist. Der offizielle Teil der Diskussion ist beendet. Die Gegner von früher sind traulich beisammen. Unwillkürlich und impulsiv fängt man zu singen an. Die Lieder von Not, Kampf und Freiheit, aus dem Osten hierher, gleich den Sängern verweht, haben ihre alte Stärke bewahrt und vereinen wieder die streitenden Brüder.“

Aus den Ansätzen der Kriegszeit erstand die Bewegung der „Kulturvereine“, die im Rheinland und in Westfalen großen Umfang hatte. In den Kulturvereinen waren die Arbeiter aller politischen Richtungen zusammengeschlossen. Die Vereine als solche hatten keine politischen Aufgaben, sie dienten mehr der Geselligkeit und dem starken Bildungsdrang ihrer Mitglieder. Es war erstaunlich, wie mit wenigen Mitteln diese Arbeiter sich Lesehallen und Bibliotheken schufen, Zeitungen hielten und sogar in Deutschland eigene

Zeitschriften herausgaben. „Die Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion“, die unter den Arbeitern wohl am stärksten vertreten war, gab während des Jahres 1921 in deutscher Sprache ihr Organ „Jüdische Arbeiterstimme“ heraus, das die Interessen der Arbeiter mit eigenen Argumenten wahrzunehmen versuchte. Gleichzeitig gab die „Poale Zion“ auch in den Jahren 1921 bis 1924 eine literarisch-politische Zeitschrift „Unsere Bewegung“ in Jiddisch heraus. Die dem „Bund“ (sozialistische antizionistische Arbeiterbewegung) angehörenden Arbeiter ließen gelegentlich in Jiddisch ihre Zeitung „Der Morgenstern“ erscheinen. Auch die deutsch geschriebene Zeitschrift des „Hapoel Hazair“ (volkssozialistische-zionistische Bewegung) „Die Arbeit“ war in den Jahren 1921 bis 1925 unter den Arbeitern sehr verbreitet. Die Arbeiter erwarben auch Bücher in großer Zahl, was bald zur Entstehung von Verlagen und Buchhandlungen für hebräische und jiddische Literatur führte, die einige Zeit in Berlin florierten.

So brachte die Nachkriegszeit den ausländischen Juden trotz aller Angriffe und Beschränkungen ein gewisses Maß von Freiheit, was sich auch ermunternd und belebend auf die Menschen der alten Ostjudensiedlung auswirkte. Die immer heftiger werdenden Angriffe gegen sie erweckten das Bedürfnis zur Selbstverteidigung und Selbsthilfe und hatten die Schaffung von zahlreichen ostjüdischen Vereinen zur Folge. Diese Vereine traten am 16. Mai 1920 zu einer Konferenz in Berlin zusammen und gründeten dort den „Verband der Ostjuden“, dem außer zahlreichen Einzelpersonen über 50 Vereine aus den verschiedenen Teilen des Reiches angehörten⁵⁵. In den ersten Monaten seines Bestehens betätigte er sich fürsorglich, insbesondere auf dem Gebiete des Beherbergungswesens, und schuf nicht nur einige Herbergen, sondern war auch an der Übernahme des „Flüchtlingsheims“ in Berlin beteiligt. Jedoch die Zahl der Flüchtlinge nahm derart zu, daß die Kräfte des Verbandes mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnten. Er schloß sich daher enger an

⁵⁵ Jüdische Rundschau, Berlin, 20. Mai 1920.

das Arbeiterfürsorgeamt an und verlegte auch seine Büroräume in dasselbe Gebäude.

Weitere Reichskonferenzen der Vereine der Ostjuden fanden auch in Berlin im April 1924 und Mai 1925 statt. Der Verband oder diesem nahestehende Persönlichkeiten versuchten wiederholt die Herausgabe eigener Zeitungen, deren Bestand jedoch nie von langer Dauer war.

Auch die Zionistische Vereinigung für Deutschland sah sich oft veranlaßt, das Problem der organisatorischen Erfassung der Zionisten aus dem Osten zu behandeln. Sie richtete zu diesem Zwecke ein ostjüdisches Sekretariat ein, das am 10. Februar 1924 eine Konferenz ostjüdischer Zionisten einberief. Auf dieser kam es zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten über die Methoden zionistischer Arbeit unter den in Deutschland lebenden Ostjuden. Es erfolgte die Gründung besonderer Gruppen für Zionisten aus dem Osten. Viele der aktiven Zionisten dieser Gruppen, namentlich die jüngeren unter ihnen, lehnten die Absonderung von der allgemeinen zionistischen Bewegung ab und fanden schließlich ihren Wirkungskreis im Rahmen der vorhandenen zionistischen Gruppen.

In Zusammenarbeit mit der „Jüdischen Volkspartei“, unter deren Einfluß er stand, bemühte sich der Verband der Ostjuden, die Gleichberechtigung der ausländischen Juden in den Gemeinden zu erreichen und die Wahl seiner Vertreter in die Vorstände der jüdischen Gemeinden durchzusetzen, was ihm auch tatsächlich in einigen größeren Städten gelang. Zu den Führern des Verbandes gehörten der Schriftsteller *Josef Lin*, der zionistische Journalist *Moses Waldmann*, ferner *Benzion Fett*, *Moses Goldmann*, *Dr. Israel Taubes*, *Nathan Reich* und *S. Haarpuder*.

Außer den bereits hier erwähnten ostjüdischen Gruppen der alten Siedlung, der Arbeiter, Kriegsgefangenen und Flüchtlinge, gab es noch eine weitere Gruppe: die politischen Flüchtlinge aus Rußland, die infolge der Auswirkung der bolschewistischen Revolution nach Deutschland geflüchtet waren. Sie gehörten größtenteils der assimilierten jüdischen Intelligenz und der höheren Kaufmannschaft an

und repräsentierten eine kultivierte, früher wohlhabend gewesene bürgerliche Schicht. Sie hatten wenig Beziehung zu den anderen Ostjuden und sonderten sich bewußt ab. Viele dieser Flüchtlinge hatten Wertgegenstände mitbringen können, von deren Veräußerung sie sich eine Zeit erhalten konnten. Aber die fortschreitende Inflation und die Schwierigkeiten dieser meist älteren Menschen, in Berlin Beschäftigung zu finden, beschleunigten ihren Niedergang. In rührendster Weise nahm sich ihrer der zu ihnen gehörende russische Staatsrat *Jacob Teitel* an. Dieser liebenswerte alte russische Richter – er war 1850 geboren – kam im Jahre 1921 nach Berlin und stellte sich gleich an die Spitze der russischen Juden. Er war von einer außerordentlichen Energie in den Bemühungen, seinen Schützlingen zu helfen. Er gründete für sie den „Verband der russischen Juden“, eine Selbsthilfeorganisation, für die wohlhabendere Mitglieder Opfer brachten. Es gelang dem Verband, den zu diesem Kreis gehörenden „verschämten Armen“ eine besondere Art der Fürsorge zukommen zu lassen und sie davor zu bewahren, in der großen Masse der anderen Flüchtlinge aufzugehen. Mehr als ein Jahrzehnt war *Jacob Teitel* überall dort zu finden, wo russische Juden Not litten. Er reiste durch die Welt, um Mittel für das Hilfswerk seines Verbandes zu sammeln und leistete für diese kleine, aber wertvolle Gruppe ostjüdischer Menschen in Deutschland eine weithin anerkannte Arbeit.

Zu den Flüchtlingsgruppen, die den Versuch machten, durch Organisation und Selbsthilfe ihre Lage zu erleichtern, gehörten auch die Studenten, die auf den verschiedenen Universitäten und Technischen Hochschulen studierten. Auch sie unterschieden sich in mancher Beziehung von den jüdischen Studenten aus Rußland, die vor dem Kriege ihren Studien in Deutschland nachgegangen waren. Obwohl sie nun aus Polen und Litauen, Lettland und Estland, Ungarn und Rumänien kamen, war die Bildungslage der jüdischen Jugend durch die politischen Umwälzungen und die Entstehung der neuen Staaten im Osten kaum gebessert. Zum Teil entsprachen die neu geschaffenen Universitäten, wie in Litauen, nicht dem Bildungsbedürfnis der jüdischen Studentenschaft, zum Teil verhinderten offe-

ner oder verdeckter Numerus Clausus die jüdische Jugend an dem Besuch der Universitäten, zum Teil waren lernbegierige junge Menschen in den Strom der allgemeinen Flucht mitgerissen worden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern dieser Studenten waren viel zu schlecht, als daß sie in der Lage gewesen wären, einen nennenswerten Teil der Studienkosten ihrer Kinder zu tragen. Die Mehrheit dieser Studenten war daher nur mit geringen Mitteln nach Deutschland gekommen. Hier reihten sie sich bald im Rahmen der für sie gegebenen Möglichkeiten in das Werkstudententum ein, versuchten Arbeit und Studium zu verbinden und kämpften tapfer gegen die mannigfachen Schwierigkeiten an, die jeder von ihnen im Laufe der Studienjahre zu überwinden hatte.

Diese Studenten waren eine national-jüdische Gruppe, für die das Studium nicht nur Erlangung eines Berufes, sondern auch Vorbereitung für eine soziale und kulturelle Tätigkeit im Leben des jüdischen Volkes bedeutete. Sie schufen bald in den verschiedenen Universitätsstädten ihre eigenen Vereinigungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen, diese schlossen sich im Jahre 1923 zum „Verband Jüdischer Studentenvereine in Deutschland“ zusammen, der im Jahre 1925 achtzehn Vereine mit zusammen 750 Mitgliedern umfaßte. Eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes war die Vertretung der Studenten nach außen und die Schaffung der geldlichen Beihilfen für jene Studenten, die nicht genügend verdienten, um sich zu erhalten und ihre Studien- und Prüfungskosten aufzubringen. Der Verband wurde vom „Joint“, vom „Hilfsverein der deutschen Juden“, dem „Verband der russischen Juden“ und der „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ unterstützt. Dank der Beihilfen dieser Organisationen und der selbstaufgebrachten Mittel konnte der Verband mit einem Aufwand von 40 000 bis 60 000 Mark jährlich zahlreichen Studenten die Beendigung ihrer Studien ermöglichen. Darüber hinaus entfalteten der Verband und die diesem angeschlossenen Vereine eine Bildungstätigkeit für ihre Mitglieder. Diese nahmen regen Anteil an der kulturellen und politi-

schen Tätigkeit der Zionistischen Organisation sowie der verschiedenen Gruppen der jüdischen Arbeiterbewegung.

Das Arbeiterfürsorgeamt verfolgte alle diese Selbsthilfebestrebungen der ostjüdischen Gruppen mit großer Aufmerksamkeit und förderte sie weitgehend. Dies geschah zumeist, indem die von den Arbeitern und anderen Gruppen geschaffenen Institutionen wie Bibliotheken, Teehallen und Arbeiterküchen aus den Zuwendungen des „Joint“, für deren Verteilung das Arbeiterfürsorgeamt verantwortlich war, finanziell unterstützt wurden. Das Arbeiterfürsorgeamt bemühte sich auch um die nach dem Kriege in Berlin lebenden jiddischen Schriftsteller und Künstler und ermöglichte ihnen oft, vor den Arbeitern im Industriegebiet Vorlesungen und Vorträge zu halten und Ausstellungen durchzuführen.

Kapitel VII

Die Intellektuellen

Eigenartig und in vieler Beziehung besonderer Erwähnung wert verlief das Schicksal der national-jüdischen Intelligenz, Politiker und sozialen Arbeiter, Journalisten und Schriftsteller, Dichter, Künstler, Musiker, Wissenschaftler und Forscher –, die mit dem Strom der Flüchtlinge aus Rußland und später aus den neu entstandenen Staaten Polen, Litauen und Lettland nach Deutschland gekommen waren. Sie waren nicht vor einem plötzlichen Unheil geflüchtet und kamen nicht aus der Stille eines bisher friedlichen Lebens. Sie kamen aus dem Rußland des Krieges und der Revolution. Sie hatten Jahre der Gefahr und der Entbehrung hinter sich, Jahre, in denen viele von ihnen an der Front der Hilfsarbeit für die leidenden jüdischen Massen gestanden hatten. Sie hatten die Evakuierung der Juden aus dem westlichen Teil Rußlands mit all ihren tragischen Folgen miterlebt. Sie waren bemüht gewesen, Not zu lindern und in das Chaos von Revolutionen und Bürgerkrieg Hilfe zu bringen. Alle

Richtungen und Schattierungen des vielfarbigen kulturellen gesellschaftlichen und politischen Lebens der östlichen Judenheit waren vertreten. Bürger und Sozialisten, Jiddischisten und Hebraisten, Zionisten und Angehörige anderer national-jüdischer Gruppen fanden sich plötzlich außerhalb ihres früheren Wirkungskreises in der gleichen Notlage und den gleichen mißlichen Verhältnissen der Emigration zusammen. Sie waren nicht in der Absicht gekommen, in Deutschland zu bleiben. Viele hofften auf die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr in ihre Heimatsorte, andere dachten an schnelle Weiterwanderung nach den westlichen Ländern oder nach Übersee; wenige nur ahnten, daß es lange Jahre dauern würde, ehe sie wieder irgendwo ein gesichertes Zuhause haben würden.

In der Zwischenzeit jedoch mußten sie leben und arbeiten, um sich und ihre Familien zu erhalten. Flüchtlinge dieser Art waren seit jeher für sich selber und für jene, die sich ihrer annehmen wollen, ein besonders schwieriges Problem. Sie sind meist empfindlicher und labiler als einfache Menschen in derselben Lage. Ihre Berufe, soweit es sich nicht um wenige Ausnahmen wie Ärzte, Ingenieure und Techniker handelt, sind gebunden an das Land, in dem sie lebten, und an die Sprache, in der sie wirkten. Verlassen sie Land und Sprache, so verlieren sie den Boden unter ihren Füßen. Schwere körperliche Arbeit nicht gewöhnt, sind sie schlechter daran als die anonyme Masse der Flüchtlinge, Bauern und Handwerker, ungelernten Arbeiter und Händler.

Die jüdischen Intellektuellen jedoch, die in jenen Jahren ihren Weg über Deutschland nahmen und hier kürzere oder längere Zeit verweilten, verstanden es viel besser als manche ihnen ähnliche Gruppen von Flüchtlingen der späteren Jahre, Haltung zu bewahren und sich in der ihnen fremden Umwelt zu behaupten. Auf sich selbst gestellt, schufen sie sich in der Emigration ihre eigene Welt, eine Welt, in der sie nicht nur ihren Lebensunterhalt fanden, sondern in der ihnen auch Aufgaben gestellt waren, die zum Inhalt ihres Lebens wurden und die Last der Emigration leichter erscheinen ließen. Ihre bewußte Zugehörigkeit zum jüdischen Volk und die

enge Verbindung mit dem jüdischen Leben, aus dem sie kamen, halfen ihnen in der Zeit schwerer persönlicher Not über Widrigkeiten hinweg, denen andere bald unterlegen waren.

Die innere Geschichte dieser Gruppe scheint nie geschrieben worden zu sein. Sie, deren Beruf es vielfach war, menschliche, politische und soziale Vorgänge zu beobachten und zu beschreiben, haben sich über ihr eigenes Gruppenschicksal nur gelegentlich geäußert. Ihre Bestrebungen, Kämpfe und Erfolge sind wenig bekannt. Es würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten, dies ausführlicher darzustellen. Es soll aber versucht werden, verständlich zu machen, welche enorme Bedeutung die Anwesenheit dieser Gruppe ostjüdischer Menschen in Deutschland für das Entstehen neuer Formen jüdisch-sozialer Arbeit in der Welt, sowie für die nach dem Kriege rapide einsetzende Entwicklung jüdisch-kulturellen Schaffens hatte.

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß trotz der allgemeinen Widrigkeiten, die das Leben in den ersten Kriegsjahren so sehr erschwerten, das republikanische Deutschland dank seiner geographischen Lage, sowie der relativen Freiheit, deren sich auch der Ausländer erfreute, viele Möglichkeiten sozialer, künstlerischer und literarischer Tätigkeit bot; namentlich dann, wenn ihr Schaffen vom Geschehen und den Zuständen in Deutschland selber unabhängig war. Soweit es die hier behandelte Gruppe betrifft, kann sogar festgestellt werden, daß ihre Betätigung, wie noch gezeigt werden soll, in gewissem Umfang für die deutsche Volkswirtschaft von Vorteil war.

Es war von entscheidender Bedeutung für diese Entwicklung, daß der „Joint“, der die immer umfangreicher werdende Hilfs- und Wiederaufbautätigkeit für die Juden im Osten leitete und finanzierte, seine europäische Zentrale in Berlin einrichtete, was nicht nur Beschäftigungsmöglichkeit für eine Anzahl sach- und sprachkundiger Flüchtlinge bot, sondern Berlin zum Zentrum aller Bemühungen zur Linderung der Notlage der Juden in Rußland, Rumänien und den neu entstandenen Staaten machte.

Trotz der Verheerungen, die der Krieg und die darauffolgenden

politischen und sozialen Umwälzungen im jüdischen Leben ange richtet hatten, entfalteten die Juden im Osten eine erhebliche Initiative zur Selbsthilfe. Dies wurde von den nach Deutschland ge flüchteten Führern der verschiedenen sozialen Organisationen des russischen Judentums frühzeitig erkannt. Es war nur natürlich, daß sie dazu gedrängt wurden, sich in den Prozeß der Erneuerung des jüdischen Lebens im Osten von Deutschland her einzuschalten.

Die ersten Schritte nach dieser Richtung hin wurden von Flücht lingen gemacht, die mit der Tätigkeit des „ORT“ in Rußland ver bunden waren. Diese im Jahre 1880 gegründete Gesellschaft zur Förderung des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft unter den Juden in Rußland wurde im Jahre 1920 unter der Füh rung von Dr. *Leo Bramson* – einem ehemaligen Abgeordneten des russischen Parlaments – sowie Dr. *D. Lewowitsch* und dem schon von früher her in Deutschland lebenden Dr. *A. Singalowski* zu einem Verband von Landesorganisationen umgebildet. Diesem schlossen sich sehr bald die neugegründeten ORT-Gesellschaften in Rußland, Polen, Rumänien, Litauen und Lettland an. Der Verband dehnte später seine Tätigkeit auch auf Deutschland und Frankreich aus und erlangte im Laufe der Jahre erhebliche Wichtigkeit für die jüdische Sozialarbeit. Der leitende Gedanke des neuen ORT-Verbandes war die Produktivierung der jüdischen Massen auf dem Wege einer weit gehenden beruflichen Umschichtung in ihren Wohnländern. Diese Bestrebungen fanden Widerhall bei den durch die sozialen und poli tischen Veränderungen aus ihren wirtschaftlichen Positionen ver drängten Juden, und die ORT-Organisationen wurden zu einem wichtigen Faktor der Wiederaufbaubemühungen sowie der beruf lichen Umschichtung und Ausbildung der jüdischen Jugend. Auch die Zentrale des ORT-Verbandes hatte ihren Sitz in Berlin und arbeitete von hier aus praktisch im gesamten Osten, sowie propagandistisch in Westeuropa, Nord- und Südamerika, von wo die finanziellen Mittel für die gesamte Tätigkeit kamen. All dies bedeutete ein um fangreiches Arbeitsgebiet für Ingenieure, Techniker, Statistiker, So zialwissenschaftler, die im Auftrage der Gesellschaft wirtschaftliche

und technische Untersuchungen durchführten und die Ergebnisse ihrer Arbeit in Zeitschriften und Bulletins, in jiddischer Sprache und für eine Leserschaft im Osten bestimmt, veröffentlichten.

Ähnlich verlief die Entwicklung der Gesellschaft „OSE“. Diese war im Jahre 1912 zur Förderung des Gesundheitsschutzes für die Juden in Rußland gegründet worden und hatte während der Kriegsjahre eine beachtliche Leistung auf dem Gebiete der medizinischen Versorgung und der Seuchenbekämpfung unter den Flüchtlingen und den Juden im Kriegsgebiet aufzuweisen. Unter Führung von Dr. *L. B. Tschlenoff*, *L. Gurwitsch*, *N. Gergel* und *E. Olschwanger* wurde die Gesellschaft bei einer Konferenz, die im Jahre 1922 in Berlin stattfand, zu dem „Internationalen Verband für jüdischen Gesundheitsschutz“ umgebildet, dessen Zentrale ihren Sitz in Berlin hatte, von wo aus diese eine weitreichende organisatorische und propagandistische Tätigkeit, die in Veröffentlichungen von Zeitschriften und Bulletins in Jiddisch und später in Deutsch zum Ausdruck kam, entfaltete. Die für die praktische Tätigkeit dieser Gesellschaft in den Ländern Osteuropas erforderlichen Medikamente, medizinischen Apparate und Einrichtungen wurden in erheblichen Aufträgen von der pharmazeutischen und chemischen Industrie Deutschlands bezogen.

Die jahrzehntelang währende Diskussion unter den Juden Rußlands um die Notwendigkeit einer demokratischen – zum Unterschied von der teilweise vorhandenen philanthropischen – Organisation für Regulierung und Lenkung der jüdischen Wanderung durch demokratisch organisierte Vereine der Auswanderer, wurde auf einer im Jahre 1921 stattgefundenen jüdischen Weltkonferenz in Prag, auf der 27 Organisationen vertreten waren, insofern beendet, als dort beschlossen wurde, das „Vereinigte Komitee für jüdische Auswanderung“ (*Emigdirect*) zu gründen. Der Sitz dieser Wanderungsorganisation, die eine weitreichende Tätigkeit in Europa und Übersee, insbesondere in den südamerikanischen Ländern entfaltete, wurde nach Berlin gelegt, wo Dr. *Miron Kreinin*, Ingenieur *S. Tiomkin*, *W. Latzki-Bertoldi*, *I. Dijour* und *E. Tscheri-*

kower die technische Leitung innehatten. Auch diese Organisation, in deren umfangreichen Büro zahlreiche Flüchtlinge beschäftigt waren, gab eine eigene Monatsschrift heraus und entfaltete eine vielfältige publizistische Tätigkeit, sowohl in den Auswanderungs- als auch in den Einwanderungsländern. Diese Tätigkeit wurde im Jahre 1927 durch die Vereinigung mit der Emigrationsabteilung der ICA (Jewish Colonisation Association) in Paris und der HIAS (Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society of America), New York, zur HICEM erheblich erweitert.

Die Historische Abteilung des Jüdischen Wissenschaftlichen Instituts in Wilna (YIVO), der die Historiker Professor *S. Dubnow*, *Ch. Borodianski*, *J. Brutzkus*, *A. Menes*, Dr. *M. Wischnitzer* und *E. Tscherikower* angehörten, hatte ihren Sitz in Berlin. Ebenso wurde das „Ostjüdische Historische Archiv“, in dem Materialien zur Geschichte der Pogrome der Jahre 1919–1921 in der Ukraine und Weißrußland gesammelt wurden, im Jahre 1921 nach Berlin verlegt, wo das Archiv eine Reihe umfangreicher Veröffentlichungen herausgab.

Auch die ökonomisch-statistische Abteilung der YIVO unter der Leitung von *Jacob Lestschinsky* und mit Beteiligung von Dr. *B. Brutzkus*, *N. Gergel*, *J. Koralnik* und *A. Rosin* wurde in Berlin eingerichtet; sie veröffentlichte hier eine Anzahl wertvoller Forschungen über jüdische Wirtschaftsfragen. *J. Lestschinsky* und sein Schüler und Assistent *J. Koralnik* hatten sich auch Eingang in deutsche wissenschaftliche Zeitschriften sowie in die deutsch-jüdische Presse verschafft, wo sie wichtige Beiträge zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung der Juden in Deutschland veröffentlichten. Die Auflockerung der politischen Verhältnisse, die in den ersten Nachkriegsjahren in den neuen Staaten Osteuropas merkbar wurde, bewirkte einen enormen Aufschwung der jiddischen Presse sowohl in Osteuropa als auch in Nord- und Südamerika. In Polen und Rumänien, in Litauen und Lettland erschienen zahlreiche Tageszeitungen, Wochenblätter, politische und literarische Monatsschriften, deren Nachrichtendienst von der Jüdischen

Telegraphenagentur (J. T. A.) in Berlin unter der Leitung von *Michael Wurmbrand* besorgt wurde.

Eine große Anzahl angesehener jüdischer Journalisten und Politiker, die in Berlin Zuflucht gefunden hatten, wie *R. Abrahamowitz*, *L. Chasanovich*, *A. Chaschin*, *Dr. I. Eliashoff*, *B. Katz*, *M. Kleinmann*, *J. Klinow*, *J. Lestschinsky*, *B. Locker*, *S. Lyrik*, *M. Neustadt (Noy)*, *H. Swet* und viele andere wirkten von Berlin aus als Mitarbeiter der jüdischen Presse des Ostens, sowie Nord- und Südamerikas.

Auch zahlreiche jiddische Dichter und Schriftsteller, wie *D. Bergelson*, *D. Einhorn*, *Sch. Gorelik*, *D. Hofstein*, *M. Kulbak*, *I. Kwitko*, *M. Lifschitz*, *H. D. Nomborg*, *P. Kaganowitsch (Nister)*, die Brüder *J. und A. Steinberg*, *A. N. Stenzel*, *D. Tscharny*, gehörten zu den in Berlin lebenden Flüchtlingen.

Die hebräische Dichtung war durch *S. Schneur*, *S. Tschernichowski* und *S. Yewin* in Berlin vertreten, während *Ch. N. Bialik* und ein Kreis ihm nahestehender hebräischer Schriftsteller und Verleger sich oft längere Zeit in Bad Homburg aufhielten.

Um das jüdisch historische und philosophische Schrifttum gruppierten sich u. a. *S. A. Horodezky*, *J. Klatzkin*, *D. Koigen*, *I. Markon*, *S. B. Rabinkow*, *S. Rawidowicz*, *J. Schirmann*, *R. Seligmann*, *J. N. Simchoni* und *M. Soloweitschik*.

Die literarische Produktion der hier genannten – und es sind bei weitem nicht alle – Journalisten, Dichter, Wissenschaftler und Künstler, hatte ihr Lesepublikum im Osten Europas und in den amerikanischen Ländern. Die besonderen Verhältnisse der Inflation in Deutschland, billige Druckmöglichkeiten von Büchern und Zeitschriften bewirkten unter Ausnutzung der vorhandenen literarischen Kräfte die Entstehung einer Fülle von jiddischen Zeitschriften. So erschienen innerhalb von wenigen Jahren in Berlin: die literarische Zeitschrift „Albatros“, die Kunstzeitschrift „Milgrom“, die „Jiddisch-Illustrierte Zeitung“, „Blätter für Demographie, Statistik und Wirtschaftskunde der Juden“, „Schriften für Ökonomik und Statistik des Jüdisch-Wissenschaftlichen Instituts“, „Wirtschaft und

Leben“, „Die Jüdische Emigracie“, „Die Jüdische Kooperacie“, „Unsere Bewegung“, „Freie Schriften“, „Der Weg“, „Das freie Wort“, „Der Misrach Jid“, „Die Tribüne“, „Der Kampf“ und in russischer Sprache die zionistische Zeitschrift „Raswjet“. In hebräischer Sprache kamen mehrere Jahrgänge der bedeutsamen und umfangreichen Sammelwerke „Hatekufa“ und „Reschumim“ heraus.

Manche von den hier erwähnten Zeitschriften erschienen mehrere Jahre, andere nur wenige Monate oder Wochen, aber alle zusammen bildeten sie eine Bereicherung des jüdischen periodischen Schrifttums der Welt.

An Verlagen entstanden: Der Verlag Jüdische Arbeiterbuchhandlung, Jiddisch-Literarischer Verlag, Jüdischer Kulturverlag, die Kunstverlage Petropolis, Rimon und Schwellen, der Musikverlag Juwal, der dem Ullstein-Verlag nahestehende Verlag Klal, der Verlag Wostok, die hebräischen Verlage Stiebel, Dwir, Horeb, Omanut. Auch diese Liste kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Der Umfang der jiddischen literarischen Produktion in den Jahren 1921, 1922 und 1923 stellte Deutschland an die zweite Stelle der jiddischen Buchproduktion der Welt. Nach den Berechnungen des angesehenen jiddischen Buchkritikers *Nachman Meisel*⁵⁶ wurden in Deutschland allein in diesen Jahren 1921, 1922 und 1923 126 jiddische Bücher oder 14 % aller in dieser Sprache verfaßten Bücher gedruckt. Nimmt man jedoch die Zahl der Druckbogen als Berechnungsgrundlage, dürften die in Deutschland gedruckten Bücher etwa 40 % betragen, da die in Polen gedruckten oder die in Rußland erschienenen zum überwiegenden Teil kleinere Druckschriften und Broschüren waren.

Eine Reihe der später sehr bekannt gewordenen jungen jüdischen Maler wie *Jankel Adler*, *Max Band*, *M. Bronstein (Ardon)*, *H. Berlewi*, der früh verstorbene und ungemein begabte *I. Rybak* verbrachten ihre Flüchtlingsjahre in Deutschland, hatten ihre ersten

⁵⁶ *Nachman Meisel*, Dos jiddische buch in jor 1923. Bücher-Welt, 2. Jhrg. S. 510, Warschau 1923.

Ausstellungen dort und machten von Berlin aus ihren Weg in die europäische Kunstwelt.

Die drei modernen jiddischen und hebräischen Theater der Nachkriegsjahre, die „Wilnaer Truppe“, die „Habima“, sowie das „Moskauer jiddische Kammertheater“ hatten ihre ersten großen Erfolge in Berlin, bevor sie die anderen europäischen Hauptstädte und Amerika besuchten.

Einen gewissen, wenn auch unvollständigen Begriff von dem zahlenmäßigen Umfang dieser intellektuellen Gruppen in Deutschland, die im wesentlichen in Berlin sich niedergelassen hatten, erhält man aus den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1925. Dieses Jahr stellte den Höhepunkt der ostjüdischen Einwanderung dar. Die ausländischen Juden bildeten damals ungefähr 18 % der gesamten jüdischen Bevölkerung in Preußen. Den Veröffentlichungen der Akademie für die Wissenschaft des Judentums⁵⁷ zufolge, waren in Preußen:

899	jüdische Musiker, Musiklehrer,				
		Kapellmeister,	davon 316 Ausländer	=	35,2 %
443	„	Sänger und Gesangs-			
		lehrer,	„ 173	„	= 39,1 %
447	„	Schriftsteller,	„ 150	„	= 33,6 %
233	„	Redakteure,	„ 45	„	= 19,3 %
35	„	bildende Künstler,	„ 9	„	= 25,7 %

Die Büros der vorgenannten sozialen Organisationen, der Verlagsunternehmungen und Redaktionen beschäftigten eine sehr erhebliche Anzahl von Flüchtlingen. Hierzu kam noch, daß im Rahmen der Tätigkeit dieser Organisationen sowie der zionistischen Weltorganisation alljährlich, zuweilen häufiger, internationale jüdische Konferenzen, Sitzungen und Tagungen aller Art in Berlin stattfanden. Die Teilnehmer an diesen Beratungen, die aus Osteuropa und aus Amerika kamen, verweilten oft Wochen und Monate in Deutschland. Berlin war für lange Zeit zu einem Zentrum des jüdischen Lebens geworden.

⁵⁷ Prof. Dr. *Heinrich Silbergleit*, Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich (Berlin 1930).

Es ist klar, daß die Anwesenheit einer so großen Zahl gesellschaftlich-sozial tätiger und literarisch und künstlerisch schaffender ostjüdischer Menschen in Berlin nicht ganz ohne Einfluß auf die deutsche Judenheit bleiben konnte. Die vor dem Kriege übliche Isolation der ostjüdischen Elemente wurde vielfach durchbrochen. Gesellschaftliche Hemmungen wurden oft überwunden und namentlich zu dem zionistischen Teil des deutschen Judentums vielfach auch privat-gesellschaftliche Beziehungen hergestellt. Oftmals wurden auch die nicht-zionistischen Organisationen wie der Centralverein, der Hilfsverein der deutschen Juden und die Logen in ihrer Tätigkeit beeinflußt, da namentlich die auf dem Gebiete der sozialen Arbeit wirkenden und früher erwähnten zentralen Organisationen bestrebt waren, das deutsche Judentum für ihre Tätigkeit zu interessieren. Die führenden jüdischen Organisationen Deutschlands konnten das wachsende Interesse ihrer Mitglieder an ostjüdischen Ereignissen und Problemen nicht außer acht lassen. Sie waren daher oft bereit, den im Osten wirkenden Organisationen finanziell und moralisch beizustehen.

Bei all der Betriebsamkeit und oft hektischen Geschäftigkeit, die den Kreis der hier behandelten Flüchtlinge charakterisierte, ergab sich doch eine unverkennbare Unzufriedenheit mit ihrem geistigen und gesellschaftlichen Dasein. Es fehlte die Resonanz der Massen, für die all die Organisationen, Zeitschriften, Verlage und Bücher gedacht waren. Der Export der Zeitschriften und Bücher brachte der deutschen Volkswirtschaft Vorteile, aber dem schöpferischen Schriftsteller und Journalisten war es nicht möglich, die Wirkung seiner Leistung auf die Masse der Leser wahrzunehmen. Versuche der Intellektuellen mit den an anderer Stelle dieser Arbeit so oft erwähnten proletarischen und Mittelstandselementen intimer in Verbindung zu kommen, scheiterten an den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, Zionisten und Nichtzionisten, die das jüdische Leben jener Jahre so sehr zerklüfteten. Versuche zur Schaffung einer sogenannten „Kulturliga“, wie sie in den ersten Jahren nach dem Kriege im Osten viel-

fach entstanden war, mußten bald aufgegeben werden. Auch die geographische Absonderung der intellektuellen Kolonie, die ihren Wohnsitz im Westen Berlins hatte, verhinderte nähere Beziehungen zu den im Norden der Stadt lebenden proletarischen Elementen.

Es war wohl dieses Gefühl der Unbefriedigtheit und der Fremdheit, dem man auch bei noch so häufigen Besuchen der literarischen Cafés Berlins nicht entrinnen konnte, das die Gründung des jüdischen literarischen Klubs „Schalom Aleichem“ veranlaßte, der vom Jahre 1924 ab für viele dieser Menschen zu einem Heim in ihren freien Stunden wurde. Hier, in der Kleiststraße, in allernächster Nachbarschaft des repräsentativen Gebäudes der Berliner Juden, des Logenhauses, entstand eine ostjüdische Insel, wo Vorträge und Vorlesungen in Jiddisch gehalten wurden, wo das jiddische Volkslied und jüdische Musik gepflegt, sowie Ausstellungen ostjüdischer Künstler veranstaltet wurden. Der Klub wurde zum Zentrum des geselligen Lebens der intellektuellen Emigration und hat manchen dieser Menschen über die oft trostlose Schwere des Emigrantenschicksals hinweggeholfen. Er schloß seine Tore im Jahre 1930, als die Schatten des herannahenden nationalsozialistischen Unheils bereits sichtbar zu werden begannen. Die an Verfolgungen und an antisemitische Hetze gewöhnte Gruppe der ostjüdischen intellektuellen Flüchtlinge spürte das Herannahen der Dinge, die da kamen, viel intensiver und eher als die deutschen Juden, die gleich ihren nichtjüdischen Mitbürgern weder ahnten noch verstanden, welche unheimlichen Kräfte von der nationalsozialistischen Demagogie ausgelöst wurden. Die Abwanderung nach dem Westen erfaßte immer weitere Kreise. Den Arbeitern, die begannen, folgten die Intellektuellen. Die sozialen Welt-Organisationen lösten ihre Büros in Berlin auf und zogen nach Paris. Zeitschriften gingen ein und Verlage wurden aufgelöst, da das deutsche Buchgewerbe im Export nach dem Osten nicht mehr konkurrenzfähig war. So geschah es, daß nach kaum einem Jahrzehnt der Arbeit und der Betätigung in Deutschland die Wanderung der jüdischen Intelligenz nach neuen Ländern begann. Eine Periode reger jüdischer Tätigkeit fand damit ihr Ende.

Vierter Teil

VON FÜRSORGE ZUR SOZIALPOLITIK

Kapitel I

Jüdische Flüchtlinge als internationales Problem

Die Ansammlung größerer Massen von Ostjuden in dem zusammengebrochenen Deutschland während der ersten Nachkriegsjahre war zum Teil eine Folgeerscheinung der Beschränkungen der jüdischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, die im Jahre 1922 in Kraft traten und im Jahre 1924 noch weiter verschärft wurden.

Die jüdische Bevölkerung der osteuropäischen Länder war in dem Jahrzehnt, das dem ersten Weltkrieg voranging, auf eine durchschnittliche jährliche Auswanderung von ca. 150 000 Menschen eingestellt. Der Krieg verminderte diese so sehr, daß in den Jahren 1915–1920 kaum 30 000 Menschen jährlich auswandern konnten. In diesen sechs Jahren allein wurde also die Auswanderung von 600 000–700 000 Juden verhindert. Im Jahre 1921, dem letzten der freien Einwanderung, wanderten noch 120 000 Ostjuden in Amerika ein. Von da ab, bis 1924, waren es 50 000 jährlich und nachher, als die Beschränkungen verschärft wurden, nur noch 10 000–11 000 im Jahr.

Die Stauung der von den Beschränkungen der Einwanderung nach Amerika überraschten Massen, die unter dem Druck der Verhältnisse in den neuen Staaten des Ostens, der Verfolgungen und

Pogrome, zur Auswanderung gezwungen wurden, und nun an der Weiterwanderung behindert waren, blieb nicht auf Deutschland begrenzt. Sie erstreckte sich über ganz Westeuropa und wurde zu einem schwierigen internationalen Problem, das nur im Zusammenwirken mit den großen jüdischen und internationalen Organisationen einer Lösung nähergebracht werden konnte. Die Leitung des Arbeiterfürsorgeamtes erkannte sehr bald den internationalen Charakter des jüdischen Flüchtlingsproblems und war unausgesetzt bemüht, in Zusammenarbeit mit den großen jüdischen Organisationen wie dem „Joint“, der „ICA“, der „Jüdischen Welthilfskonferenz“ und dem „Vereinigten Komitee für Jüdische Auswanderung“ (Emigdirect) den gestrandeten Emigranten und Flüchtlingen die Weiterwanderung zu ermöglichen. Dank dieser Bemühungen und infolge der Beruhigung, die im Osten eintrat, gelang es allmählich, die zusammengeballte Masse der Flüchtlinge aufzulockern und ihre Weiterwanderung aus Deutschland zu beschleunigen. Die Zuwanderung aus dem Osten hörte auch in den kommenden Jahren nicht auf, blieb aber von 1924 an hinter dem Umfang der Weiterwanderung zurück.

Zunächst einmal aber hatte das in einer Zeit schwerster allgemeiner Notlage entstandene Arbeiterfürsorgeamt sich mit den Schwierigkeiten und Problemen des besonders schweren Jahres 1919 auseinanderzusetzen. Nach dem verlorenen Krieg hatten die Kämpfe zwischen Reaktion und Demokratie, die steigende Arbeitslosigkeit und die fortschreitende Geldentwertung Deutschland in seinen Grundfesten erschüttert und seiner Bevölkerung schwere Sorgen aufgebürdet. Die früher herrschenden Klassen, die das Volk in diese verhängnisvolle Lage gebracht hatten, begannen sich wieder zu sammeln. Das Vorhandensein eines Sündenbocks, auf den die Aufmerksamkeit der darbenden Massen abgelenkt und die steigende Wut gerichtet werden konnte, war für die Reaktion eine wichtige Voraussetzung in ihrem Kampfe um die Wiedergewinnung der durch die Revolution verlorenen Positionen.

Wie immer waren es die Juden, insbesondere die ausländischen,

die dazu herhalten mußten. Alle Schuld an Deutschlands Zusammenbruch wurde ihnen zugeschoben. Sie wurden verantwortlich gemacht für das Treiben einer kleinen Zahl von unlauteren Elementen unter ihnen, die in dieser Periode eines allgemeinen moralischen Tiefstandes sich zu bereichern versuchten. In einem Teil der Presse, in Versammlungen und Demonstrationen wurde gegen Ostjuden gehetzt und ihre Vertreibung aus Deutschland gefordert. Das Arbeiterfürsorgeamt setzte alles ein, um dieser beängstigenden Hetze entgegenzuwirken. Es wandte sich dabei auch an Professor *Albert Einstein* mit der Bitte um Hilfe. *Einstein* reagierte sofort und erhob Ende Dezember 1919 seine Stimme in einem Artikel im Berliner Tageblatt, in welchem er darauf hinwies,

„... daß das ruhige Urteil durch die starken antisemitischen Instinkte getrübt und gleichzeitig auch die Methode gewählt wird, durch Einwirkung auf die Stimme des Volkes, die Aufmerksamkeit von den wahren Ursachen der allgemeinen Notlage abzuwenden...“

Dieser Artikel *Einsteins* – wohl sein erstes öffentliches Hervortreten in jüdischen Angelegenheiten – erregte sowohl in Deutschland als auch im Ausland großes Aufsehen. Er wurde in der ganzen Weltpresse nachgedruckt und warnte die Deutsche Republik vor den Folgen einer solchen Hetze zu einer Zeit, in der Deutschland auf den guten Willen der Welt angewiesen war. Die Regierung verstärkte zwar ihre Bemühungen, offene Ausschreitungen zu verhindern, machte aber doch den antisemitischen Hetzern gewisse Konzessionen. Dies wurde deutlich durch eine Rede des Innenministers in der Sitzung des preußischen Landtags vom 16. 12. 1919, in der er sich gegen die Forderung der Ausweisung von Ostjuden wandte und dabei erklärte, daß er nicht bereit sei, die geflüchteten Ostjuden dem Messer der polnischen und russischen Schergen auszuliefern. Er erwäge jedoch Ausweisungen aus den Großstädten und Schaffung von Konzentrationslagern für unerwünschte Ausländer.

Die Reaktion, die sich trotz des mißlungenen Kapp-Putsches stark genug glaubte, bewirkte es, daß sich von März 1920 ab wieder Razzien, Massenverhaftungen und Mißhandlungen von Ostjuden

in Berlin ereigneten. Am 16. März forderte General *von Seeckt* in einem Memorandum an die preußische Regierung die Internierung aller in Berlin befindlichen Ostjuden. Am 27. März verhaftete die Sicherheitswehr auf seine Veranlassung auf Grund des Belagerungszustandes im Norden Berlins 250 völlig unschuldige Ostjuden, darunter auch solche, die in Deutschland geboren waren, und verschleppte sie in ein Militärlager. Im Mai fanden weitere Razzien und Mißhandlungen statt, gegen die das Arbeiterfürsorgeamt bei der Regierung energischen Einspruch erhob. Am 23. April machte die bayerische Regierung den Versuch, sämtliche Ostjuden, die sich nach 1914 in Bayern niedergelassen hatten, etwa 5000 Menschen, innerhalb von wenigen Tagen auszuweisen. Weitere Festnahmen und Ausweisungen von Ostjuden folgten in Oberschlesien; in Kattowitz wurden im August 1920 ca. 800 polnisch-jüdische Flüchtlinge festgenommen und ohne weiteres Verfahren über die Grenze geschoben. Es bedurfte größter Anstrengungen des Arbeiterfürsorgeamtes bei der interalliierten Kommission und der Intervention von *Nachum Sokolow* vom „Komitee der jüdischen Delegationen“ in Paris bei General *Le Rond*, dem Chef der Kommission, die für die Regierung in Oberschlesien verantwortlich war, um die Durchführung dieser Maßnahmen zu verhindern. Geschehnisse dieser Art ereigneten sich mit großer Häufigkeit in ganz Deutschland.

Zu Beginn des Jahres 1921 verschlechterte sich die politische Lage weiter in erheblichem Maße. Am 23. Januar kündigte der preußische Minister des Innern im Landtag an, daß die mit seinem Erlaß vom 17. 11. 1920 vorgesehene Internierung unerwünschter Ausländer in Konzentrationslagern nunmehr erfolgen werde. Am 26. Februar wurde die Verfügung in Kraft gesetzt. Monate vorher, seitdem die drohende Internierung von Regierungsseite erwähnt worden war, hatte das Arbeiterfürsorgeamt mit den Behörden verhandelt, um sie von der Zwecklosigkeit einer solchen Maßnahme zu überzeugen. In den Verhandlungen wurde auch über einen Vorschlag des Fürsorgeamtes beraten, ein großes, unter Verwaltung des Fürsorgeamtes stehendes Barackenlager zu errichten, in dem beschäftigungslose Arbei-

ter wohnen sollten. Im Lager sollten Arbeitsmöglichkeiten für mehrere tausend Menschen geschaffen werden. Hauptbedingung des Fürsorgeamtes war, daß der Aufenthalt in diesem Lager freiwillig sein sollte, und daß kein polizeilicher Zwang im Lager herrschen dürfe. Dem wollte die Regierung nicht zustimmen, da sie vor allem der jüdenfeindlichen Stimmung in der Bevölkerung Rechnung zu tragen bestrebt war. Die Verhandlungen des Arbeiterfürsorgeamtes verzögerten zwar die Durchführung der Internierung, konnten sie aber nicht verhindern.

Um dieselbe Zeit beabsichtigte die Regierung, mit dem Heimtransport der noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen, die während der Revolution als freie Arbeiter aus den Lagern entlassen worden waren, zu beginnen. Unter diesen ehemaligen Kriegsgefangenen befanden sich mehrere tausend Juden, die nicht die Absicht hatten, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Auch diese Frage, in der es schließlich gelang, eine weitgehende Milderung der Regierungsabsichten zu erreichen, hatte arge Beunruhigung im Arbeiterfürsorgeamt hervorgerufen und seinen leitenden Mitarbeitern eine kaum zu bewältigende Arbeitslast und Verantwortung aufgebürdet. Daß die Lage der Ostjuden im Frühling des Jahres 1921 sich erheblich verschlechterte, hing zum Teil mit der Änderung in der preußischen Regierungskoalition zusammen. Die sozialdemokratische Partei schied aus der Regierung aus, und anstelle des Sozialdemokraten *Severing* wurde das Mitglied der Demokratischen Partei *Dominicus* Minister des Innern. Unter seiner Ägide erfolgte nun die Internierung unerwünschter Ausländer in den zu diesem Zweck errichteten Konzentrationslagern in Stargard und Cottbus. Die Durchführung dieser Aktion verlief, wie das Arbeiterfürsorgeamt es vorausgesehen und vorausgesagt hatte. Anstelle von vorbestraften und unlauteren Elementen wurden fast wahllos unschuldige Menschen, die zufällig nicht im Besitz von Ausweispapieren waren, von der Straße weg verhaftet und in die Lager verschleppt. Sehr bald häuften sich beim Arbeiterfürsorgeamt die Hilferufe der Internierten und ihrer Angehörigen, nicht nur, weil sie nicht

wußten, warum sie in den Lagern festgehalten wurden, sondern vor allem, weil die Behandlung von äußerster Brutalität war. Hierüber berichtete das Organ der „Poale Zion“⁵⁸ am 1. 6. 1921 unter der Überschrift „Hölle Stargard“ wie folgt:

„... In der Provinz Sachsen werden ostjüdische Arbeiter verhaftet ohne jeglichen Grund, ohne vorherige Ausweisung, entgegen dem Gesetz. Wenn sich die ordnungsgemäß angemeldeten Leute abmelden wollen, verweigert man ihnen die Abmeldung. Und wenn sie ihre Bitte wiederholen, verhaftet man sie. In Berlin, das angeblich von ostjüdischen Verbrechern nur so wimmelt, hat man Menschen von ihrer Arbeitsstelle weg verhaftet, ruhige Leute, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, deren ganzes Verbrechen darin bestand, Ostjuden zu sein.

Im Lager Stargard selbst feiert der altpreußische Kommiß seine höchsten Triumphe. Hier macht sich die erzieherische Wirkung des frisch-fromm-fröhlichen Weltkriegs bemerkbar. Hier regiert die gemeinste Beschimpfung und der Kolben. Es liegen Briefe vor uns, in denen erschütternde Szenen niedergeschrieben sind. Beschimpfungen wie ‚Mistvieh‘, ‚Saujud‘ und ähnliche nicht wiederzugebender Art sind an der Tagesordnung. Der Fraß, der gereicht wird, ist ungenießbar, die Baracken sind überfüllt. Nach 8 Uhr abends darf niemand aus der Baracke. Die Luft ist bei der Hitze und der großen Zahl Eingepferchter in höchstem Maße gesundheitsschädlich. Dauernd werden Internierte krank. Mißhandlungen seitens der Wachmannschaften sind gang und gebe. Zur Zeit liegen mehrere Personen, die mit Kolbensschlägen in der schrecklichsten Weise bearbeitet wurden, im Lazarett. Für ein- und ausgehende Briefe ist eine Zensurstelle eingerichtet.

Vor einigen Tagen brach im Lager Stargard in einer Baracke ein Brand aus. Da die Barackentüren verschlossen waren, wollten die Internierten zum Fenster hinausspringen. Die Wachtposten bedrohten sie daraufhin mit Erschießen. Da inzwischen der Brand einen außerordentlichen Umfang annahm, keine Löschgeräte vorhanden waren, bereits mehrere Personen Brandwunden erlitten hatten, wagten die Unglücklichen, um nicht zu verbrennen, doch den Sprung aus dem Fenster. Der sollte ihnen schlecht bekommen. Die ersten, die heraussprangen, wurden jämmerlich mißhandelt. Anstatt das Feuer zu löschen und den Leuten zu helfen, schlugen die Wachtposten mit Kolben auf die Internierten ein. Das wenige Hab und Gut der Leute, ihre Kleider, Geld,

⁵⁸ Die Jüdische Arbeiterstimme, 1. Jhrg., Berlin, 1. Juni 1921, Nr. 6.

ihre Papiere sind verbrannt. Mehrere Internierte liegen mit schweren Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am folgenden Tag beim Appell, daß bei einem nochmaligen Brande niemand herausspringen würde: ‚Die Juden sollen ruhig verbrennen‘.“

Dieser Bericht, der sich heute wie eine Vorahnung der KZ-Lager der Nazizeit liest, erschien immerhin in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Er wurde von einem sehr großen Teil der Tagespresse nachgedruckt und erregte größtes Aufsehen. Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Frau *Mathilde Wurm*, begab sich sofort ins Lager, um sich von der Richtigkeit der geschilderten Zustände zu überzeugen. Ihr Bericht, der unter der Überschrift „Kulturschande“⁵⁹ veröffentlicht wurde, bestätigte die oben gebrachte Schilderung in jeder Beziehung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten *E. Heilmann* und *Oscar Cohn* nahmen sich dieser Angelegenheit an und machten sie am 15. Juli 1922 zum Anlaß einer großen Debatte im preußischen Landtag, in deren Verlauf der angegriffene Minister des Innern *Dominicus* zugeben mußte, daß die frühere Regierung die Internierung gegen die Stimme seines Vorgängers, des Ministers *Severing*, verfügt hatte, und

„daß in der Art der Durchführung Mißstände vorgekommen sind, die ich auf das Lebhafteste bedaure, und die ich am 1. Tage, wo ich davon gehört habe, mit aller Energie bekämpft und abgestellt habe. Ich darf in dieser Beziehung darauf hinweisen, daß ich die betreffenden Beamten, die ihre Pflicht der Bewachung dort vernachlässigt haben, sofort rücksichtslos aus dem Dienst entlassen habe.“⁶⁰

Der Minister teilte des weiteren mit, daß er neue Verfügungen erlassen habe, die Übergriffe bei der Durchführung der Internierung vermeiden und Mißstände in den Lagern verhindern sollten.

Der Kampf des Arbeiterfürsorgeamtes um die völlige Auflösung der Internierungslager mußte noch geraume Zeit weitergeführt werden. Allerdings wurde nach Rückkehr der Sozialdemokratie in die Regierung und *Severings* in das Ministerium des Innern mit dem Er-

⁵⁹ *Mathilde Wurm*, Kulturschande. Die Jüdische Arbeiterstimme, 1. Jhrg., Berlin, 5. Juli 1921, Nr. 8/9.

⁶⁰ Preußischer Landtag, 41. Sitzung am 15. 7. 1921, Spalte 28/30.

laß vom 23. 8. 1923 IV b, 5671 die Internierung ausdrücklich nur auf Vorbestrafte und staatsfeindliche Elemente beschränkt. Am 14. 12. 1923 wurde mit Verfügung IV b 5881 des preußischen Ministers des Innern die Internierung von ausgewiesenen Ausländern aufgehoben.

Kapitel II

Die Denkschrift der Reichsregierung vom 30. III. 1922

Die Internierungsaktion sowie die Vorfälle in den Lagern Stargard und Cottbus, so leidvoll sie sich auch für die Betroffenen auswirkten, waren jedoch nicht viel mehr als besonders peinliche Episoden in dem Leben der ostjüdischen Arbeiter während der Nachkriegsjahre. Hatte man nach aufreibenden Anstrengungen schließlich einige Übergriffe abgestellt, ergaben sich sehr bald neue Vorfälle, die wiederum ein Eingreifen des Arbeiterfürsorgeamtes notwendig machten. In den Jahren 1921–1925 gab es kein Jahr, in dem die Frage der Ostjuden nicht Gegenstand erregter Debatten im preußischen Landtag und im Reichstag gewesen war.

Eine der Streitfragen, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Problem der Ostjuden und Ausländer wiederholt behandelt wurde und die zu heftigen Auseinandersetzungen im preußischen Landtag und im Reichstag führte, war die Zahl der verschiedenen Ausländer in Deutschland. Der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, legte schließlich am 30. 3. 1922 dem Reichstag eine „Denkschrift über die Ein- und Auswanderung nach bzw. aus Deutschland in den Jahren 1910–1920“ vor⁶¹. In dieser wurde im Kapitel IV b unter der Überschrift „Ostjuden“ folgendes dargelegt:

„Auch die Zahl der eingewanderten Ostjuden läßt sich nicht genau ermitteln, weil mangels einer Feststellung des Glaubensbekenntnisses bei der Einwanderung die Unterlage für ihre Aussonderung aus der Zahl

⁶¹ Denkschriften des Deutschen Reichstags 1922, Nr. 8, S. 8 (Berlin).

der übrigen Einwanderer aus ihrem Heimatlande fehlt, und weil ferner ein großer Teil von ihnen ebenso wie bei allen übrigen Einwanderern der amtlichen Feststellung sich bei der Einwanderung überhaupt entzogen hat. Versuche, die Zahl der ostjüdischen Einwanderer durch eine Umfrage bei einer Anzahl von deutschen Städten zu erfassen, sind gescheitert. Es konnte sonach nur eine rohe Schätzung der Zahlen der ostjüdischen Einwanderer vorgenommen werden. Die nachstehenden Angaben beruhen auf einer Darstellung des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, wobei hervorgehoben sei, daß diese Organisation sich in einer Hauptstelle und 19 haupt- und nebenamtlich besetzten Zweigstellen in Deutschland ausschließlich mit der Betreuung der ostjüdischen Arbeiter befaßt.

Das Arbeiterfürsorgeamt geht davon aus, daß im Jahre 1914 sich 45 000–50 000 ostjüdische Arbeiter in Deutschland befanden, da sich ihre Zahl infolge der seit der russischen Revolution des Jahres 1905 einsetzenden Rückwanderung vermindert hat. Zu dieser Zahl sind während des Krieges und in der Nachkriegszeit 100 000 bis 105 000 ostjüdische Arbeiter hinzugekommen. Davon sind 30 000 während des Krieges eingewandert. Diese sind aber nach der Darstellung des Arbeiterfürsorgeamtes nicht alle in Deutschland geblieben; es hat im Gegenteil in der Nachkriegszeit eine nicht unbeträchtliche Abwanderung stattgefunden, und zwar:

Rückwanderung nach dem Osten 1920/21	12 000
Auswanderung nach Amerika über Danzig	15 000
Auswanderung nach Amerika über französische und belgische Häfen	15 000
Auswanderung in die westlichen Industrieländer	5 000
	<hr/>
	47 000

Von den während des Krieges und in der Nachkriegszeit eingewanderten ostjüdischen Arbeitern sind demnach etwa 55 000 in Deutschland geblieben. Es handelt sich dabei, wie gesagt, um die vom Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands betreuten Arbeiter, nicht aber um die sonst noch nach Deutschland eingewanderten Ostjuden, die sich, wie das Arbeiterfürsorgeamt in seinen Ausführungen selbst hervorhebt, auch dessen Kontrolle entziehen. Daß Ostjuden in zum Teil beträchtlichem Umfang die Meldepflicht nicht erfüllen, hat eine bei über 20 deutschen Städten veranlaßte Umfrage im wesentlichen bestätigt. Eine Schätzung ihrer Zahl ist außerordentlich schwer.

Das Arbeiterfürsorgeamt nimmt an, daß etwa 10 % der eingewanderten Ostjuden sich der Kontrolle und damit der Zählung entzogen haben.

Was die vom Arbeiterfürsorgeamt gemachten Einzelangaben anbelangt, so entziehen sich auch diese einer Nachprüfung. Das preußische Ministerium des Innern nimmt die Zahl der seit dem Weltkrieg und seit der Staatsumwälzung nach Deutschland eingewanderten Ostjuden mit 70 000 an, eine Angabe, die mit derjenigen des Arbeiterfürsorgeamtes übereinstimmt. Was die Wiederauswanderung der Ostjuden anbelangt, so sind die vom Arbeiterfürsorgeamt angegebenen Zahlen ebenfalls nicht nachzuprüfen. Daß jedoch eine Wiederauswanderung tatsächlich stattgefunden hat, geht aus den Berichten einer ganzen Anzahl von Städten hervor.“

An den oben wiedergegebenen Ausführungen der Denkschrift ist die Tatsache interessant, daß der Reichsminister des Innern offenbar nicht in der Lage war, von sich aus genügendes Material über die Zahl der Ostjuden vorzulegen und sich deshalb der Angaben des Arbeiterfürsorgeamtes, also einer privaten Fürsorgeorganisation, bedienen mußte. Allerdings hatte sich diese Stelle in der jüdischen und allgemeinen Öffentlichkeit so sehr durchgesetzt, daß sie überall als maßgeblich in dieser Frage anerkannt wurde.

Das zahlenmäßige Endergebnis beruhte auf Angaben aus den Jahren 1920/21 und war zur Zeit, als die Denkschrift dem Reichstag zugeleitet wurde, März 1922, überholt, denn Deutschland hatte nicht nur eine Zuwanderung von Ostjuden, sondern auch, wie in der Denkschrift angedeutet wurde, eine erhebliche Abwanderung zu verzeichnen, die von Jahr zu Jahr immer mehr zunahm. Bereits im Jahre 1922 waren von den vom Jüdischen Arbeitsamt in das rheinisch-westfälische Industriegebiet gebrachten Arbeitern viele nach dem Westen weitergewandert. Diese Abwanderung, namentlich in das Wiederaufbaugesamt von Nordfrankreich, verstärkte sich infolge der Besetzung des Rheinlandes im Frühjahr 1923 sehr erheblich. Die Arbeiterschaft des Industriegebietes trat in den lang dauernden und schweren Streik gegen die Besetzung ein. Während ein Teil der nichtjüdischen ausländischen Arbeiter sich an dem Streik nicht beteiligte, stellten sich die ostjüdischen Arbeiter an die Seite

der streikenden deutschen Arbeiter. Die Bereitschaft ihrer Solidarität während des Streiks fand in dem Aufruf, der vom Zentralkomitee der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland und dem Verband der Arbeiterheime am 1. Mai 1923 erlassen wurde, ihre Begründung (Materialien C*)⁶².

Der Aufruf ist ein in vielerlei Hinsicht interessantes Dokument. Er zeigt, wie sehr die ostjüdischen Arbeiter an dem politischen Geschehen der Zeit beteiligt waren, und wie weitgehend sie sich mit ihren deutschen Arbeitskollegen und deren politischen Interessen identifizierten, eine Identifizierung, die nur aus der Zeit und dem Verhalten der deutschen Arbeiter zu ihren jüdischen Kollegen verstanden und beurteilt werden kann.

Dabei handelte es sich nicht um eine ideelle Erklärung, aus der keine Folgerungen zu ziehen waren, sondern um ein schweres Opfer, das jeder einzelne Arbeiter, der sich am Streik beteiligte, auf sich nahm. Die Entbehrungen der jüdischen Arbeiter waren womöglich schwerer als die der streikenden deutschen Arbeiter, denn diese wurden während des Streiks von der Regierung und den Gewerkschaften betreut, während die ausländischen jüdischen Arbeiter aus formalen Gründen von der Fürsorge der „Ruhrhilfe“ lange Zeit ausgeschlossen blieben. Dies hatte auch zur Folge, daß die ostjüdischen Arbeiter die Dauer des Streiks nicht durchhalten konnten. Da sie nicht Streikbrecher werden wollten, sahen sie sich nach einiger Zeit gezwungen, das Industriegebiet zu verlassen und ihren Freunden zu folgen, die schon früher nach Nordfrankreich abgewandert waren.

Das Arbeiterfürsorgeamt unterstützte die Abwanderung der Arbeiter in der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten noch lange in Deutschland vorherrschen würden. Auch im Hinblick darauf, daß das Fürsorgewerk beim Verbleiben der Arbeiter enorme Kosten hätte aufbringen müssen, half es ihnen, Deutschland in geordneter Weise zu verlassen.

* Siehe Anhang I, S. 161.

⁶² Unsere Bewegung, 3. Jhrg., Berlin, 1. Mai 1923, Nr. 5.

Die Versuche des Arbeiterfürsorgeamtes, die zentralen jüdischen Organisationen Frankreichs an einer geregelten Überführung der Arbeiter aus Deutschland nach Frankreich zu interessieren und eine dem Arbeiterfürsorgeamt ähnliche Organisation in Frankreich zu schaffen, scheiterten an der Kurzsichtigkeit dieser Organisationen. Die Not der Arbeiter jedoch überwand die Unwilligkeit der französischen jüdischen Organisationen und bewirkte es, daß von den 15 000 ostjüdischen Arbeitern, die sich zu Ende des Jahres 1922 in Rheinland-Westfalen befunden hatten, bis Anfang 1924 fast alle bis auf wenige Hunderte die französische Grenze überschritten hatten. Diese Arbeiter kamen nach Frankreich bereits mit den Kenntnissen, die sie sich in der deutschen Industrie angeeignet hatten, und fanden daher bald Beschäftigung bei dem Wiederaufbau der französischen Industrie. Die Anfänge der neuen jüdischen Siedlungen, die in Nordfrankreich, Elsaß und Lothringen nach dem Kriege entstanden, waren im wesentlichen das Resultat der Abwanderung der ostjüdischen Arbeiter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Kapitel III

Die Aufgabe des Arbeiterfürsorgeamtes und die neue Generation jüdischer Sozialarbeiter

In der hektischen Atmosphäre der ersten Jahre seiner Tätigkeit wuchs das Arbeiterfürsorgeamt aus bescheidenen Anfängen zu einer weit verzweigten und bedeutenden Organisation, die sowohl von den deutschen Juden als auch von den deutschen Regierungsbehörden als offizielle Vertretung der Ostjuden anerkannt wurde. Im Hinblick auf den täglich wachsenden Parteienverkehr im Fürsorgeamt stellte die jüdische Gemeinde Berlin diesem ein Gebäude in der Auguststraße 14–17 zur Verfügung. Die Durchreisekommission der Gemeinde, die bisher die Ostjuden betreute, wurde dem Arbeiter-

fürsorgeamt räumlich und sachlich angegliedert, wodurch eine weitere Vereinheitlichung der Ostjudenfürsorge in Berlin erreicht wurde.

Da auch das Jüdische Arbeitsamt in demselben Haus untergebracht wurde, bildete der Gebäudekomplex in der Auguststraße 14 das Zentrum der Ostjudenfürsorge für Berlin und für ganz Deutschland. Unabhängig vom Arbeiterfürsorgeamt, aber von diesem besonders gefördert, entstand im Jahre 1920 in der Auguststraße das „Kinderheim Ahava“ unter der Leitung von *Beate Berger* (Schwester von *Alfred* und *Julius Berger*), das zu einer mustergültigen Institution wurde. Die „Ahava“ war auf dem Gebiete der Kinderfürsorge eine notwendige Ergänzung des Arbeiterfürsorgeamtes, auf dessen Anregung sie sich der vielen Voll- und Halbweisen annahm, die im Strome der Flüchtlinge mitgekommen waren und deren Unterbringung zusammen mit Erwachsenen im Flüchtlingsheim vermieden werden sollte. Ferner befand sich dort die von dem zionistischen Kinderarzt Dr. *Hermann Stahl* und einigen jungen Menschen ins Leben gerufene „Jüdische Kinderhilfe“. Ihr oblag die medizinische Fürsorge für die Kinder der Flüchtlinge und für die jüdischen Kinder des Berliner Nordens. Sie war der Anfang, aus dem sich die jüdische Familienfürsorge entwickelte, die später vom Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde in großem Maßstabe ausgeübt wurde.

Die Bewältigung des enormen Ansturms hilfsbedürftiger, gehetzter und verängstigter Menschen auf die „Auguststraße“ erforderte einen großen Apparat, und zwar mußten es Menschen sein, die bereit waren, sich für diese Arbeit voll einzusetzen. Man brauchte in Berlin und der Provinz Juristen für den Rechtsschutz und für die Besorgung von Legitimationspapieren, Volkswirte für die Arbeitsvermittlung, Verwalter für das Flüchtlingsheim und für die Herbergen in der Provinz, Personal für Küchen, Jugendpfleger und Kindergärtnerinnen. All diese Menschen in kurzer Zeit zu finden, war keine leichte Aufgabe. Aber sie waren da, sie kamen in jeder Zahl aus der Helferschaft und aus der Jugend des Volksheims, aus den

Kreisen der zionistischen Studentenschaft und aus den Reihen der Arbeiter und Flüchtlinge. Alle kamen aus dem in der jüdischen Jugend wachgewordenen Bedürfnis, nationale Volksarbeit zu leisten, sich in den Dienst einer großen sozialen jüdischen Aufgabe zu stellen. Für viele dieser Menschen, die teils ohne eine Entlohnung ganztägige Arbeit leisteten, teils es gegen geringen Lohn taten, war die Tätigkeit in der „Auguststraße“ der Beginn einer lebenswichtigen Berufsentscheidung. Mit ihnen begann eine neue Generation in der jüdisch-sozialen Arbeit Deutschlands. Diese Arbeit an den Flüchtlingen wurde im Laufe der Zeit eine ausgezeichnete praktische Schulung, aus der eine große Anzahl führender jüdischer Sozialarbeiter hervorgegangen ist. Die Erfahrungen, die sie in der „Auguststraße“ gesammelt hatten, befähigten sie dazu, sich an der Umgestaltung und Fortentwicklung der Sozialarbeit in Deutschland zu beteiligen und rüsteten sie für die spätere entscheidende Mitarbeit am Aufbau der sozialen Arbeit in Israel aus.

In den von Spannungen und Sorgen erfüllten Tagen des Jahres 1921 schied der Generalsekretär des Arbeiterfürsorgeamtes, *Fritz Mordechai Kaufmann*, aus dem Leben. Er starb am 2. März im Alter von 33 Jahren.

Der plötzliche Tod dieses einzigartigen Menschen, der in der kurzen Spanne eines Jahres aus dem Nichts ein weit verzweigtes und völlig neuartiges Institut für die Regelung und Einordnung der ostjüdischen Einwanderung geschaffen hatte, traf die Schar seiner jungen Mitarbeiter überaus schwer. *Kaufmann* hatte sie alle herangeholt und aus Menschen verschiedener Herkunft eine Gemeinschaft geschaffen, die der Fürsorgearbeit ihren jüdischen und nationalen Charakter gab. Alle standen sie unter dem starken Einfluß seiner überragenden Persönlichkeit. Es schien kaum möglich, das Arbeiterfürsorgeamt ohne ihn weiterzuführen. In dem Nachruf seiner Mitarbeiter, der im 2. Heft der bereits erwähnten Schriften des Arbeiterfürsorgeamtes enthalten ist, findet die Trauer, die sie erfüllte, und der Beschluß, sein Erbe weiterzutragen, Ausdruck:

„In dem letzten und höchsten Stadium seiner Entwicklung begann *Kaufmanns* Tätigkeit am Arbeiterfürsorgeamt. Er liebte sein Volk weder als bloßen Begriff, noch als bloße Masse. Vielmehr als Organismus, der in Geist und Gliedern in gleicher Weise lebt. So konnte er, in dem Kräfte des Erkennens und des Handelns in glücklicher Harmonie entfaltet waren, mit der Pflege der feinsten geistigen Werte der Judenheit die Hilfe verbinden, die er ihren wunden und bedrohten Gliedern erwies. Unser Amt empfing von ihm seinen Charakter und erfuhr durch ihn Kräftigung und Ausbau. Als er starb, waren sein Wesen, sein Leben und die Art seiner sozialen und kulturellen Tätigkeit in sich so einheitlich vollendet, wie es Menschen nur irgend vergönnt sein kann. Diese Tätigkeit selber indessen war erst begonnen. Es ist niemand da, der ihn ersetzen, der seine Arbeit in seiner ganzen Breite als Einheit fortführen könnte. In einem ihrer Bezirke, dem sozialen, konnten wir unter seiner Leitung an dieser Arbeit teilnehmen. Nun, da wir ihn entbehren müssen, bleibt uns kein anderer Ausdruck für unsere Dankbarkeit und Liebe, als diesen Bezirk in seinem Geiste weiterhin zu hüten, sein Werk so fortzusetzen, als müßten wir gewärtig sein, vor ihm selber Rechenschaft abzulegen über dieses an uns gefallene Teil seines Erbes.“

Die Erschütterung, die das Arbeiterfürsorgeamt durch den Tod seines Generalsekretärs erlitten hatte, versuchte man durch eine personelle Umstellung zu überwinden. In einem internen Bericht des Arbeiterfürsorgeamtes vom Mai 1921 heißt es hierüber: „Es gelang nach verschiedenen Verhandlungen im Präsidium des Arbeiterfürsorgeamtes, in dem die Vertreter der großen Organisationen erneut einhellig ihre Ansicht dahin aussprachen, daß die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, das Sekretariat so zu besetzen, daß Dr. *Werner Senator* und Herr *Alfred Berger* in Gemeinschaft die politischen Geschäfte weiterführen, während Fräulein *Dora Weigert* und Herr *S. Adler-Rudel* die Leitung der örtlichen sozialen Hilfstätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes in Berlin übernehmen.“

Gleichzeitig mit der Änderung der Verwaltung des Arbeiterfürsorgeamtes trat auch eine Änderung in der Zusammensetzung seines Präsidiums ein, indem an Stelle *Alfred Bergers*, der als Vertreter der Arbeitergruppen gewählt war und nun als beamteter Mitarbeiter in

das Sekretariat eintrat, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. *Oscar Cohn* für die Arbeitergruppen gewählt wurde. Für die jüdische Gemeinde Berlin trat *Eugen Caspary*, der Vorsitzende der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und spätere Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes der Gemeinde, ein. Der Vorsitzende, Dr. *Bernhard Kahn*, dem das Arbeiterfürsorgeamt überaus viel zu danken hatte, mußte den Vorsitz niederlegen, da ihn seine Tätigkeit als Direktor des „Joint“ in Europa völlig in Anspruch nahm. Dr. *Paul Nathan* erklärte sich bereit, an seiner Stelle an den Arbeiten des Präsidiums als Sachverständiger teilzunehmen. Als geschäftsführender Vorsitzender fungierte bis 1923 Dr. *Siegfried Moses*.

Die hier angedeuteten Veränderungen, die nach mühevollen Verhandlungen erreicht werden konnten, bedeuteten mehr als personelle Verschiebungen. *Alfred Berger*, der beruflich in die Arbeit trat, war mit dem Arbeiterfürsorgeamt seit dessen Entstehung und mit den ostjüdischen Arbeitern seit dem Kriege verbunden. Gleich seinem älteren Bruder *Julius Berger* kam er aus der zionistischen Bewegung; wie dieser war er ein kämpferischer und rebellierender Mensch mit einem stark ausgeprägten Gefühl für soziale Notstände, die ihn schon in seiner Jugend in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geführt hatten. Während des Krieges kam er nach Polen, wo die Begegnung mit der jüdischen Bevölkerung zu seinem stärksten jüdischen Erlebnis wurde und den weiteren Verlauf seines allzu kurzen Lebens bestimmte. Er wurde Mitarbeiter seines Bruders in der Leitung der jüdischen Abteilung der deutschen Arbeiterzentrale in Warschau, an deren Leistung und Entwicklung er erheblichen Anteil hatte. Vom Kriege heimgekehrt, spielte er während der Revolution und einige Zeit nach dieser eine Rolle in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wandte sich aber bald ganz jüdischen Angelegenheiten zu. Als einer der ersten deutschen Juden, die sich völlig mit dem Ostjudentum identifizierten, schloß er sich der anfänglich nur von ostjüdischen Arbeitern in Deutschland begründeten Partei „Poale Zion“ an und war für lange Zeit ihr eigentlicher Führer. Er hatte tätigen Anteil an den

Verhandlungen, die zur Gründung des Arbeiterfürsorgeamtes führten, und brachte eine unbändige Energie in seine neue Tätigkeit mit. Die weitere Entwicklung des Arbeiterfürsorgeamtes und die Neuformung der jüdischen sozialen Arbeit in Deutschland, die aus dieser erwuchs, waren in vielerlei Hinsicht das Ergebnis seiner Mühe und Arbeit.

Auch für *Oscar Cohn*, der nun als Vertreter der Arbeitergruppen unmittelbar im Arbeiterfürsorgeamt mitarbeitete, waren die Aufgaben, mit denen man sich hier befaßte, nicht neu. Er gehörte zu den wenigen jüdischen Politikern der Sozialdemokratie, die stets bereit waren, für ihr Judentum einzustehen und jedem Unrecht, das man Juden zufügen wollte, entgegenzutreten. Wenn dies auch zunächst nur seinem stark ausgeprägten Gefühl für Gerechtigkeit entsprang, so hatte ihn doch die Beschäftigung mit diesen Fragen im Reichstag und im Landtag, wo seine Reden sich durch den besonderen Mut auszeichneten, mit dem er sich zum jüdischen Volke bekannte, immer mehr an dieses herangezogen. Seine Mitgliedschaft im Präsidium des Arbeiterfürsorgeamtes war jedoch die erste Gelegenheit, sich im jüdischen Leben aktiv zu betätigen. Es war ein erster Schritt, der auch ihn bald in die Reihen der „Poale Zion“ führte. Als erster Vertreter dieser Partei kam er auch in die Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin, wo er zu dem entschiedensten Vorkämpfer einer produktiven Fürsorge der Jüdischen Gemeinde wurde.

Aus einer völlig anderen Welt kam *Eugen Caspary*. Er entstammte dem jüdischen Bürgertum und war vielfach in den zahlreichen Institutionen und Organisationen des deutschen Judentums tätig gewesen. Sein Interesse an der Sozialarbeit begann im Kreise der „Bne Briss Logen“ und brachte ihn in die Schlüsselstellung, die er ein Jahrzehnt lang in der jüdischen Wohlfahrtsarbeit Deutschlands einnahm. Dieser zutiefst bürgerliche Mann trat nur zögernd mit Ostjuden in Berührung. Als er ihre sozialen Probleme kennenlernte, beherrschten ihn noch die Ideen traditioneller jüdischer Wohltätigkeit. Aber er wandte sich nicht gegen die neuen Kräfte, die sich

im Wandel der Zeit im deutschen Judentum immer mehr geltend machten. Er verstand den starken nationalen Impuls, der die jüdische Jugend zur Arbeit an Ostjuden und überhaupt zu neuer sozialer Arbeit führte. Er ahnte, daß sich in dieser Jugend wertvolle Kräfte für die jüdische Gemeinschaft vorbereiteten, und wurde allmählich dafür gewonnen, bei der Erneuerung der jüdisch-sozialen Arbeit, die von der nationalen Jugend angestrebt wurde, mitzuhelfen, selbst wenn dies zuweilen das Zerschlagen hergebrachter Formen bedeutete. Er war kein einfacher Mann und nicht leicht zu behandeln. Aber er wurde ein guter Weggefährte der jungen Generation, als von der „Auguststraße“ her der Angriff auf die veraltete jüdische Philanthropie begann.

So verschiedenartig waren die drei Menschen, die von nun ab zusammen mit den anderen Mitgliedern des Präsidiums die Verantwortung für das Geschick der Ostjuden in Deutschland zu tragen hatten. Sie begannen ihre Arbeit in einer besonders kritischen Zeit.

Weitere Veränderungen in der Geschäftsführung traten ein, als Dr. *Werner Senator* zu Ende des Jahres 1922 das Fürsorgeamt verließ, um in die Direktion der Flüchtlingsarbeit des „Joint“ einzutreten. Dr. *Dora Weigert* schied aus persönlichen Gründen um die gleiche Zeit aus; sie wurde in der Führung der Abteilung für soziale Arbeit durch Fräulein *Regina Schächter* (zur Zeit beim Wohlfahrtsministerium in Israel tätig) ersetzt. *Alfred Berger*, der bis zum Ende des Jahres 1923 Generalsekretär war, folgte einem Ruf in das Direktorium des Keren Hayessod für Deutschland. *S. Adler-Rudel*, der bis dahin die Leitung des Berliner Büros innehatte, wurde am 1. 1. 1924 mit der Geschäftsführung des Arbeiterfürsorgeamtes betraut.

Die Änderung und Neuverteilung der umfangreichen Arbeitsgebiete des Arbeiterfürsorgeamtes, die im Jahre 1924 durch die oben erwähnte Entwicklung notwendig wurde, konnte im Hinblick auf die Zahl der Menschen, die es zu betreuen hatte und die noch immer seiner Fürsorge bedurften, nur allmählich erfolgen. Die Annahme

und Durchführung der hierfür erforderlichen Maßnahmen mußte den jüdischen Gemeinden in langwierigen Verhandlungen Schritt um Schritt abgerungen werden.

Kapitel IV

Tendenzen zur Vereinheitlichung in der jüdischen Wohlfahrtspflege

Der Höhepunkt der Einwanderung aus dem Osten nach Deutschland wurde im Jahre 1924 erreicht und überschritten. Von da an trat, wie bereits oben angedeutet wurde, eine Verminderung der Zuwanderung ein, die Durchwanderung verlief schneller, die Abwanderung nahm stetig zu. Um die gleiche Zeit beschloß der „Joint“, der die Fürsorgetätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes seit 1920 mit insges. \$ 300 000.– unterstützt hatte, seine Tätigkeit einzuschränken und die finanzielle Unterstützung für Deutschland einzustellen.

Die sowohl aus finanziellen als auch aus anderen Gründen notwendig gewordene Umbildung des Arbeiterfürsorgeamtes, sowie die Bemühungen um die Sicherung seines Fortbestandes erfolgten in jener Periode der Nachkriegsentwicklung Deutschlands, in der die bedrohlichen Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des verlorenen Krieges für die Existenz des deutschen Judentums sichtbar zu werden begannen. Das jüdische Bürgertum hatte infolge des Krieges und der Entwertung der deutschen Währung einen sehr erheblichen Teil seines Vermögens verloren. Was aus der Inflationszeit gerettet werden konnte, wurde im Verlauf der Stabilisierungskrise weiter vermindert. Der bisher wohlhabende und sich wirtschaftlich gesichert glaubende jüdische Mittelstand fand sich plötzlich in einem rasch fortschreitenden Verarmungs- und Proletarisierungsprozeß, auf den er nicht vorbereitet war, und den er daher zunächst auch nicht erkennen wollte.

Die jüdischen Gemeinden und deren Wohlfahrtseinrichtungen,

Kranken- und Siechenhäuser, Alters- und Waisenheime waren in demselben Maße von den veränderten Verhältnissen betroffen, wie die sie tragenden und nun verarmten Mitglieder der Gemeinden. Die Zahl hilfsbedürftiger jüdischer Menschen wuchs an. Die Ansprüche an die Gemeinden steigerten sich nunmehr so sehr, daß es auch denen, die nicht sehen wollten und sich durch gelegentliche Scheinkonjunkturen blenden ließen, klarwerden mußte, daß das deutsche Judentum mit den bisherigen Methoden der Armenpflege und Wohltätigkeit den neuen sozialen Problemen, die ihm erwachsen, nicht gerecht werden konnte.

Der Notstand der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen hatte in den ersten Nachkriegsjahren einen derartigen Umfang angenommen, daß ein Zusammenbruch zahlreicher bewährter und lebenswichtiger Einrichtungen nur durch Hilfe aus dem Ausland verhindert werden konnte. Wohl zum ersten Mal in seiner Geschichte war das deutsche Judentum gezwungen, sich von den Juden anderer Länder helfen zu lassen. Hilfe aus dem Auslande erhielt zuerst der „Orden Bne Briss“, dem das Exekutivkomitee der amerikanischen Bne Briss Logen im Jahre 1920 \$ 40 000.– überwies⁶³. Den Zuwendungen der Logen folgte die Hilfsaktion des „American Joint Distribution Committee“ (Joint), das in den Jahren 1923/24 \$ 290 000.– für die notleidenden jüdischen Institutionen in Deutschland zur Verfügung stellte⁶⁴. Diese heute nicht groß erscheinenden Beträge waren in der Inflationszeit eine außerordentliche Hilfe für die um ihre Existenz schwer ringenden jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Planung zur Verteilung der Auslandsgelder an die verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen erforderte organisatorische Zusammenfassung von bisher auseinanderstrebenden Kräften, ermög-

⁶³ *Alfred Goldschmidt*, Der Orden Bne Briss, Jüdische Wohlfahrtspflege in und nach dem Kriege 1914–1918. Zedaka, Zeitschrift der Jüdischen Wohlfahrtspflege. Herausgegeben von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Berlin, Juli 1928, Nr. 3/4.

⁶⁴ *Friedrich Ollendorff*, Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Zedaka, Berlin, Juli 1928, Nr. 3/4.

lichte Einblick in die Gebarung und Verwaltung der Einrichtungen und wurde damit zum Ausgangspunkt der längst erforderlichen Reorganisation der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. Diese wurde zu einer der dringendsten Aufgaben der jüdischen Öffentlichkeit. Obwohl die jüdische Wohlfahrtspflege ihrem Charakter nach nur zusätzlich tätig war, d. h. nur dort eingriff, wo staatliche und öffentliche Fürsorge nicht ausreichten, ergaben sich aus der spezifischen Lage der Juden eine Fülle von Aufgaben und Verpflichtungen, die eine Ausweitung des Rahmens erforderten und tiefgreifende Veränderungen in der Wohlfahrtspflege der jüdischen Gemeinden zur Folge hatten. Diese waren in den Jahren bis zum ersten Weltkrieg im wesentlichen auf die Hilfeleistung für aus dem Auslande zugewanderte bedürftige Juden eingerichtet, sahen sich aber durch Kriegs- und Nachkriegsentwicklung plötzlich den schwierigen Problemen der einheimischen Juden gegenübergestellt. Tausende der früher auskömmlich lebenden jüdischen Rentner hatten ihre Einnahmen verloren und waren nicht mehr in der Lage, sich und ihre Familien zu erhalten oder ihren Kindern die bis dahin übliche gute Erziehung und Berufsvorbereitung zu bieten. Menschen, die beruflich nicht vorgebildet waren, mußten Arbeit und Erwerb suchen. Der nach dem Krieg gesteigerte Antisemitismus, der sich zuerst gegen die ausländischen Juden gerichtet hatte, verstärkte seine Agitation und seine Angriffe auch gegen die in Deutschland beheimateten Juden. Neben dem Radauantisemitismus des Pöbels setzte die viel raffiniertere und gefährlichere Waffe des stillen wirtschaftlichen Antisemitismus immer stärker ein. Der Boykott der Juden im Wirtschaftsleben wurde zu einer Tatsache, die sich nicht mehr bestreiten ließ. In der allgemeinen wirtschaftlichen Erschütterung des Mittelstandes in Deutschland wurden die jüdischen Mittelstandsexistenzen besonders hart betroffen. Kreditschwierigkeiten für jüdische Kaufleute, gesteigerte Arbeitslosigkeit jüdischer Angestellter und Arbeiter, Verdrängung von Juden aus vielen wichtigen Berufszweigen, waren die tragischen Folgen dieser Entwicklung.

Diese Erscheinungen waren in den kleineren Orten und Provinz-

städten stärker fühlbar als in den Großstädten, wo die Möglichkeit, Arbeit und Erwerb zu finden, eher gegeben schien. So kam es zur Abwanderung zahlreicher jüdischer Familien oder einzelner jüngerer Leute aus den kleinen Gemeinden in die Großstädte, wo die jüdischen Gemeinden sich gezwungen sahen, sich dieser Menschen solange anzunehmen, bis sie Arbeits- und Lebensmöglichkeit gefunden hatten.

In dieser von sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfüllten Zeit wurde die Notlage der ausländischen Juden in Deutschland besonders drückend. Ihre gesonderte Behandlung außerhalb des konsularischen und rechtlichen Schutzes, dessen sie bedurften, verlor jedoch ihren Sinn. Die Not der Zeit verlangte nicht nur nach organisierter Zusammenfassung aller Hilfsmöglichkeiten und einheitlicher Betreuung aller jüdischen Hilfsbedürftigen, sondern vor allem nach einem neuen jüdischen und sozialen Inhalt der Gemeindegemeinschaft überhaupt.

Der Kreis der Menschen, der dem Arbeiterfürsorgeamt beruflich und geistig verbunden war, geschult durch die Erfahrung in der Fürsorge für die ausländischen jüdischen Arbeiter und Hilfsbedürftigen, erkannte bald den Prozeß der Verarmung und Verelendung weiter Schichten des deutschen Judentums. Er sah die Gefahren der einseitigen beruflichen Schichtung der deutschen Juden und ihrer Zusammendrängung in wenigen Berufen, die die Möglichkeit wirtschaftlichen Fortkommens wesentlich erschwerten. Die Bemühungen um die Einordnung der bisher vom Arbeiterfürsorgeamt erfüllten sozialen Aufgaben in den Rahmen der gemeindlichen Wohlfahrtspflege wurden zum Ausgangspunkt einer ideologischen Auseinandersetzung über Wesen und Inhalt jüdisch-sozialer Arbeit überhaupt und nicht zuletzt zu einem politischen Kampf. Dieser richtete sich gegen die veralteten philanthropischen Methoden, die auch in der Nachkriegszeit im jüdischen Leben Deutschlands vorherrschten. Er galt dem Recht aller Bedürftigen – in welchem Land der Geburtsort auch lag – auf soziale Hilfe und Fürsorge der jüdischen Gemeinde. Eine völlige Um- und Neugestaltung des jüdischen Wohl-

fahrtswesens mußte erkämpft und dessen Anpassung an die sozialpolitischen Erfordernisse der Zeit erreicht werden.

Der Ausbau der vom Arbeiterfürsorgeamt und dem ihm angeschlossenen „Jüdischen Arbeitsamt“ begonnenen Tätigkeit der Arbeitsvermittlung und Lehrstellenbeschaffung für Ostjuden in Berlin war dadurch erschwert, daß auf diesem Gebiet bereits der Arbeitsnachweis der Logen in einem gewissen Umfange tätig gewesen war. Obwohl sich dieser nur mit den Angehörigen der kaufmännischen Berufe befaßte und im wesentlichen Menschen betreute, die in Deutschland geboren oder dort schon lange ansässig waren, ergaben sich Überschneidungen zwischen den zwei Stellen, die vermieden werden mußten. Dies wurde zunächst auf dem Gebiete der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung erreicht, indem die entsprechenden Abteilungen beider Stellen im Jahre 1922 zur „Arbeitsgemeinschaft für jüdische Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ unter der Sachbearbeitung von *Lucy Zobel* (zur Zeit im Sozialministerium in Israel tätig) vereinigt wurden. Dem war im Jahre 1923 die Vereinigung des „Jüdischen Arbeitsamtes“ mit dem Arbeitsnachweis der Logen zur „Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Arbeitsnachweise“ in Berlin gefolgt. Die beiden Stellen wurden im Hause des Arbeiterfürsorgeamtes in der Auguststraße räumlich zusammengelegt und dessen Leitung unterstellt. Die Sachbearbeiter waren zuerst *Susi Lem-Zadek* und später *Gertrud Prochownik*. Die finanzielle Erhaltung dieses „Jüdischen Arbeitsnachweises“, wie die neue Stelle allgemein genannt wurde, erfolgte zunächst durch das Arbeiterfürsorgeamt aus den Mitteln des „Joint“.

Mit der Schaffung der einheitlichen jüdischen Berufsberatung und Arbeitsvermittlung in Berlin wurde die bisherige Zersplitterung auf diesem Gebiet beseitigt. Zum ersten Male war in Deutschland ein voll ausgebauter jüdischer Arbeitsnachweis geschaffen, der Berufsberatung und Berufsumschichtung, Berufsausbildung und Lehrstellenvermittlung, Arbeitsvermittlung für kaufmännische, gewerbliche und ungelernte Arbeiter, Männer und Frauen, umfaßte. Er konnte von allen jüdischen Arbeitnehmern, Ausländern sowohl als deut-

schen Staatsangehörigen, in Anspruch genommen werden. Nach dem Aufhören der Joint-Zuwendungen beschloß die Jüdische Gemeinde Berlin im Jahre 1925, zur Erhaltung des Arbeitsnachweises weitgehend beizutragen.

Der Vereinigung des Arbeitsnachweises folgte die Zusammenlegung der Fürsorge für Obdachlose und Durchwanderer in Berlin. Sie erfolgte in der Weise, daß die Durchreisekommission der Gemeinde, der bis dahin die Fürsorge der Durchwanderer oblag, mit der Fürsorgeabteilung des Arbeiterfürsorgeamtes räumlich vereinigt und dessen Leitung unterstellt wurde. Die Kosten der Fürsorge wurden in diesem Falle von der Gemeinde voll übernommen. Ähnliche Abkommen wie in Berlin wurden auch in den größeren Provinzstädten zwischen den Zweigstellen des Arbeiterfürsorgeamtes und den örtlichen jüdischen Gemeinden getroffen.

Die Zusammenlegung von Tätigkeitsgebieten, die bisher teils vom Arbeiterfürsorgeamt, teils von den jüdischen Gemeinden betreut wurden, bedeutete keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung der Aufgaben des Arbeiterfürsorgeamtes. Es übernahm damit Fürsorge auch für deutsche Juden. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit weiterer organisatorischer Veränderungen zentraler Art, namentlich im Hinblick darauf, daß zunehmende Verarmung und Arbeitslosigkeit zu einer erheblichen Binnenwanderung führten, welche die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege in allen größeren Gemeinden auf ungewohnte Weise belastete.

Diese Entwicklung veranlaßte die Leitung des Arbeiterfürsorgeamtes zu Beginn des Jahres 1925, die Wiederbelebung der deutschen „Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge“, die vor dem Kriege bestanden hatte, anzuregen und gemeinsam mit dieser und der „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ eine neue Organisation, die „Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge“⁶⁵ als Arbeitsgemeinschaft der drei vorgenannten Organisationen ins Leben zu rufen. In das Direktorium dieser neuen Organisation wurden

⁶⁵ *Sch. Rudel*, Probleme der jüdischen Wanderfürsorge. Zedaka, Berlin, Dezember 1925.

Dr. *Georg Baum*, *Alfred Berger* und *Eugen Caspary* gewählt. Die Geschäftsführung wurde dem Geschäftsführer des Arbeiterfürsorgeamtes, *S. Adler-Rudel*, übertragen, in das Sekretariat wurde Dr. *Max Krentzberger*, der bis dahin die Zweigstelle des Arbeiterfürsorgeamtes in Breslau geleitet hatte, berufen. Die Hauptstelle nahm ihre Tätigkeit in Bürogemeinschaft mit dem Arbeiterfürsorgeamt am 1. April 1925 auf.

Kapitel V

Der neue Typ des jüdischen Heimatlosen

Die Schaffung der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, sowie die Vereinigung ihrer Geschäftsführung mit der des Arbeiterfürsorgeamtes waren zunächst nur die Legalisierung eines im jüdischen Leben Deutschlands de facto bestehenden Zustandes, denn die Gesamtregelung der jüdischen Binnenwanderung und Durchwanderung befand sich seit dem Jahre 1921 fast ausschließlich in den Händen des Arbeiterfürsorgeamtes.

Die deutsche „Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge“ hatte seit dem Jahre 1915 kaum noch funktioniert, nicht etwa weil die Organisation als solche versagte, sondern weil der Krieg den Typus des „Wanderarmen“ oder „Wanderbettlers“, den sie zu betreuen versuchte, unmöglich gemacht hatte. Arbeitswillige und Arbeitsfähige, soweit sie nicht zum Heeresdienst eingezogen wurden, konnten leicht Beschäftigung finden. Für Arbeitsscheue war das ziellose Herumziehen von Gemeinde zu Gemeinde infolge der verschärften Polizeikontrolle mit zu vielen Risiken verbunden. Die Gründung der deutschen „Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge“⁶⁶ im Jahre 1910 war das Ergebnis vieljähriger Bemühun-

⁶⁶ Dr. *Jacob Segall*, Geschichte und Organisation der jüdischen Wanderarmenfürsorge in Deutschland bis zum Jahre 1914. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 1. Jhrg. (Neue Folge), Heft 3/4, Mai/Juli 1924.

Sch. Rudel, Die jüdische Wanderfürsorge in Deutschland im letzten Jahrzehnt.

gen und Versuche des seit dem Jahre 1872 wirkenden „Deutsch-Israelitischen Gemeindebunds“ gewesen, dem Hausbettel in den jüdischen Gemeinden ein Ende zu machen. Zu diesem Zwecke war ganz Deutschland in mehr als 20 Bezirkskassen eingeteilt, die bei ihnen vorsprechende, umherziehende und heimlose Arme von Bezirk zu Bezirk abschoben, ohne ernstlich den Versuch zu machen, sich ihrer wirklich anzunehmen und sie sesshaft werden zu lassen.

Von den etwa 20 000 Menschen, die vor dem Kriege jährlich bei den „Kassen“ vorzusprechen pflegten, waren 30 % in Deutschland beheimatet und 70 % ausländischer Herkunft gewesen. Die „Wanderarmenkassen“ waren daher bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ein wichtiger Teil der von den Gemeinden geleisteten Fürsorge für Ostjuden, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein konnte.

Bei der relativ günstigen wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden war der Jude, der eine solche „Kasse“ aufsuchte, der Typus des „Unwirtschaftlichen“, abgesehen von solchen, die sich einmal an die Kasse wandten, weil ihnen während einer notwendigen Reise das Reisegeld ausging. Zur Charakteristik dieser „Unwirtschaftlichen“ diente auch die für sie geprägte offizielle Terminologie. Der „Wanderarme“ war ein Mensch, der durch das Armsein auf der Wanderung seinen Lebensunterhalt fand, etwa wie ein Wanderredner oder Wanderhausierer. „Wanderarmer“ war zu einer Berufsbezeichnung geworden. Er war in den scheinbar gut organisierten Fürsorgeapparat für „Wanderarme“ eingeordnet. Sobald er von dem Apparat erfaßt wurde, war er gewissermaßen dazu verurteilt, immer in der Maschine zu bleiben. Bei einer geschickten Auswahl der Fürsorgestellen und der Reiserouten gewährte indessen das Kassenwesen eine – wenn auch nicht beneidenswerte – Existenzmöglichkeit. Das wesentliche Motiv dieser Wanderarmenfürsorge war die Bekämpfung des lästigen Hausbettelns – hier war der Wert von Organisation

und Zentralisation von den jüdischen Gemeinden schnell begriffen worden. Vereinzelt erkannten zwar weitblickende Männer der jüdischen Gemeindegliederung die Notwendigkeit einer Produktivierung und Selbsthaftmachung dieser unwirtschaftlichen Elemente – wie sie von christlichen Wohltätigkeitsorganisationen zuweilen durch das Auftreten des Pastors *von Bodelschwingh* erreicht worden war. Versuche in dieser Richtung wurden in Berlin, Köln und anderen Gemeinden durch die Schaffung von jüdischen Arbeitsstätten für Durchwanderer gemacht.

Die jüdischen Wanderer und Flüchtlinge der Nachkriegsjahre, die sich um Hilfe an die jüdischen Gemeinden wenden mußten, waren jedoch völlig anders geartete Menschen. An die Stelle der früheren Wanderung einzelner „Wanderarmen“ trat die Massenwanderung von Arbeitern, die ihrer sozialen Stellung nach Proletarier waren und sich zum großen Teil als solche bekannten. Sie baten nicht um Almosen, sondern verlangten Arbeit; sie wollten nicht von Gemeinde zu Gemeinde abgeschoben werden, sondern sich niederlassen und für sich selbst sorgen.

Diese Änderung im Typus des wandernden Menschen bewirkte die entscheidende Wandlung der Wanderfürsorge in den Nachkriegsjahren; sie änderte ihren Namen und damit auch ihre Aufgabe und ihren Inhalt. Sie wurde zu einem Instrument der Selbsthaftmachung von Arbeitern, sie regulierte die Wanderung, indem sie sie zum Stillstand zu bringen versuchte. Sie sah zum erstenmal in ihrer Tätigkeit es nicht als ihr Hauptziel an, den jüdischen Bürger vor lästigen Bettlern zu schützen, sondern richtete sich nach den Bedürfnissen des mittellosen Wanderers im vollen Umfange seiner Notlage. Schuf sich die alte Wanderarmenfürsorge der Vorkriegszeit ihren Typus des „Wanderarmen“, so sprengte die große ostjüdische Wanderung der Nachkriegszeit die Formen dieser Fürsorge und erzwang die Schaffung einer dem Leben und den veränderten Zeitverhältnissen angepaßten Arbeiterfürsorge. An Stelle der althergebrachten materiellen Hilfe des Almosengebens wurden die jüdischen Gemeinden nun vor eine Fülle von sozialen Aufgaben gestellt, deren

Lösung nicht nur im Interesse der Ostjuden, sondern auch in dem der deutschen Juden lag.

Die Hilfstätigkeit war damit aus einer Angelegenheit der Armenfürsorge zu einer Aufgabe der Sozialpolitik geworden; sie galt nicht mehr der Linderung eines einzelnen Notstandes, sondern der Bekämpfung einer Volksnot. Es ergab sich jedoch dabei, daß eine noch so gut erdachte und durchgeführte Wanderfürsorge in Deutschland in ihrer Auswirkung unzureichend bleiben mußte, wenn sie nicht auch die Deutschland angrenzenden Länder in ihren Rahmen einbezog. Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge führte daher entsprechende Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen und Gemeinden Österreichs, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Frankreichs, Hollands und Belgiens. Sie setzte sich mit der internationalen jüdischen Wanderungsorganisation „HICEM“ in Verbindung und erreichte, daß in dem Chaos der planlosen jüdischen Wanderung durch Europa eine gewisse Übersicht und Ordnung hergestellt wurden. Ebenso wurde auch mit Erfolg versucht, mit den großen nichtjüdischen Wanderorganisationen in Deutschland und den internationalen Vereinigungen in Genf arbeitsmäßige Verbindung zu schaffen.

Die jüdischen Gemeinden und Landesverbände übernahmen die finanzielle Verantwortung für diese Tätigkeit. Die soziale Fürsorge für Ostjuden wurde damit zu einem legitimen Teil des allgemeinen Fürsorgewesens der Gemeinden. Leitung und Durchführung der praktischen Arbeit blieben jedoch in den Händen der neuen Generation junger Sozialarbeiter, die aus der Schule des Arbeiterfürsorgeamtes hervorgegangen war. Für sie waren Not und Hilfsbedürftigkeit der ausländischen Juden in Deutschland kein Sonderproblem, das durch organisatorische Maßnahmen gelöst werden konnte, sondern unentrinnbares jüdisches Schicksal und Teil der allgemeinen jüdischen Not, die für jene, die sehen konnten, immer weitere Kreise auch des deutschen Judentums erfaßte.

Die Mehrheit dieser jungen Menschen kam aus der zionistischen Jugend-, Studenten- und Arbeiterbewegung. Jüdische Sozialarbeit

als Beruf war für sie eine Folge ihrer zionistischen und sozialen jüdischen Weltanschauung. Sie unterschieden sich jedoch von den zionistischen Gemeindepolitikern dadurch, daß sie durch ihre berufliche Leistung und die in dieser gewonnenen Erfahrung viel überzeugender auf die wirtschaftliche Unsicherheit aller Juden in Deutschland und auf die von der jüdischen Gemeinschaft in dieser Beziehung zu erfüllenden Aufgaben hinweisen konnten, als dies in der rein politischen Auseinandersetzung jemals möglich gewesen wäre.

Kapitel VI

Sozialpolitik als Aufgabe der jüdischen Gemeinschaft

Von 1925 ab konnte das Arbeiterfürsorgeamt sich weitgehend auf seine konsularische Tätigkeit, d. h. den rechtlichen und politischen Schutz der Ostjuden, beschränken, weil die eigentliche Fürsorgearbeit mehr und mehr von der „Hauptstelle für Wanderfürsorge“ und den ihr angeschlossenen größeren Gemeinden übernommen worden war. Dadurch wurde die Umgestaltung der jüdischen Sozialarbeit vorwärtsgetrieben. Es ergab sich dabei, daß auf dem Gebiete der Sozialarbeit das Zusammentreffen und Zusammenwirken von Menschen, die aus den verschiedenen einander oft bekämpfenden jüdischen Gruppen kamen, viel reibungsloser verlief als erwartet werden konnte. Die jungen Menschen der „Vereinigung für das liberale Judentum“, des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, sowie des „Verbands der jüdischen Jugendvereine“, die allmählich als freiwillige Helfer oder beruflich in die jüdisch-soziale Arbeit kamen, erkannten den guten Willen und die sachliche Einstellung der in dieser Arbeit stehenden Zionisten. Sie erkannten auch die Bedeutung einer positiv-jüdischen sozialen Arbeit an und änderten dabei vielfach ihre Meinung über die ostjüdischen Menschen, mit denen sie nun in der täglichen Arbeit so oft zusammenkamen.

Gemäß der vom Arbeiterfürsorgeamt und dem tragenden Kreis seiner Sozialarbeiter vertretenen Auffassung von einer sozialpolitischen Lösung des Ostjudenproblems in Deutschland, wurde die Ausgestaltung der jüdischen Berufsberatung und Arbeitsnachweise weitergeführt. Um eine Intensivierung dieser Bemühungen zu erreichen, wurde im Jahre 1925 die Mehrheit der in Deutschland bestehenden jüdischen Arbeitsnachweise in der „Vereinigten Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise“ zusammengeschlossen. Die Geschäftsführung derselben wurde der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge übertragen.

Im Jahre 1927 schufen das Arbeiterfürsorgeamt und die von diesem gegründeten Organisationen zur Vertretung ihrer Ideen eine eigene Monatsschrift: „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge“. Als Herausgeber zeichneten: Rechtsanwalt Dr. *Georg Baum* (der dem Centralverein nahestand), *Alfred Berger* (der aus der zionistisch-sozialistischen Ideenwelt kam), *Eugen Caspary* (der an der Gemeinde- und Logenarbeit führend mitwirkte) und der Legationsrat im Auswärtigen Amt Professor Dr. *M. Sobernheim* (der sich als Mittler zwischen Zionisten und Nichtzionisten bewährte). Die Redaktion lag in den Händen von *S. Adler-Rudel* und Dr. *Max Kreutzberger*.

In der programmatischen Einleitung der ersten Nummer dieser neuen Zeitschrift heißt es:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die fürsorgerischen und sozialpolitischen Maßnahmen, die das Judentum in Deutschland zu treffen verpflichtet ist, sehr oft einen Charakter tragen und tragen müssen, der von den Formen der allgemeinen Fürsorge und Sozialpolitik abweicht. Die eigenartigen Gegebenheiten der jüdischen Situation zwingen zu eigenartigen Wegen.

Seit langem macht sich der Mangel einer Tribüne bemerkbar, die die wirklich fruchtbare und fundierte Erörterung dieses weitverzweigten und schwierigen Aufgabenkreises gestattet. Diesem Mangel will die vorliegende Zeitschrift abhelfen. Ihr Ziel ist in erster Reihe, der praktischen Arbeit Anregung und theoretische Vertiefung zu geben, all jenen Menschen, die sozialpflegerisch und sozialpolitisch in der jüdischen Arbeit stehen, zu ermöglichen, sich über die Erfordernisse und Voraus-

setzungen ihrer Arbeit zu unterrichten. Dazu wird es notwendig sein, neben der Übermittlung des gesetzlichen, statistischen und wissenschaftlichen Materials Fragen, die die praktische Arbeit täglich in Fülle zur Diskussion stellt, zu erörtern. Das ausgedehnte Material, das den beiden Zentralorganisationen – Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen – aus ihrer weitverzweigten jahrelangen Arbeit zur Verfügung steht, dürfte durch seine teilweise hier in Aussicht genommene Veröffentlichung außerordentlich zur Erleichterung und Vertiefung der praktischen Arbeit beitragen. Daneben soll diese Zeitschrift dazu dienen, die breite jüdische Öffentlichkeit über unsere Arbeit zu informieren und für die Weite und Schwierigkeiten dieses Aufgabenkreises zu interessieren.“⁶⁷

Drei Jahre lang war diese Zeitschrift eine Quelle der Information und Anregung für alle an der Ostjudenfürsorge sowie der jüdischen Sozialpolitik interessierten Kreise. Sie stellte ihr Erscheinen Ende des Jahres 1929 ein, als die Entwicklung neue organisatorische Veränderungen erforderlich machte, die sowohl den Zeitverhältnissen entsprachen, als auch eine Folge der in diesem Jahre von der zionistischen „Jüdischen Volkspartei“ und der „Jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion“ erreichten Wahlsiege in der Berliner Jüdischen Gemeinde waren. Beide Parteien hatten seit jeher die Umgestaltung und Produktivierung der gemeindlichen Wohlfahrtspflege in ihren Programmen eingeschlossen.

Der allmählich aus dem Arbeiterfürsorgeamt hervorgegangene Konzern sozialpolitischer Institutionen und Einrichtungen in der „Auguststraße“, der sowohl der Ostjudenfürsorge als auch der produktiven Fürsorge der in Deutschland beheimateten Arbeits- und Erwerbslosen diente, wurde von dem Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde übernommen und diesem als selbständige Abteilung – „Arbeits- und Berufsfürsorge“⁶⁸ – unter der Leitung von *S. Adler-Rudel* angegliedert. Die Abteilung umfaßte die folgenden Einrichtungen:

⁶⁷ Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge, 1. Jhrg., Nr. 1–2, Berlin, Juli/August 1927.

⁶⁸ Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Herausgegeben von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, S. 42.

- I. Arbeitsgemeinschaft der Jüdischen Arbeitsnachweise mit sechs Unterabteilungen;
- II. Fürsorgestelle für Durchwanderer und Obdachlose;
- III. Rechtsschutzstelle und Paßabteilung;
- IV. Gefängnis- und Straftlassenenfürsorge;
- V. Kleiderkammer mit diversen Reparaturwerkstätten.

Das Arbeiterfürsorgeamt als solches blieb formal bestehen, da es bei den Behörden und in der jüdischen wie nichtjüdischen Öffentlichkeit so sehr bekannt war, daß es einen Verlust für die Ostjudenfürsorge bedeutet hätte, es ganz verschwinden zu lassen. Noch im Jahre 1932 überreichte es dem preußischen Minister des Innern seine letzte Denkschrift zur Frage der Rechtslage der Ausländer in Deutschland.

Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge hatte bis zum Jahre 1930 ihre Tätigkeit wesentlich erweitert. In Verwirklichung der von ihr vertretenen Idee einer produktiven Gestaltung der Fürsorge für heimlose jüdische Wanderer und Flüchtlinge schuf sie mit Hilfe der Landesverbände, der Jüdischen Gemeinde Berlin und der Staatsbehörden das „Landwerk Neuendorf“ bei Berlin. In diesem wurden heimlose Menschen so lange beherbergt und beschäftigt, bis ihre Verhältnisse geklärt und geregelt werden konnten. Die Schaffung dieser vorbildlichen Einrichtung, erwies sich nach dem Hereinbrechen des nationalsozialistischen Unheils über die Juden in Deutschland als besonders segensreich, da sie zu einer der wichtigsten Ausbildungs- und Umschichtungsstellen für landwirtschaftliche Berufe wurde. Gleich ihr dienten auch die anderen sozialpolitischen Einrichtungen, die für die Ostjudenfürsorge geschaffen wurden, als Basis für das große berufliche Ausbildungs- und Umschichtungswerk, das nach 1933 jüdische Menschen für ihre Auswanderung aus Deutschland vorbereitete.

Die Reorganisation der Wohlfahrtspflege der Jüdischen Gemeinde Berlin bewirkte auch eine Änderung des organisatorischen Rahmens der zentralen Wohlfahrtsorganisationen: Die Vorstände der „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ – der Dachorganisation

der gesamten jüdischen Wohlfahrtspflege – und der „Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise“ beschlossen, vom 1. Januar 1930 ab in eine enge Arbeitsgemeinschaft zu treten⁶⁹. Die Hauptstelle verließ die „Auguststraße“ und verlegte ihre Geschäftsstelle in die Räume der Zentralwohlfahrtsstelle in der Kantstraße.

Die Zeitschrift „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge“ wurde mit der von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden herausgegebenen „Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege“ unter dem Titel „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“ zusammengestellt. Der einleitende Aufsatz des letzten Heftes der „Jüdischen Arbeits- und Wanderfürsorge“ – aus der Feder Dr. *Max Kreutzbergers* – gibt in ausgezeichnete Weise das Wollen und die Besorgnis des Kreises wieder, der für diesen im jüdischen Leben Deutschlands neuartigen publizistischen Versuch verantwortlich war:

„Arbeits- und Wanderfürsorge – es könnte scheinen, als ob hier zwei enge jüdische wohlfahrtspflegerische Probleme ihre Behandlung fänden. Und doch sind es die beiden ernsthaftesten entscheidenden jüdischen Fragenkomplexe, die der jüdischen Wohlfahrtsarbeit ihr eigenartiges jüdisches Gepräge geben. Tausende jüdischer Menschen liegen alljährlich auf der Wanderschaft, von Stadt zu Stadt, von Land zu Land – heimlos, heimatlos, hilflos. Tausende jüdischer Menschen setzt die gegenwärtige wirtschaftliche Ordnung nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, sondern, weil wir Juden sind, alljährlich frei, ohne Möglichkeit der Wiedereinordnung. Nicht die Oberfläche, sondern die tiefe Ursächlichkeit dieser Erscheinungen und ihre Hilfsmöglichkeiten zu betrachten, war unsere Aufgabe und unsere Pflicht: jüdische Wanderung als jüdisches Schicksal im internationalen Zusammenhang (Ausländer-schutz, Ausländerrecht, Einwanderungsmöglichkeiten und Auswanderungsnotwendigkeiten), internationales Arbeitsrecht, gesetzgeberische Gestaltung der deutschen Wanderfürsorge, Arbeitsstätten, Arbeiterkolonien und jüdische Arbeitslosigkeit als besondere jüdische Not und besondere jüdische Aufgabe auf lange Sicht (Bevölkerungspolitik, Mit-

⁶⁹ Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise, 1. Jhrg. (Neue Folge), Berlin 1930, Seite 52.

telstandshilfe, Berufsberatung, Berufsumschichtung, Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung).“⁷⁰

Die Vereinigung der zentralen jüdischen Organisationen war mehr als eine nur organisatorische Maßnahme. Sie entsprach der längst geforderten und unvermeidbaren Verbindung zwischen jüdischer Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, wie sie sich in der nicht-jüdischen Umwelt längst durchgesetzt hatte. Jüdische Sozialpolitik, um die eine neue Generation, von der Ostjudenfürsorge ausgehend, mehr als ein Jahrzehnt lang gerungen hatte, wurde damit als eine der zentralen Aufgaben des deutschen Judentums anerkannt und aufgenommen.

Die hier nur angedeutete Entwicklung und organisatorische Veränderung in der Gestaltung der sozialen Arbeit der Juden in Deutschland, das Werden und die Ausweitung einer nur für den Kreis ostjüdischer Armut gedachten Fürsorge, war die Vorbereitung für jene wenig später so schicksalhaft lebenswichtig gewordenen sozialpolitischen Institutionen. Sie bestätigte die grundsätzliche Erkenntnis der Menschen des Arbeiterfürsorgeamtes von der Gleichheit des Schicksals aller Juden, wo immer sie leben, und von der Verpflichtung jüdischer Gemeinschaften, wandernde und flüchtende Juden, die neu zu ihnen kommen, nicht als Almosenempfänger zu isolieren, sondern sie als Gleichberechtigte in ihrer Mitte aufzunehmen.

Die grundsätzlichen und organisatorischen Wandlungen der jüdischen sozialen Arbeit in Deutschland, die im Jahre 1930 einen gewissen Abschluß erreichte, beendete ein Jahrzehnt des Ringens um Wesen und Inhalt jüdischer Sozialarbeit überhaupt und überall. Es waren nicht das Verdienst oder die Voraussicht derer, die um diese Entwicklung kämpften, sondern der tragische Verlauf der Geschichte der Juden in Deutschland, der das Fürsorgewerk, das für andere – fremde – Juden geschaffen wurde, zur Grundlage der Linderung und Bekämpfung der eigenen Not werden ließ.

⁷⁰ Ende und Anfang. Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge, 3. Jhrg., Nr. 6, Berlin, Dezember 1929.

Kapitel VII

Zahlenmäßige Entwicklung

Der Verlauf der ostjüdischen Zuwanderung nach Deutschland war, wie hier zu zeigen versucht wurde, wiederholt erheblichen Schwankungen unterworfen. Die wirkliche Zahl der Menschen, die in den Prozeß einbezogen war, hat sich niemals exakt feststellen lassen. Diese Unklarheit ermöglichte die maßlosen Übertreibungen, mit denen im politischen Kampf von antisemitischer Seite gegen die Ostjuden, aber auch gegen die Regierung der Republik gearbeitet wurde. Es dürfte deshalb von Interesse sein, für gewisse Perioden zumindest sichere Anhaltspunkte über die in Betracht kommende Größenordnung durch eine Analyse der amtlichen Volkszählungen zu gewinnen, die in den Jahren von 1910–1939 stattfanden.

Das Absinken der Zuwanderung der ostjüdischen Flüchtlinge nach Deutschland im Jahre 1925 findet eine Bestätigung in den Ergebnissen der amtlichen Volkszählung desselben Jahres.

Am Tage dieser Volkszählung befanden sich in Deutschland 107 747 ausländische Juden, während im gleichen Gebietsumfang des Reiches im Jahre 1910 76 387 gezählt wurden. Demnach betrug die so viel und so erregt behandelte Zunahme der Ostjuden in einer Periode von 15 Jahren nicht mehr als 31 360. Da in dieser Zahl sowohl die natürliche Vermehrung als auch die durch Zuwanderung enthalten ist, konnte sie nicht gut als „Massenzuwanderung“ in einem Lande mit einer Gesamtbevölkerung von 63 Millionen angesehen werden. Die Übertreibung des zahlenmäßigen Umfangs der ostjüdischen Zuwanderung wird noch deutlicher, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Gesamtzahl der Juden in Deutschland in der gleichen Periode zwischen den beiden Volkszählungen (1910–1925) – auf dem gleichen Gebietsumfang – nur um 5,4 % oder 29 000 Menschen anstieg, bei einem Zuwachs der Gesamtbevölkerung des Reiches um 8,6 % oder 5 Millionen (58 Millionen auf 63 Millionen). Die Bevölkerungszahl der Juden deutscher

Staatsangehörigkeit war also stagnierend geblieben, und die bis 1925 ermittelte Vermehrung beruhte lediglich auf der Zuwanderung aus dem Osten. Die Zuwanderung hat demnach nicht zu einer Vermehrung der Zahl der Juden in Deutschland überhaupt beigetragen, sondern hat lediglich einen seit dem Jahre 1900 bereits bemerkbaren Verminderungsprozeß verlangsamt.

Da die antisemitische Hetze im allgemeinen und die antiostjüdische im besonderen zu keiner Zeit von sachlichen Überlegungen bestimmt war, sondern ihre Begründung den Erfordernissen der politischen Demagogie anpaßte, fand die klare Sprache der Volkszählung keine besondere Beachtung. Die Hetze gegen die aus dem Osten zugewanderten Juden wurde – den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Umständen entsprechend – mit mehr oder weniger Heftigkeit fortgesetzt. Sie diente solange als Vorwand, bis die nationalsozialistische Bewegung sich stark genug fühlte, um die ganze Wucht ihrer Angriffe gegen die in Deutschland beheimateten Juden zu richten.

Eine Betrachtung der Ergebnisse der Volkszählung vom 16. 6. 1933 – der ersten von der Nazi-Regierung durchgeführten – ändert nichts an dieser Auffassung. Diese basiert zwar noch nicht auf dem Rassenprinzip, sondern wie bisher auf der Religionszugehörigkeit, unterschied jedoch in allen Sparten zwischen den Juden deutscher Staatsangehörigkeit und denen, die „zugewandert“ waren. Den vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnissen⁷¹ zufolge, befanden sich am 16. Juni 1933 rund 500 000 Glaubensjuden in Deutschland, d. h. etwa 64 000 (11,3 %) weniger, als im Jahre 1925 gezählt worden waren. Auch die Zahl der ausländischen Juden hatte entsprechend abgenommen und zwar um 9000 (8,4 %) von 107 000 auf 98 000. Die um 3 % geringere Verminderung der ausländischen Juden dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Nazis in der

⁷¹ Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933, Heft 5, Die Glaubensjuden im Deutschen Reich. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt Berlin 1936. Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt.

ersten Zeit nach der Machtübernahme bestrebt waren, Konflikte mit dem Ausland möglichst zu vermeiden, daher die ausländischen Juden zunächst weniger brutal behandelten als jene, die infolge ihrer deutschen Staatsangehörigkeit ihnen völlig schutzlos preisgegeben waren.

Die ermittelten Ergebnisse über die Anzahl der ausländischen Juden erschienen den nationalsozialistischen Statistikern offenbar zu gering, um die seit Jahren geführte Hetze gegen sie zu rechtfertigen. Sie machten daher Anstrengungen, um zu höheren Zahlen zu gelangen. Um dies zu erreichen, schufen sie eine neue Kategorie, die der „zugewanderten Glaubensjuden“, in die auch die aus den früheren Ostgebieten Deutschlands stammenden Juden einbezogen wurden. Dies ergibt sich aus den oben erwähnten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts wie folgt:

„Auf Grund der Angaben über den Geburtsort sind die Glaubensjuden auch nach dem Geburtsland ausgezählt worden. Von den Glaubensjuden sind geboren:

	Zahl	v. H.
im Deutschen Reich	379 493	75,9
in den (nach dem ersten Weltkrieg) abgetrennten Gebieten	46 550	9,3
im übrigen Ausland	73 639	14,8
Glaubensjuden insgesamt	<u>499 682</u>	<u>100,0</u> “

Die besondere Auszählung der in den abgetrennten Gebieten geborenen Juden ist ein deutlicher Versuch, die Zahl der in Deutschland beheimateten Juden zu verkleinern. Die Nazis und ihre politischen Vorläufer haben nie auf die nach dem ersten Weltkrieg abgetrennten Gebiete im Osten verzichtet. Die dort geborenen Juden waren deutsche Staatsangehörige, die gleich vielen anderen deutschen Staatsangehörigen diese Gebiete ihres Deutschtums wegen verließen, um sich im Reich niederzulassen. Der Versuch, diesen deutschen Juden die Staatsangehörigkeit zu nehmen und sie zu „Zugewanderten“ zu stempeln, wird noch deutlicher aus den folgenden Ausführungen:

„Gliedert man die Glaubensjuden sowohl nach der Staatsangehörigkeit als auch nach der Gebürtigkeit, so ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl	v. H.
Inländische Glaubensjuden –	400 935	80,2
davon sind geboren:		
im Deutschen Reich	340 520	68,1
in den abgetrennten Gebieten	44 157	8,8
im übrigen Ausland	16 258	3,3
 Ausländische Glaubensjuden –	 98 747	 19,8
davon sind geboren:		
im Deutschen Reich	38 919	7,8
in den abgetrennten Gebieten	2 393	0,5
im übrigen Ausland	57 435	11,5
	<hr/> 499 682	<hr/> 100,0

Um ein Bild von der Gesamtzahl der zugewanderten Glaubensjuden zu erhalten, können den im Ausland geborenen rund 74 000 Glaubensjuden ohne weiteres die rund 41 000 im Reich und in den abgetrennten Gebieten geborenen ausländischen Glaubensjuden zugerechnet werden; es ergibt sich dann eine Gesamtzahl von rund 115 000 ausländischen bzw. auslandsgebürtigen Glaubensjuden, d. s. 23,0 v. H. aller Glaubensjuden im Deutschen Reich.“

Die Ausführungen des Nazi-Statistikers sind als ein Versuch zu werten, zu einem höheren Anteil – 115 000 oder 23,0 v. H. – der ausländischen Juden an der Gesamtzahl der Juden in Deutschland zu gelangen. Die zitierten Zahlen beweisen jedoch klar, daß von den 499 682 Glaubensjuden nur 73 693 oder 14,7 v. H. im Ausland geboren waren, während 98 747 oder 19,8 v. H. fremde Staatsangehörigkeit besaßen.

Die überraschend hohe Zahl der in Deutschland geborenen Juden fremder Staatsangehörigkeit – in der Hauptsache Kinder eingewanderter Juden, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben hatten – war eine Folge der Einbürgerungsschwierigkeiten, die vor dem ersten Weltkriege bestanden hatten und auch unter der Republik nicht wesentlich gemildert wurden.

Die ausländischen Juden waren nur ein Teil der Gesamtzahl der Ausländer, die im Jahre 1925 ermittelt wurden. Die Ausländerhetze und das Geschrei von der „Überfremdung“ Deutschlands, die so oft in der Öffentlichkeit laut wurden, fanden in den Ergebnissen

keine Berechtigung. Ergab es sich doch, daß die Zahl der Ausländer seit der Zählung des Jahres 1910 nicht nur nicht zugenommen, sondern sich erheblich vermindert hatte, und zwar war sie von 1 130 000 oder 1,9 v. H. der Reichsbevölkerung (58 Millionen) auf 957 000, d. s. 1,5 v. H. der Reichsbevölkerung (63 Millionen), gefallen. An dieser Zahl waren die Juden mit rund 107 000, d. s. 11,3 v. H. aller Ausländer beteiligt (Tabelle D*).

Ihrer Staatsangehörigkeit nach unterschieden sich die jüdischen Ausländer des Jahres 1925 erheblich von denen, die vor dem ersten Weltkriege gezählt worden waren. Die Zerschlagung des zaristischen Rußland und Österreich-Ungarns, sowie die Entstehung der Nachfolgestaaten bewirkten für die Ausländer eine Vielheit von Staatsangehörigkeiten. An erster Stelle standen 1925 die Polen mit 51 000, danach kamen die Österreicher mit 13 500, die Russen mit 9500, Tschechoslowaken waren 5600, Rumänen 3200, Ungarn 3200, Litauer und Letten zusammen 3000, denen noch Staatsangehörige einiger westlicher und überseeischer Länder mit insgesamt 8000 folgten.

Neben den Ausländern mit bestimmter Staatsangehörigkeit erschienen in der Zählung als neue Gruppe die Ausländer ohne Staatsangehörigkeit – Staatenlose, deren Gesamtzahl sich auf rund 25 000 belief; die Juden waren in dieser Gruppe mit ca. 10 000 oder beinahe 40,0 v. H. vertreten.

Die Volkszählung des Jahres 1933 brachte wiederum eine erhebliche Veränderung in der Gesamtzahl der Ausländer sowie ihrer staatlichen Zugehörigkeit. Die Verminderung, die bereits 1925 festgestellt werden konnte, setzte sich in verstärktem Maße fort. Die Gesamtzahl der Ausländer war um rund 200 000, d. s. 20,0 v. H., auf 757 000, d. s. 1,2 v. H. der Bevölkerung, gefallen. Der Anteil der Juden, deren Verminderung nur 9000 (8,4 v. H.) betrug, hatte sich daher von 11,3 v. H. auf 13,0 v. H. der Gesamtzahl der Ausländer erhöht (Tabelle D*). Die Veränderung in der Zusammensetzung nach Staatsangehörigkeit war ebenfalls sehr erheblich. Wie aus

* Siehe Anhang II, S. 165.

Tabelle E* zu ersehen ist, hatte sich die Zahl der Polen um rund 6000 erhöht, die der Österreicher jedoch war um ca. 9000 zurückgegangen. Auch die Russen verminderten sich um ca. 8000, hingegen war die Zahl der Staatenlosen um ca. 10 000 angestiegen. Die angedeuteten Veränderungen beruhten jedoch nicht auf neuen Zuwanderungen seit dem Jahre 1925, noch waren sie wesentlich von der Abwanderung bedingt, die, wie oben erwähnt wurde, nur 9000 betrug. Vielmehr war dies eine Folge der Tatsache, daß zahlreiche Ausländer, die früher in Österreich-Ungarn oder Rußland staatsangehörig waren, dies auch im Jahre 1925 zu sein behaupteten, ohne sich darüber klar zu sein, welche Staatsangehörigkeit sie in Wirklichkeit besaßen. Bis zum Jahre 1933 waren diese Fragen soweit geklärt, daß diese Ausländer wußten, ob sie einem der Nachfolgestaaten angehörten oder staatenlos waren. Diese Veränderungen waren daher nur formeller Natur und ohne Bedeutung für den zahlenmäßigen Verlauf der Zu- oder Abwanderung.

Die wenige Monate vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges am 16. Mai 1939 durchgeführte Volkszählung ermöglichte einen letzten Überblick über den Verlauf der Verminderung aller Juden sowie der jüdischen Ausländer. Da diese Zählung jedoch bereits die neuerworbenen „Reichsgaue“ von Wien bis zum Sudetenland einbezog und besondere Auszählungen – soweit es sich um die hier in Betracht kommenden Zahlen handelt – nur spärlich veröffentlicht wurden, sind wir verschiedentlich auf Errechnungen und Schätzungen angewiesen, wie sie auch für manche Zahlen des Jahres 1925 vorgenommen wurden.

Tabelle C*, die die Zahlen für alle Juden und die der ausländischen Juden für die Jahre 1925, 1933 und 1939 in bezug auf das Reich – Gebietsumfang 1933 – und einige wichtige Gebiete enthält, gibt ein anschauliches Bild von der fortschreitenden Auflösung der jüdischen Gesamtheit (und auch des Bestandes an Ausländern), wie sie sich von Volkszählung zu Volkszählung vollzog. Der Volkszählung des Jahres 1939 zufolge, betrug die Gesamtzahl der Glaubens-

* Siehe Anhang II, S. 165 und S. 166.

juden im Gebietsumfang 1933 (d. h. ausschließlich Österreich und Sudetenland) rund 222 000, d. s. ca. 39 v. H. der 564 000, die im Jahre 1925 ansässig gewesen waren, was bedeutet, daß 342 000 oder ca. 61 v.H. Deutschland verlassen hatten. Die Zahl der jüdischen Ausländer im Reich betrug nur noch etwa 26 000, d. s. 11,6 v. H. aller Glaubensjuden, was einem Abgang von 82 000, d. s. ca. 76 v. H. gleichkommt.

Tabelle E* ermöglicht eine Übersicht über die Ostjuden auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit in den Jahren 1925, 1933 und 1939. Durch diese Tabelle werden die Zahlen der Tabelle C* für das Jahr 1933 insofern verdeutlicht, als dort außer den Gesamtzahlen für das Reich die anderen Gebiets- und Ortszahlen nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach „Zuwanderung“ gegeben wurden, wodurch die in diesem Kapitel früher erwähnte Nazi-Statistik einen um ca. 15 v. H. überhöhten Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Juden im Reich für das Jahr 1933 erreichte. Der auffallend hohe Anteil der „Staatenlosen“ im Jahre 1939 ist eine Folge der Auswirkung des „Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ (RGBl. Teil I., S. 480), das erst nach der Volkszählung des Jahres 1933 erlassen wurde. Die früher einmal eingebürgerten Ausländer verloren damit ihre deutsche Staatsangehörigkeit, ohne eine andere erwerben zu können, wodurch ihre Auswanderung aus Deutschland erheblich erschwert wurde.

Kapitel VIII

Das Ende

Die Schonzeit, die die Nazis den ausländischen Juden in den ersten Jahren nach der Machtübernahme zuteil werden ließen, kam im Jahre 1938 zu einem jähen Ende. Den wohl lang erwünschten

* Siehe Anhang II, S. 165 und S. 166.

Vorwand zu einem schärferen Vorgehen gegen sie lieferte die damalige polnische Regierung. Im Hinblick darauf, daß die große Zahl polnischer Juden, die in Deutschland und dem inzwischen dem Reich „einverleibten“ Österreich lebten, veranlaßt werden könnten, nach Polen zurückzukehren, wurde dort am 31. März 1938 ein weitreichendes Ausbürgerungsgesetz erlassen.

Danach konnte jeder polnische Bürger, der mehr als fünf Jahre im Ausland lebte und keine Verbindung mit dem polnischen Staat hatte, ausgebürgert werden, womit ihm die Rückkehr nach Polen unmöglich gemacht wurde. Von diesem Gesetz wurden die etwa 70 000 polnischen Juden, die sich seit vielen Jahren in Deutschland und Österreich befanden, besonders hart betroffen. Nicht so sehr deshalb, weil sie die Absicht hatten, in das wenig judenfreundliche Polen zurückzukehren, sondern weil sie durch Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit staatenlos wurden, was sowohl ihren Aufenthalt in Deutschland und Österreich als auch ihre eventuelle Auswanderung erheblich erschwerte. Die deutsche Regierung ihrerseits sah in diesem Gesetz die „Gefahr“, die ehemaligen polnischen Juden nicht zum Verlassen Deutschlands zwingen zu können.

Die Durchführung des Gesetzes erforderte es, daß die polnischen Bürger im Ausland sich bei ihren Konsulaten zwecks Nachprüfung ihrer Staatsangehörigkeit meldeten. Nach Prüfung ihrer Dokumente erhielten sie einen Vermerk in ihren Reisepaß, der sie jederzeit zur Rückkehr nach Polen berechtigte. Die Erlangung dieses Vermerkes war mit zeitraubenden Bemühungen und erheblichen Schwierigkeiten für die Betroffenen verbunden. Die von der polnischen Regierung gesetzte Frist zur Erlangung des Vermerkes lief am 31. Oktober 1938 ab. Da es offenbar war, daß nur wenige polnische Juden in Deutschland den Vermerk erhalten hatten, fragte die deutsche Regierung in Polen an, ob aus Deutschland ausgewiesene polnische Bürger, auch ohne im Besitz dieses Vermerkes zu sein, von den polnischen Grenzbehörden die Erlaubnis zum Grenzübertritt erhalten würden. Da die polnische Regierung dies verneinte, ersuchte das Deutsche Auswärtige Amt am 26. Oktober 1938 die Gestapo, die

Abschiebung der polnischen Juden, die nicht im Besitz des Vermerkes waren, schleunigst durchzuführen. Die Gestapo kam diesem Ersuchen mit der bei ihr üblichen brutalen Genauigkeit nach. Polizisten erschienen gegen 5 Uhr morgens in den Wohnungen polnischer Juden in verschiedenen Städten Deutschlands, veranlaßten sie, nur wenig persönliches Gepäck mitzunehmen und verschleppten die Betroffenen nach vorher bestimmten Sammelplätzen. Von dort wurden sie zu den Eisenbahnstationen gebracht, wo spezielle Züge ihrer warteten. Das Auswärtige Amt und die Gestapo hatten jedoch ihre Rechnung ohne die polnische Regierung gemacht. Als die Eisenbahnzüge mit ihrer armseligen Menschenfracht, darunter hilflose Greise, Frauen und Kinder, die deutsch-polnische Grenzstation Neu-Bentschen erreichten, verweigerte die polnische Grenzpolizei den Deportierten die Einreise nach Polen. Aus allen Teilen Deutschlands jedoch liefen die Transporte weiter ein. Die Menschen wurden ausgeladen und kampierten zum Teil auf freien Feldern – im Niemandsland – zwischen der polnischen und der deutschen Grenze. Von diesem Unheil sollen bis zu 17 000 polnische Juden betroffen worden sein. Das Verfahren der Deutschen und die Unwilligkeit der Polen, die Opfer aufzunehmen, erregten in der Welt großes Aufsehen. Die Korrespondenten der Weltpresse waren bald zur Stelle und berichteten ihren Zeitungen über die grauenvollen Szenen, die sie bei den Juden an der polnischen Grenze mitangesehen hatten.

Die unsägliche Qual und das Elend dieser Tausende ohne ein Dach über dem Kopf in den kalten Herbstnächten dauerte einige Tage. Die polnische Regierung versuchte Gegenmaßnahmen und verfügte die Ausweisung von deutschen Staatsangehörigen. Es war wohl kein Zufall, daß sich unter diesen Ausgewiesenen auch jüdische Flüchtlinge aus Deutschland befanden, die auf der Flucht vor den Nazis nach Polen gegangen waren.

Es dauerte mehrere Tage, bis die Verhandlungen, die nun zwischen Deutschland und Polen stattfanden, zu einer Kompromißlösung führten. Manche der Deportierten konnten in Polen bleiben, andere durften für kurze Zeit in ihre Wohnungen nach Deutschland

zurückkehren, um ihre Geschäfte abzuwickeln und ihre Habseligkeiten nach Polen zu senden.

Die Erregung, die dieses Geschehnis in der Welt auslöste, die Sorge der Angehörigen der betroffenen Familien, trieb den jungen *Herschel Grynszpan*, der in Deutschland gelebt hatte und dessen Eltern sich unter den Deportierten im Niemandsland befanden, dazu, einen Beamten der Deutschen Botschaft in Paris – *Ernst von Rath* – am 7. November zu erschießen. Die Schüsse dieses verzweifelten jungen Menschen, der unter dem Eindruck der Nachrichten von dem Unglück und den Leiden seiner Eltern sein seelisches Gleichgewicht verloren hatte, gaben der Gestapo⁷² den willkommenen Anlaß zur Durchführung des Pogroms der „Nacht der langen Messer“ gegen die Juden in Deutschland, der am 8.–9. November stattfand, jüdisches Leben auslöschte, Synagogen zerstörte, mühsam erarbeiteten Besitz vernichtete und der Welt, die tatenlos dem grausigen Geschehen zusah, ankündigte, wie die Nazis im Besitz der Macht sich gegen wehrlose und hilflose Menschen zu verhalten gedachten.

Die unterschiedliche Behandlung der Juden hörte auf; gleich ihren Leidensbrüdern deutscher Staatsangehörigkeit wurden die ausländischen Juden Opfer der immer brutaler werdenden Austreibungs politik der Nazi-Regierung.

Das Ende ist bekannt. Tausendjährige Verwurzelung oder sechzigjähriger Aufenthalt machten keinen Unterschied mehr in den Augen der Machthaber. Deutsche Juden und ausländische Juden erlitten das gleiche Schicksal.

⁷² *Lionel Cochan*, Pogrom 10. November 1938, André Deutsch (London 1957).

I.

MATERIALIEN

A. Aufruf der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Österreichs

Juden in Polen!

„Die siegreichen Armeen der verbündeten Großmächte Deutschland und Österreich-Ungarn sind mit Gottes Beistand in Polen eingerückt.

Der Krieg, den wir jetzt führen, ist kein Krieg gegen die Bevölkerung, sondern nur gegen die russische Tyrannei. Der russische Despotismus ist unter den starken Schlägen unserer tapferen Heere zusammengebrochen.

Juden in Polen! Wir kommen als Freunde und Erlöser zu Euch. Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: Gleiches, volles Bürgerrecht, wirkliche Glaubensfreiheit und Lebensfreiheit auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Zu lange habt ihr unter dem eisernen Joche Moskaus gelitten. Wir kommen als Befreier zu Euch. Die tyrannische Fremdherrschaft ist gebrochen, eine neue Epoche beginnt jetzt für Polen, mit allen unseren Kräften werden wir die Erlösung der ganzen polnischen Bevölkerung fördern und sichern. Auf sicheren Grundlagen und durch Gesetze garantiert werden wir die volle Gleichberechtigung der Juden nach west-europäischem Muster in Polen durchführen.

Laßt Euch nicht durch die falschen Versprechungen der Russen betören! Im Jahre 1905 gab Euch Rußland das heilige Versprechen der Gleichberechtigung. Brauchen wir Euch zu erinnern, Euch erzählen, wie der Moskowiter Wort gehalten hat? Denkt an Kischinew, Homel, Bialystock, Odessa, Siedlce und hundert andere blutige Pogrome!

Erinnert Euch an die Massenausweisungen und -vertreibungen. Ohne Erbarmen mit menschlichem Leide hat der Peiniger Euch mit Weib und Kind wie die wilden Tiere gejagt und gehetzt.

Vergesst nicht des Beilis-Prozesses und anderer Blutbeschuldigungen,

da die russische Regierung selbst von Amts wegen die niederträchtige Lügenanklage des Ritualmordes erhob.

Denkt an alle die beschränkenden Gesetze gegen Euch, die sich unter der Zarenherrschaft von Stunde zu Stunde mehren. Die Tore des Lebens hat man vor den Juden zugeschlagen, die Tore der Bildung – vor den jüdischen Kindern. Eure Söhne und Töchter sind aus den russischen Schulen, aus den russischen Städten und Dörfern gejagt worden. Nur mit gelben Pässen, als Prostituierte, durften sie in Rußland wohnen. So hielt Rußland sein heiliges Versprechen, das es Euch gab, als es sich in Not befand.

Und jetzt ist Rußland wieder in Not, und deshalb begann es, Euch mit neuen Versprechungen zu füttern.

Juden in Polen! Die Stunde der Vergeltung ist gekommen. Die tapferen Armeen der Großmächte Deutschland und Österreich-Ungarn sind in Polen, und sie werden mit Gottes Hilfe mit Euren Bedrückern und Peinigern abrechnen. Ihr aber habt die heilige Pflicht, alles zu tun, um die Erlösungsarbeit zu fördern. Alle Kräfte des Volkes: Eure Jugend, Eure Gemeinden, Eure Vereine, Euch alle müßt Ihr wie ein Mann in den Dienst der heiligen Sache stellen. Jeder von Euch muß uns mit allen seinen Kräften helfen. Denn wenn Ihr uns helfet, helft Ihr Euch selbst. Unser Feind ist auch Euer Feind. Die Ränke unseres gemeinsamen Feindes müssen durch aller Wachsamkeit zerstört werden. Wir erwarten, daß Ihr durch die Tat beweisen werdet, was Eure Intelligenz und Euer Eifer zu leisten imstande ist. Vor unseren Soldaten braucht Ihr nichts zu fürchten. Kein Haar wird Euch gekrümmt werden. Was Ihr uns liefern werdet, werden wir Euch bar und gut bezahlen, und wenn Ihr ein Anliegen habt, so wendet Euch vertrauensvoll an die Befehlshaber, die Kommandanten unserer Truppe.

Helft bei der Niederringung des Feindes und arbeitet für den Sieg von Freiheit und Gerechtigkeit!“

Die Generalkommanden der vereinigten Armeen
Deutschlands und Österreich-Ungarns*

Berlin, August 1914

* Der Aufruf ist in verschiedenen in gewissen Teilen voneinander abweichenden Fassungen erschienen. Die obige ist dem Jüdischen Archiv, Wien, Lfg. 6/7, entnommen.

*B. Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 1. XI. 1919
(IV b 2719)*

„Während des Krieges ist eine große Anzahl von Arbeitern aus den Preußen östlich benachbarten Gebieten ins Land gekommen, für welche es nach Beendigung des Krieges Arbeitsgelegenheit nicht mehr gab. Die überwiegende Masse dieser Ausländer ist inzwischen in ihre Heimat zurückgekehrt. Zurückgeblieben sind dagegen in ihrer Mehrzahl die aus dem jetzigen Polen stammenden Juden; sie sind nicht bloß nicht abgezogen, sondern haben sich unter dem Druck der politischen Verhältnisse, die in Polen zu Pogromen und umfassenden militärischen Rekrutierungen geführt haben, durch Zuzug neuer, zum Teil legitimationsloser Elemente noch vermehrt. Dieser Einwanderung ist mit Rücksicht auf die Ernährungsschwierigkeiten und die starke Arbeitslosigkeit im Inlande nach Möglichkeit, wenngleich nicht mit durchschlagendem Erfolge, durch Sperrung der Grenze entgegengetreten worden.

Dagegen verbietet es sich zur Zeit bis auf weiteres trotz der Nöte der inländischen Bevölkerung aus völkerrechtlichen und aus Gründen der Menschlichkeit, die im Lande bereits befindlichen Ostjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperrung und ohne im Besitze der vorgeschriebenen Legitimationspapiere und der Einreiseerlaubnis zu sein, eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurückzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhältnisse vielfach unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflichtentziehung ausgesetzt wären. Auch die Ausweisung nach einem anderen Lande ist wegen der in Europa noch allgemein bestehenden Paß- und Sichtvermerkspflicht nicht tunlich, weil die Einreiseerlaubnis von den Regierungen der in Betracht kommenden Länder grundsätzlich versagt zu werden pflegt. Unter diesen Umständen bleibt nur übrig, die vorgedachten Ausländer, soweit sie persönlich einwandfrei sind, bis auf weiteres im Inlande zu dulden, auch wenn dadurch die Möglichkeit einer gewissen Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Inländer gegeben ist. Es bedarf indessen gewisser Sicherungsmaßnahmen, um Ordnungswidrigkeiten vorzubeugen und die tunlichste Anpassung jener, zum größeren Teil einer fremden und nicht gleichwertigen Kultur entstammenden Bevölkerungselemente, so lange sie sich hier aufhalten, an die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen.

Ich bestimme demnach Folgendes:

1. Ohne Rücksicht auf die ihnen erwachsenden Nachteile sind gleich anderen Ausländern diejenigen Ostjuden *auszuweisen*, welche von einem deutschen Gericht wegen Verbrechens oder Vergehens erheblicherer Art rechtskräftig verurteilt sind oder in deren Person nachweislich Tatsachen vorliegen, die eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befürchten lassen.

2. Voraussetzung der Duldung in jedem Falle ist das Vorhandensein eines Unterkommens und einer nutzbringenden Beschäftigung. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so ist die Ausweisung grundsätzlich gerechtfertigt.

Zur Vermeidung der eingangs erwähnten Härten soll indessen dann von ihr abgesehen werden, wenn eine der anerkannten jüdischen Hilfsorganisationen die Fürsorge für den Betreffenden derart übernimmt, daß er der öffentlichen Armenpflege oder der Erwerbslosenfürsorge nicht zur Last fällt. Als derartige Hilfsorganisationen kommen in Betracht:

- a) in Berlin: Das Arbeiterfürsorgeamt der ostjüdischen Organisationen Deutschlands,
- b) in Breslau: Das jüdische Arbeiterfürsorgeamt,
- c) in den übrigen größeren Orten: die von der zu a) genannten Stelle bezeichneten Organisationen,
- d) in denjenigen Orten, für die eine besondere Organisation nicht besteht, die jüdischen Gemeinden.

Das Eintreten der Hilfsorganisationen kommt besonders für diejenigen Fälle in Betracht, in denen die Arbeitsstelle auf Grund der Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 28. März 1919 verlassen werden mußte, oder in denen eine vorübergehende Rückkehr nach den Ländern des Ostens (zum Besuch von Verwandten oder dergl.) zur Aufgabe der hiesigen Arbeitsstelle geführt hatte.

3. Vor jeder Ausweisungsverfügung und in Aussicht genommenen Zwangsabschiebung ist der jüdischen Fürsorgeorganisation Gelegenheit zu geben, die Interessen des Betreffenden wahrzunehmen. Soll die Ausweisung wegen Arbeitslosigkeit erfolgen, so ist sie erst dann statthaft, wenn der jüdischen Fürsorgeorganisation eine angemessene Frist zur Beschaffung von Arbeit für den Beteiligten gesetzt worden ist, und diese Frist fruchtlos verstrichen ist.

4. Zur Vorbereitung der Ausweisung hat eine Festnahme nur dann zu erfolgen, wenn durch deren Unterbleiben die Durchführung der Ausweisung gefährdet erscheint. Das wird in der Regel dann nicht der Fall sein, wenn die jüdische Fürsorgeorganisation erklärt, die Kontrolle über den Beteiligten zu übernehmen.

5. Alle Personen, welche im Widerspruch zu diesen Vorschriften festgenommen worden sind, sind in Freiheit zu setzen. Ausweisungen, die bereits verfügt sind, dürfen nur ausgeführt werden, wenn die Ausweisung nach den vorstehenden Grundsätzen zulässig ist.

6. Die im allgemeinen Interesse wünschenswerte *schnelle* Unterbringung beschäftigungsloser ostjüdischer Arbeiter in geeigneten Arbeitsstellen ist dadurch erschwert worden, daß es nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften zu ihrer Beschäftigung der jedesmaligen Genehmigung des Regierungspräsidenten, bei landwirtschaftlichen Arbeitgebern des Landrats bedarf. Diese Genehmigungspflicht verfolgt bekanntlich den Zweck, der Arbeitslosigkeit inländischer Arbeiter (infolge Einstellung ausländischer Arbeiter) vorzubeugen. Sie hat besondere Bedeutung für Großbetriebe, bei denen es sich um die Beschäftigung einer größeren Anzahl von ausländischen Arbeitern zu handeln pflegt. Bei der Einstellung eines einzelnen ausländischen Arbeiters oder weniger ausländischer Arbeiter wird allenfalls auf sie verzichtet werden können. Zur Vermeidung der oben erwähnten Schwierigkeiten wird deshalb bestimmt, daß bei solchen ostjüdischen Arbeitern, deren Einstellung durch Vermittlung einer der vorstehend in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen erfolgt, die besondere Genehmigungspflicht fortfällt, sofern in dem beteiligten Betriebe im Ganzen nicht mehr als 10 ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Jedoch ist die Einstellung von den vermittelnden Hilfsorganisationen alsbald dem Regierungspräsidenten bzw. dem Landrat anzuzeigen.

7. Die notwendige Voraussetzung eines ordnungsmäßigen Fremdenprotokolls ist die polizeiliche Anmeldung jedes Ausländers gemäß den bestehenden Meldevorschriften. Von den Polizeibehörden ist die Entgegennahme der Anmeldung von Ostjuden aber häufig verweigert worden, weil diese sich infolge überstürzter Ausreise aus ihrem Heimatlande nicht im Besitze irgendwelcher ihre Persönlichkeit nachweisender Papiere befanden. Auf diese Weise ist die Anmeldung unterblieben und dadurch jede weitere geordnete Fremdenkontrolle unmöglich gemacht. Hierdurch wiederum ist mittelbar der Gefährdung der öffentlichen Ordnung in vielen Fällen Vorschub geleistet worden. Den ohne Legitimationspapiere hierher gekommenen Polen wird die Ausstellung eines polnischen Passes durch das hiesige polnische Generalkonsulat versagt. Um ihre polizeiliche Anmeldung zu ermöglichen, bestimme ich deshalb, daß denjenigen Polen, für deren Personenfeststellung die in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen die Gewährleistung übernehmen, seitens der Paßbehörden Personalausweise gemäß Ziffer 9 der Ausführungsvorschriften vom 24. Juni 1916 zur Paßverordnung vom 21. Juni 1916 (jetzt Paßverordnung vom 10. Juni

1919) – RGBl. S. 601 – auszustellen sind, deren Geltungsdauer jedoch auf 6 Monate zu beschränken ist.

Die Herren Regierungspräsidenten wollen die ihnen unterstellten Behörden gemäß Vorstehendem gefälligst mit Anweisung versehen.“

Heine

*C. Aufruf des Zentralkomitees der
jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation
Poale Zion in Deutschland und des Verbandes der Arbeiterheime*

„An die jüdische Arbeiterschaft in Rheinland und Westfalen!

Genossen!

Fünf Jahre nach dem Kriege, zu einer Zeit, in der die Arbeitermassen noch immer unter dessen Nachwirkungen leiden, halten die französischen Militaristen es für möglich, die schrecklichen Schatten des Krieges wieder heraufzubeschwören und mit dem Gedanken neuen Blutvergießens zu spielen. Mit Maschinengewehren und Kanonen besetzen sie das Gebiet eines fremden Volkes, und mit Kugeln und Bajonetten versuchen sie, die Volksmassen zu zwingen, den Wünschen der französischen imperialistischen Cliques gefügig zu sein.

Das Nichterfüllen der Wiederaufbauverpflichtungen von seiten der deutschen Regierung ist der Deckmantel für dieses Vorgehen. Die wirkliche Absicht der französischen Imperialisten ist die Zerstückelung der Deutschen Republik und die Schaffung eines rheinischen Staates unter der Aufsicht des französischen Kapitals.

Ein Sieg des französischen Militarismus in diesem Kampfe würde die Verstärkung der nationalistischen Reaktion in Frankreich und die Festigung der Herrschaft des Militarismus bewirken und den Sieg der brutalen Gewalt gegen jeden Schein von Gerechtigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeuten. Die internationale klassenbewußte Arbeiterschaft hat dies klar erkannt, und deshalb führen die Arbeitermassen in Frankreich und Belgien einen entschiedenen Kampf gegen ihre Regierungen.

Die deutschen arbeitenden Massen in Rheinland-Westfalen haben den Kampf gegen die französische militärische Vergewaltigung aufgenommen. Sie lassen sich nicht täuschen von den französischen Militärs, die zu ihnen mit dem Anschein guter Freundschaft kommen, in ihrer Heimat jedoch die

Arbeiterschaft verfolgen und unterdrücken. Den Arbeitern in Rheinland-Westfalen ist es klar, daß es sich hier um den Versuch einer imperialistischen Politik handelt, die dem französischen Kapital große Profite bringen soll. Deshalb führt das Proletariat in Rheinland-Westfalen einen hartnäckigen Kampf gegen diese Vergewaltigung.

Die jüdische Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen, die Anteil nahm an allen Kämpfen der deutschen Arbeiter, wird auch in diesem schweren Kampf der deutschen Arbeiterschaft an deren Seite stehen und zusammen mit ihr eine gemeinsame Front bilden. Die deutsche Arbeiterschaft, welche die Sünden, die ihre Regierung während des Krieges begangen hat, bekämpft und die Verpflichtung zum Wiederaufbau der von dieser zerstörten französischen Gebiete anerkennt, muß die Gewißheit haben, daß die jüdischen Arbeiter den Kampf der deutschen Arbeiter im Rheinland anerkennen als einen Kampf der Arbeiterklasse gegen militärische Herrschaft und imperialistische Verknechtung, und daß sie in diesem Kampf ihre Klassensolidarität zu ihren deutschen Genossen erfüllen werden.

Die deutsche Arbeiterschaft führt ihren Kampf durch die organisierte Kraft der vereinigten sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. In allen Fällen müssen deshalb die jüdischen Arbeiter die Beschlüsse dieser Körperschaften erfüllen; jede Handlung, die nicht damit in Einklang steht, ist ein Verrat gegen die eigenen Genossen und eine Schädigung des internationalen Kampfes des Proletariats.

Genossen! Hütet die Vereinigte Front des Proletariats in Rheinland-Westfalen!“

Berlin, den 1. Mai 1923

II.

TABELLEN

*A. Die Studierenden an den preußischen Universitäten nach
Staatsangehörigkeit und Religion
im Durchschnitt der Studienhalbjahre 1886/87–1908/09**

Studien- Halbjahr	Auslän- dische Juden	Studierende überhaupt		Juden überhaupt		Ausländer überhaupt	
		Zahl	Davon auslän- dische Juden	Zahl	Davon auslän- dische Juden	Zahl	Davon auslän- dische Juden
			v. H.		v. H.		v. H.
1886/87	129	13.658	0.9	1.313	9.8	770	16.8
1889/90	138	13.509	1.0	1.265	10.9	828	16.7
1892/93	194	12.278	1.6	1.235	15.7	817	23.7
1895/96	210	13.306	1.6	1.292	16.3	959	21.9
1899/1900	265	15.884	1.7	1.464	18.1	1.078	24.6
1902/03	455	17.854	2.5	1.675	27.2	1.388	32.8
1905/06	483	18.667	2.6	1.784	27.1	1.490	32.4
1908/09	400	21.113	1.9	1.840	21.7	1.537	26.0

* Dr. *Arthur Ruppin*: Die Juden auf den preußischen Universitäten. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 1. Jhrg., H. 9, September 1905. – Dr. *Bruno Blau*: Die Juden auf den preußischen Universitäten. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 4. Jhrg., H. 9, September 1908. – Religionsverhältnisse der Studierenden an den preußischen Universitäten. Statistisches Archiv. – Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 9. Jhrg., H. 7/8, Juli/August 1913.

*B. Anteil der ausländischen Juden an der jüdischen
Gesamtbevölkerung im Reich
und in einigen wichtigen Gebieten 1880–1910**

	1880			1890		
	Jüdische Bevölkerung	Davon ausländische Juden		Jüdische Bevölkerung	Davon ausländische Juden	
		Zahl	v. H.		Zahl	v. H.
Reich	561.612	15.000	2.7	567.884	22.000	3.9
Preußen	363.790	10.000	2.7	372.059	11.390	3.1
Berlin	53.916	2.954	5.5	79.286	5.077	6.4
Sachsen	6.516	1.000	15.3	9.368	2.800	29.9
München	4.144	367	8.9	6.108	794	13.0
Leipzig	3.265	331	10.1	4.136	1.696	41.0
Dresden	2.280	299	13.1	2.585	933	36.1

	1900			1910		
	Jüdische Bevölkerung	Davon ausländische Juden		Jüdische Bevölkerung	Davon ausländische Juden	
		Zahl	v. H.		Zahl	v. H.
Reich	586.833	41.113	7.0	615.021	78.746	12.8
Preußen	392.322	21.800	5.6	415.926	48.166	11.6
Berlin	92.206	11.651	12.6	143.965	21.683	15.1
Sachsen	12.416	5.637	45.5	17.578	10.378	59.0
München	8.739	1.905	21.8	11.083	3.030	27.3
Leipzig	6.117	3.677	60.1	9.434	6.376	67.6
Dresden	3.096	1.244	40.2	3.734	1.985	53.2

* Die Zahlen beruhen auf Veröffentlichungen der Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, Jhrge 1905–1913.

*C. Anteil der ausländischen Juden an der jüdischen
Gesamtbevölkerung im Reich
und in einigen wichtigen Gebieten 1925–1939*

	1925*			1933*			1939**		
	Jüdische Bevölkerung	Davon ausländ. Juden		Jüdische Bevölkerung	Davon ausländ. Juden		Jüdische Bevölkerung	Davon ausländ. Juden	
		Zahl	v. H.		Zahl	v. H.		Zahl	v. H.
Reich	564.000	107.747	19.1	499.682	98.747	19.8	221.763	25.783	11.6
Preußen	403.969	76.387	18.9	361.826	84.801	23.4	165.897	17.000*	10.2*
Berlin	172.672	43.838	25.4	160.564	48.075	29.9	78.713	15.000*	19.0*
Sachsen	23.000*	15.000*	65.2*	20.584	13.716	66.6	7.017	4.000*	57.0*
Leipzig	12.700*	10.250*	80.7*	11.564	8.547	73.9	5.000*	2.500*	50.0*
München	10.000*	2.700*	27.0*	9.005	2.408	26.7	5.000*	1.000*	20.0*
Dresden	5.000*	3.000*	60.0*	4.397	2.671	60.7	2.000*	1.000*	50.0*

* Die Zahlen für 1925, soweit sie nicht geschätzt sind, und für 1933 beruhen auf den Ergebnissen der amtlichen Volkszählungen in den genannten Jahren.

* Geschätzt.

** Die Religionsgliederung der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Wirtschaft und Statistik, 21. Jhrg., Nr. 9, Berlin, Mai 1941.

*D. Die Glaubensjuden unter den Ausländern
im gleichen Gebietsumfang des Deutschen Reiches in den Jahren
1910, 1925 und 1933*

Jahr	Ausländer überhaupt	Davon ausländische Juden	
		Zahl	v. H.
1910	1.130.000	76.387	6.8
1925	957.000	107.747	11.3
1933	757.000	98.747	13.0

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933, Heft 4, Berlin 1936.

*E. Die ausländischen Glaubensjuden im Deutschen Reich
nach der Staatsangehörigkeit
auf Grund der Volkszählungen der drei Jahre 1925, 1933, 1939*

Staats- angehörigkeit	1925			1933			1939*)		
	Glaubens- juden mit vor- bezeichneter Staats- angehörigkeit		Von 100 Aus- ländern mit vorbezeich- neter Staats- angehörigkeit überhaupt sind Glaubens- juden	Glaubens- juden mit vor- bezeichneter Staats- angehörigkeit		Von 100 Aus- ländern mit vorbezeich- neter Staats- angehörigkeit überhaupt sind Glaubens- juden	Glaubens- juden mit vor- bezeichneter Staats- angehörigkeit		Von 100 Aus- ländern mit vorbezeich- neter Staats- angehörigkeit überhaupt sind Glaubens- juden
	Zahl	v. H.		Zahl	v. H.		Zahl	v. H.	
Polen	50.993	47.3	19.6	56.480	57.2	38.1	10.000	38.8	7.0
Österreich	13.509	12.5	10.5	4.647	4.7	5.8	**)		
Tschecho- Slowakei	5.620	5.2	2.5	4.275	4.3	2.3	500	1.9	0.4
Ungarn	3.179	3.0	19.7	2.280	2.3	21.8	800	3.1	1.1
Rumänien	3.240	3.0	50.0	2.210	2.2	47.7	500	1.9	1.0
Rußland	9.505	8.8	20.1	1.650	1.7	12.9	100	0.4	3.0
Litauen und Lettland	3.063	2.9	62.0	1.730	1.8	58.3	100	0.4	0.5
Andere Länder	7.776	7.2	70.2	5.515	5.6	70.2	600	2.3	0.2
Staatenlose	9.908	9.2	39.3	19.746	20.0	22.3	13.000	50.4	10.0
Unermittelt	954	0.9	9.6	214	0.2	43.3	200	0.8	
Insgesamt	107.747	100.0	11.3	98.747	100.0	13.0	25.800	100.0	4.0

* Das amtliche Ergebnis von 1939 enthält die Zahlen für die dem Reich einverleibten Gebiete (Österreich, Sudetenland). Die hier aufgeführten Zahlen sind geschätzt für den Umfang des Reichsgebietes 1933.

** Als deutsche Staatsangehörige gezählt.

PERSONENVERZEICHNIS

- Abrahamowitz, Raphael 107
Adler, Jankel 108
Adler-Rudel, S. 71, 83, 84, 126, 129,
135, 136, 141, 142
Agnon, Samuel Josef 54
Alexander II., russischer Zar 5
Alexander III., russischer Zar 5
Arlosoroff, Chaim 54
- Bärwald, Hermann 8
Ballin, Albert 4, 5
Band, Max 108
Baum, Georg 136, 141
Bergelsohn, David 107
Berger, Alfred 71, 72, 82, 124, 126,
127, 129, 136, 141
Berger, Beate 124
Berger, Julius 39, 40, 41, 42, 43, 44,
47, 51, 124, 127
Berlewi, Henoch 108
Bernstein, Eduard 66
Bertram, Rudolf (s. Adler-Rudel, S.)
Bialik, Chaim Nachman 107
Birnbaum, Nathan 32, 33
Blau, Bruno 163
Bloch, Josef 41
Blumenfeld, Kurt 71, 75
Bodelschwingh, Friedrich von 138
Bodenheimer, Max Isidor 36
Borodianski, Chaim 106
Bramson, Leo 104
Bronstein, Mordechai (Ardon) 108
Brutzkus, Boris 106
Brutzkus, Julius 106
Buber, Martin 31, 48, 51, 54
Budko, Joseph 54
- Caspary, Eugen 127, 128, 136, 141
Chasanowitz, Leon 107
Chaschin, Alexander 107
Cochan, Lionel 155
Cohen, Hermann 49
Cohn, Oscar 41, 44, 118, 127, 128
Cohn-Reuss, Max 41, 42
- Davidsohn, Georg 44
Dijour, Ilja 105
Dominicus, Minister 116, 118
Dubnow, Simon 106
- Einhorn, David 94, 107
Einstein, Albert 114
Eisner, Kurt 58
Eliasberg, Alexander 49
Eliashoff, Israel 107
Eppstein, Paul 78
Eschelbacher, Klara 19, 24
Eschelbacher, Max 94, 95
- Feiweil, Berthold 31
Fett, Benzion 98
Finkel, E. 71
Frank, S. 8
Fraustädter, Werner 71, 84
Friedemann, Adolf 36, 45, 49
Fritz, Georg 46
Fuchs, Eugen 36, 49
- Gergel, Nachum 105, 106
Glogowski, N. 71
Goldmann, Moses 98
Goldschmidt, Alfred 131
Goldschmidt-Rothschild, Rudolf von
36

- Goldsmid, Sir Julian 8
 Gorelik, Shmarya 107
 Graetz, Heinrich 9, 10, 95
 Grynszpan, Herschel 155
 Gurwitsch, L. 105
- Haarpuder, S. 75, 98
 Haase, Berthold 71, 72, 76
 Hammerschlag, Fritz 80
 Heilmann, Ernst 118
 Heine, Wolfgang 66, 70, 161
 Heinze, Wolfgang 46
 Herzl, Theodor 32, 40
 Hirsch, Julius 41
 Hofstein, David 107
 Horodezky, Samuel Abba 107
 Horowitz, Maximilian 36
 Hultermann, Bernhard 5
- Jacobson, Victor 17
- Kaganowitsch, P. (Nister) 107
 Kahn, Bernhard 3, 71, 72, 127
 Kaliski, Julius 41
 Kaplun-Kogan, Wladimir 3, 5
 Katz, Benzion 107
 Kaufmann, Fritz Mordechai 31, 32,
 33, 46, 54, 72, 73, 74, 81, 125, 126
 Kaufmann, Julius 33
 Kaufmann, Rachel (Kaganoff) 32
 Klatzkin, Jakob 107
 Kleinmann, Mosche 107
 Klinow, Jeshajahu 107
 Koigen, David 107
 Koralnik, Israel 106
 Kornfeld, Isaak 44
 Köster, Minister 119
 Kreinin, Miron 105
 Kreuzberger, Max 84, 136, 141, 144
 Kulbak, Mosche 107
 Kwitko, Leib 107
- Ladewig, Louis 29
 Landauer, Gustav 46, 52, 54, 55, 58
- Latzki-Bertoldi, Wilhelm 105
 Lehmann, Siegfried 51, 52, 54
 Lehnert, Salomon 52, 53
 Lem-Zadik, Susi 134
 Lestschinsky, Jakob 2, 106, 107
 Levin, Shmarya 12, 17
 Lewit 71
 Lewowitsch, David 104
 Lichtenstein, Franz 56
 Lichtheim, Richard 17
 Liepmann, Eduard 79
 Lifschitz, Mosche 107
 Lilien, Ephraim Moses 31
 Limbertz, Mitglied des Landtags
 91, 93
 Lin, Josef 76, 98
 Lisser, Alfred 36
 Locker, Berl 107
 Löwe, Heinrich 17
 Löwenthal, N. 71
 Lubinski, Georg (Lotan, Giora) 55, 56
 Luxemburg, Rosa 58
 Lyrik, S. 107
- Magnus, Hermann 8
 Magnus, Julius 36
 Makower, Hermann 8
 Marcus, Alfred 82
 Markon, Isaak 107
 Meisel, Nachman 108
 Menes, Abraham 106
 Mittwoch, Eugen 36
 Moses, Siegfried 71, 72, 75, 82, 127
 Moses, Walter 80
 Motzkin, Leo 16
- Nathan, Paul 72, 82, 83, 127
 Naumann, Max 29, 30
 Neumann, Salomon 19
 Neumann, Wilhelm 71
 Neustadt, Melech (Noy) 107
 Nomberg, Hirsch David 107
- Ollendorff, Friedrich 55, 131
 Olschwanger, E. 105

- Oppenheimer, Franz 36, 49, 57
 Paphnutius 46
 Pinner(-Turnowsky), Grete 80, 82
 Preuss, Walter 50, 51, 80
 Prochownik, Gertrud 134
 Puttkamer, R. V. von 20
 Rabinkow, Salman-Baruch 107
 Rath, Ernst von 155
 Rathenau, Fritz 69
 Rathenau, Walter 69
 Rawidowicz, Simon 107
 Reich, Nathan 98
 Le Rond, General 115
 Rosenblüth, Felix (Rosen) 51
 Rosin, A. (Ben Adir) 106
 Rothschild, Edmond, Baron de 8
 Rubaschoff, Salman (Shazar) 54
 Rudel, Schalom (siehe Adler-Rudel, S.)
 Ruppin, Arthur 163
 Rybak, Issachar 108
 Schach, Fabius 28
 Schächter, Regina 129
 Schirmann, Jefim 107
 Schmidt, Robert 44
 Schneur, Salman 107
 Seeckt, Hans von 115
 Segall, Jacob 23, 136
 Seligmann, Rafael 107
 Seligmann, William 8
 Senator, Werner 54, 73, 81, 82, 83,
 126, 129
 Severing, Carl 93, 116, 118
 Silbergleit, Heinrich 109
 Simchoni, Jakob Naftali 107
 Simon, A. M. 7
 Singalowski, Aron 104
 Sklarz, Leo 76
 Sobernheim, Moritz 36, 71, 141
 Sokolow, Nachum 115
 Soloweitschik, Max 107
 Stahl, Hermann 124
 Steinberg, Aron 107
 Steinberg, Jizchak 107
 Stenzel, A. N. 107
 Strauss, Ludwig 54
 Strauss-Weigert, Dora 73, 82, 126, 129
 Struck, Hermann 36, 44
 Swet, Hermann 107
 Syrkin, Nachman 17
 Szajkowski, Zosa 7
 Szold, Henrietta 74
 Taubes, Israel 98
 Teitel, Jacob 99
 Theilhaber, Felix A. 5, 19, 20, 21, 23
 Thiemann, Oberregierungsrat 92
 Timendorfer, Berthold 36
 Tiomkin, Sinowje 105
 Trietsch, Davis 31, 47
 Tscharny, Daniel 107
 Tscharikower, Elias 105
 Tscherniak, N. 71
 Tschernichowski, Saul 107
 Tschlenoff, L. B. 105
 Turnowsky, Walter 80
 Waldmann, Moses 98
 Weil, Gertrude 51, 52
 Weinberg, Jehuda Louis 18
 Weizmann, Chaim 17
 Weltsch, Robert 71, 79, 80
 Wertheimer, Joseph von 8
 Winz, Leo 30, 31
 Wischnitzer, Mark 106
 Wolff, Bernhard 69
 Wolffsohn, David 40
 Wronsky, Sidy 55
 Wurm, Mathilde 118
 Wurmbrand, Michael 107
 Yewin, S. 107
 Zobel(-Levy), Lucy 134

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN
DES LEO BAECK INSTITUTE OF JEWS FROM GERMANY

Band 2

Aufbau im Untergang

Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland
als geistiger Widerstand

von

Dr. ERNST SIMON

o. Professor der Pädagogik an der Hebräischen Universität Jerusalem

1959. IX, 108 Seiten. Kart. DM 11.—

Die Juden in Deutschland waren aus zahlenmäßigen und sozialpsychologischen Gründen zu keinem militärischen Widerstand gegen ihre Unterdrücker fähig. Dagegen haben sie einen bisher von der Geschichtsschreibung kaum beachteten geistigen Widerstand in Form ihrer Erwachsenenbildung geübt.

Band 3

Die geistige Gestalt Georg Simmels

von

MARGARETE SUSMAN

1959. IV, 40 Seiten. Kart. DM 4.20

Mit verständnisvoller Kenntnis führt die Verfasserin in die geistigen Entwicklungsstadien, Themen und Probleme des Denkens von Georg Simmel ein. Die Untersuchung kann sich auf eine umfangreiche, vor 1933 im Auftrag der Berliner Universität begonnene Arbeit stützen und verwertet Teile daraus.

In Vorbereitung

Band 4

Schriften zur Geschichte der Juden

Eine Bibliographie der in Deutschland und der Schweiz 1922—1955
erschienenen Dissertationen

von

Dr. GUIDO KISCH

und Dr. KURT ROEPKE

Professor an der Universität Basel

Bibliotheksrat in Tübingen

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

VERÖFFENTLICHUNG
DES LEO BAECK INSTITUTE OF JEWS FROM GERMANY

Aus drei Jahrtausenden

Wissenschaftliche Untersuchungen und Abhandlungen
zur Geschichte des jüdischen Glaubens

von

DR. LEO BAECK

Mit einer Einleitung von Professor Dr. Hans Liebeschütz

1958. VI, 402 Seiten. Brosch. DM 17.50, Lw. DM 21.—

Als Veröffentlichung des Leo Baeck Institute of Jews from Germany erreicht in diesem Band ein Werk zum ersten Male die Öffentlichkeit, das der Schocken Verlag in Berlin im Jahre 1938 drucken ließ. Im Augenblick des Erscheinens widerrief die Geheime Staatspolizei ihre Erlaubnis und ließ die ganze Auflage vernichten. Nur wenige Exemplare wurden ins Ausland gerettet; eines davon gelangte in das Britische Museum. Rabbiner Dr. Leo Baeck war damals das repräsentative Haupt der deutschen Judenheit und seit 25 Jahren Dozent an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. „Aus drei Jahrtausenden“ stellt eine Sammlung wissenschaftlicher Untersuchungen und Abhandlungen zur Geschichte des jüdischen Glaubens dar. Den Kern des Werkes bilden Arbeiten, in denen die Stellungnahme des Judentums zu den religiösen Bewegungen des späten Hellenismus analysiert wird. Von da führt der Weg sowohl zur Betrachtung der Entstehung des Christentums wie in die Geschichte der jüdischen Mystik. Die letzte Absicht des Verfassers erschöpft sich nicht in religionsgeschichtlicher Darstellung, sondern hat die Ergründung des Wesens des Judentums als einer der großen religiösen Kräfte der Menschheit zum Ziel.

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN